

79. Sitzung

Dienstag, den 14. Oktober 2014

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung für die 79. und 80. Plenarsitzung am 14. und 15. Oktober 2014 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung mit der Maßgabe festgestellt, dass

- TOP 7 (Landesrichtergesetz) von der Tagesordnung abgesetzt wird,*
- für die Tagesordnungspunkt 5, 6 und 10 die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der zweiten Beratung gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 68 Abs. 1 Satz 2 GOLT abgekürzt wird.*

AKTUELLE STUNDE

"Aktuelle Entwicklungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen in Ingelheim und Trier"
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/4071 – 5243

"Verlässlicher Netzausbau für ein Gelingen der Energiewende"
auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/4072 – 5248

"Folgen des möglichen Scheiterns des Verkaufsprozesses für die Zukunft am Nürburgring"
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/4073 – 5253

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Infrastrukturprojekte Hahn, Zweibrücken und Nürburgring

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin 5259

Die Regierungserklärung wird von Frau Ministerpräsidentin Dreyer abgegeben.

Es findet eine Aussprache statt.

**Wahl von zwei stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern des
Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz
Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags**

– Drucksache 16/4051 – 5281

*Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des
Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof*

a) *mit Wirkung vom 24. November 2014 auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig*

Herrn Dr. Helmut Martin, Mainz,

*zum stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs
Rheinland-Pfalz sowie*

b) *mit Wirkung vom 24. November 2014 auf die Dauer von sechs Jahren bei einer
Stimmenthaltung, ansonsten einstimmig,*

Frau Ulrike Müller-Rospert, Hanhofen,

*zum stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichts-
hofs Rheinland-Pfalz.*

5281

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**

– Drucksache 16/3671 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 16/4057 – 5281

*Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3671 – wird in zweiter Beratung
mit Mehrheit abgelehnt.*

5286

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Zweiten
Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 16/3949 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

– Drucksache 16/4076 – 5286

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/3949 – wird in zweiter Beratung
und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.*

5287

Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/3810 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Familie, Kinder und Jugend

– Drucksache 16/4078 – 5287

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/3810 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, ansonsten einstimmig, angenommen.

5290

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühn, Frau Eveline Lemke, Alexander Schweitzer; die Staatssekretäre Günter Kern und Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Frau Kathrin Anklam-Trapp, Josef Dötsch und Dr. Dr. Rahim Schmidt; Staatsminister Lewentz.

Rednerverzeichnis:

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5249, 5252
Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5287
Abg. Dr. Mittrücker, CDU:	5249, 5252
Abg. Frau Beilstein, CDU:	5281
Abg. Frau Bröskamp, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5288
Abg. Frau Ebli, SPD:	5287
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	5287
Abg. Frau Klöckner, CDU:	5265
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	5247
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:	5245, 5247, 5289
Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5284
Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5243, 5246
Abg. Frau Thelen, CDU:	5287
Abg. Hering, SPD:	5272
Abg. Hürter, SPD:	5248, 5251
Abg. Hüttner, SPD:	5281
Abg. Kessel, CDU:	5244
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5277
Abg. Licht, CDU:	5253, 5257
Abg. Noss, SPD:	5283
Abg. Pörksen, SPD:	5254, 5258
Abg. Wäschenbach, CDU:	5286
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5255, 5258
Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:	5245, 5289
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	5259, 5262
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:	5250
Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	5286
Kern, Staatssekretär	5256, 5285
Präsident Mertes:	5243, 5244, 5245, 5246, 5247, 5249, 5250
.....	5251, 5252, 5253, 5254, 5255, 5256, 5257
.....	5258, 5259, 5262, 5265, 5272
Vizepräsident Dr. Braun:	5277, 5281, 5283, 5284
Vizepräsidentin Frau Klamm:	5285, 5286, 5287, 5288, 5289, 5290

**79. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 14. Oktober 2014**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Seien Sie herzlich willkommen zur 79. Plenarsitzung des Landtages! Mit Frau Demuth und Herrn Denninghoff möchte ich die Sitzung leiten. Entschuldigt sind Frau Anklam-Trapp, Herr Dötsch, Herr Staatsminister Roger Lewentz, übrigens wegen eines Unfalls, sowie Herr Dr. Dr. Rahim Schmidt, der einen Termin in Berlin hat.

(Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
hebt die Hand!)

– Da ist er. Irgendwie ist Ihre Rückmeldung verschwunden gegangen, aber ich begrüße Sie ganz besonders.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, Geburtstage haben wir auch zu verkünden. Einen runden Geburtstag feierte unser Kollege Heiko Sippel am 27. September. Herzlichen Glückwunsch für die zweite Hälfte des Lebens!

(Beifall im Hause)

Am 30. September feierte unsere Kollegin Elisabeth Bröskamp einen besonderen Geburtstag, und Gunther Heinisch – das haben wir nach Prüfung herausgefunden – hat heute, am 14. Oktober, Geburtstag und wird 36 Jahre alt. Kommen Sie sich Ihr Kistchen Wein abholen. Alles Gute für die kommende Zeit und Ihre Zukunft!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Hinweisen zur Tagesordnung. Punkt 7 setzen wir ab, weil der Rechtsausschuss den Gesetzentwurf vertagt hat.

Die fehlenden Drucksachen zu den Tagesordnungspunkten 11, 12, 18 und 20 sind am Donnerstag, den 9. Oktober, verteilt worden.

Die Beschlussempfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 und 10 werden auf die Plätze verteilt. Sie liegen jetzt vor Ihnen.

Änderungsanträge und Entschließungsanträge werden bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten gesondert aufgerufen.

Gibt es jetzt von Ihnen noch Hinweise zur Tagesordnung? – Wenn das nicht der Fall ist, dann beschließen wir die Tagesordnung so wie beraten.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Aktuelle Entwicklungen zur Erstaufnahme von
Flüchtlingen in Ingelheim und Trier“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4071 –**

Frau Spiegel hat sich schon gemeldet. Die Redezeit beträgt in der ersten Runde 5 Minuten und in der zweiten Runde 2 Minuten je Fraktion. Sofern die Landesregierung länger spricht, werden wir die Zeit dann noch zusätzlich nutzen.

Bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Raum, Feuer, Wasser, ein Willkommen und freundliche Worte mangeln niemals in dem Hause eines guten Menschen. – So geht ein indisches Sprichwort, und im Haus Rheinland-Pfalz wurden seit Beginn des Jahres und mit Stand Ende August 5.852 Flüchtlinge willkommen geheißen. Ihr erster Kontakt mit Rheinland-Pfalz beginnt in der Erstaufnahmeeinrichtung in Trier sowie deren beiden Außenstellen in Ingelheim und Trier. Sie finden bei uns Zuflucht vor den anhaltend dramatischen weltpolitischen Krisen. Sie kommen aus Syrien, Serbien und Eritrea, aus Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Somalia und Afghanistan. Bevor sie nach spätestens drei Monaten in die ihnen zugewiesene Kommune kommen, werden sie in den Aufnahmeeinrichtungen versorgt. Neu ist hierbei eine gesundheitliche Grundvorsorge in Rheinland-Pfalz im Rahmen des kürzlich gestarteten MEDEUS-Programms. Alle erhalten einen grundimmunisierenden Impfschutz. Das Programm sieht vor, für jeden Asylsuchenden eine Krankenakte anzulegen und ihm regelmäßig medizinische Kontrollen anzubieten. Die Kinder gehen in Kindertagesstätten oder erhalten Schulunterricht. Ich wünsche diesen kleinen Menschen, die in ihrem jungen Leben schon so viel Traumatisches erleben mussten, dass sie fortan ohne Gewalt, Krieg, Vertreibung und Tod um sich herum aufwachsen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Auch wenn es nur einen kleinen Beitrag leisten kann, so ist die neu eingerichtete Spielstube in Trier mit sieben Zimmern für 75 Kinder ein wichtiger Schritt, den Kindern für ein paar Stunden buchstäblich Raum zum Toben, Spielen und Kindsein zu geben. Unterstützt wird die Spielstube von Initiativen und Unternehmen aus der Stadt Trier und vom Integrationsministerium. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für den engagierten Einsatz der Menschen vor Ort für die Flüchtlingskinder bedanken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die weltpolitischen Krisen bestehen in unverminderter Schärfe weiter, weshalb Hunderttausende auf der Flucht sind. Es zeichnet sich auch keine Verbesserung der Situation in ihren

Heimatländern ab. Mit bundesweit rund 25.000 weiteren Flüchtlingen pro Monat ist nach Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF genannt, bis Ende des Jahres zu rechnen. Doch die Aufnahmekapazitäten in den Aufnahmeeinrichtungen kommen schon jetzt deutlich an ihre Grenzen. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Suche der Landesregierung nach einem dritten, einem weiteren Standort neben Trier und Ingelheim für eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung. Wir hoffen, dass es schon bald eine konkrete Festlegung auf einen weiteren Standort geben kann.

Ich möchte auch das Thema Wachpersonal ansprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn in Rheinland-Pfalz Fälle wie beim Wachpersonal in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt sind, zeigt es, dass eine ausreichende Überprüfung der Kompetenz und eine enge Zusammenarbeit unbedingt notwendig sind; denn eines muss für die Flüchtlinge klar sein: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsfirmen führen keine Hoheitsrechte aus, und die Flüchtlinge können sich jederzeit auf den rechtssicheren Schutz des Staates verlassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Schließen möchte ich mit Cicero: Ich weiß wohl, vor wem ich fliehen soll, aber nicht zu wem. – Ich glaube, Cicero wäre nach Rheinland-Pfalz gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Kollegen Kessel das Wort.

Abg. Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die internationale Lage hat dazu geführt, dass wir Flüchtlingszahlen haben, wie wir sie seit Anfang der 1990er-Jahre nicht mehr hatten. Es ist also gar nichts Neues, sondern damals war es ähnlich, zumindest, was die Zahlen anbelangt. Es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Zahlen in kurzer Zeit erheblich reduzieren werden. In diesem Jahr – Frau Kollegin Spiegel hat es schon angesprochen – kommen rund 200.000 – Sie haben 25.000 im Monat gesagt – neue Flüchtlinge nach Deutschland, und davon annähernd 10.000 nach Rheinland-Pfalz.

Die seit 2008 ständig steigende Zahl von Asylbegehrenden stellt für Bund, Land und vor allem für die rheinland-pfälzischen Kommunen eine große Herausforderung dar. Deutschland nimmt derzeit zusammen mit Schweden ungefähr die Hälfte aller Asylbewerber und Flüchtlinge auf, die nach Europa kommen. Lediglich zehn der 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligen sich an dieser gesamteuropäischen Aufgabe. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen müssen wir zu einer

ausgeglichener Verteilung auch auf europäischer Ebene kommen.

(Beifall der CDU)

Auf Bundesebene wurde mit der Einstufung der drei Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten ein wichtiger Schritt getan, um die Anzahl der unberechtigt gestellten Asylanträge zu verringern, dank der Zustimmung von Baden-Württemberg. Für die Kommunen ist die Zustimmung der Länderkammer ein wichtiges Signal, dass Bund und Länder sie bei der Bewältigung der mit den weiter steigenden Asylbewerberzahlen verbundenen Herausforderungen nicht im Stich lassen.

Als weitere Maßnahme hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 350 zusätzliche Stellen geschaffen, um eine Beschleunigung der Asylverfahren und damit auch der Anerkennung der tatsächlich Verfolgten zu erreichen. Daneben erwägt der Bund, Bundesimmobilien zur Verfügung zu stellen, in denen die Flüchtlinge zeitweise untergebracht werden. Zudem werden zusätzlich 200 Millionen Euro in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt eine Entlastung von besonders betroffenen Kommunen durch die Übernahme von 25 Millionen Euro für Unterkunft und Heizung und weiteren 10 Millionen Euro für Impfkosten für Kinder und Jugendliche. Ferner plant der Bund, den Bau von Flüchtlingsunterkünften durch Änderungen im Baurecht zu erleichtern.

Aber auch das Land ist gefordert, die Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz so human wie möglich zu gestalten.

(Beifall der CDU)

Hier gilt es, die Anstrengungen zu intensivieren, Flüchtlingen angemessene Unterkünfte zu bieten. Das Land hat die Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Trier und Ingelheim deutlich erweitert und erwägt – auch dies hat Frau Spiegel schon erwähnt –, eine dritte Aufnahmeeinrichtung zu schaffen.

Es geht aber nicht nur darum, Unterkünfte für die Menschen zu finden, sondern auch darum, diese Menschen bestmöglich zu integrieren. Die dafür notwendigen Strukturen müssen weiter ausgebaut und Migrationsberatungsstellen, Kindergärten und Schulen personell aufgestockt werden. Hier besteht vonseiten des Landes noch erheblicher Nachholbedarf.

(Beifall der CDU)

Wir spüren überall eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für die tatsächlich Verfolgten und Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Akteuren auf kommunaler Ebene wie auch in den Aufnahmeeinrichtungen für deren geleistete Anstrengung ganz herzlich bedanken.

(Beifall der CDU und bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Unser Dank gilt insbesondere kirchlichen Organisationen, wie Caritas oder Diakonie, oder den freien Trägern, wie Deutsches Rotes Kreuz oder auch der Arbeiterwohl-

fahrt. Ihnen allen und den vielen ehrenamtlich Engagierten zollen wir unseren allergrößten Respekt.

(Beifall der CDU und bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Sahler-Fesel.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst an dieser Stelle klarstellen, dass die SPD-Fraktion jede Form von Übergriffen und Diskriminierungen, sei es in Aufnahmeeinrichtungen oder an anderen Stellen, auf das Schärfste verurteilt.

(Beifall im Hause)

Die Landesregierung hat sich für unser Land eine gelebte Willkommenskultur zum Leitbild gesetzt und setzt sich auf allen Ebenen für die Verwirklichung ein. Die Erstaufnahme von Flüchtlingen, deren Zahlen angesichts der aktuellen Konfliktherde in der Welt ständig ansteigen, stellt eine besondere Herausforderung dar, die seitens der Landesregierung frühzeitig erkannt und abgefedert wurde und abgefedert wird. Die Kapazität der Aufnahmeeinrichtung in Trier wurde kurzfristig mit zusätzlichen Wohncontainern oder den neuen Außenstellen in Trier und in Ingelheim auf über 1.500 Plätze hochgefahren.

Allen Unkenrufen und Befürchtungen zum Trotz gibt es derzeit zwar noch keine Überbelegung, obwohl allein am vergangenen Wochenende 150 Personen in Trier Zuflucht gesucht haben. Heute sind bereits aktuell 100 Personen in der AfA in Trier aufgelaufen und neu zu verzeichnen. Die durchschnittliche Zahl der Neuzugänge in Trier lag im September bei 57 Flüchtlingen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Zahlen zurückgehen. Im Gegenteil, die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass gerade in den Herbstmonaten die Zahl der Flüchtlinge sogar noch zunimmt.

Neben dem Aufstellen von Wohncontainern in Ingelheim prüft deshalb das Ministerium für Integration, Familie, Jugend, Kinder und Frauen zusätzliche Immobilien, die als weitere Aufnahmeeinrichtungen genutzt werden können. Ich bin mir sicher, dass diese Eignungsprüfung insbesondere von Kasernengebäuden, die infrage kommen, in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen erfolgt.

Die gesetzlich zulässige Verweildauer in der Aufnahmeeinrichtung beträgt bis zu drei Monate. Wir sind sehr stolz darauf, dass in Rheinland-Pfalz die Verweildauer bei ca. vier bis fünf Wochen liegt, dass hier sehr schnell alle Formalitäten in der Form erfüllt werden und dann bereits die betroffenen Familien auf die Kommunen verteilt werden können.

Dies geschieht nach einem bundesweit abgestimmten Schlüssel. Nichtsdestotrotz haben die Kommunen an

dieser Stelle eine hohe Last zu tragen; denn die Finanzen teilt sich nur das Land mit den Kommunen. Zunehmend schlagen auch die medizinischen Kosten zu Buche. Frau Spiegel hat schon auf das MEDEUS-Programm des Ministeriums hingewiesen, das den Kommunen in der Form hilfreich zur Seite steht.

Deshalb können wir an dieser Stelle nur sagen: Wir wünschen uns, dass die Menschen überall in unserem Land willkommen sind und sie gut aufgenommen werden. – Wir weisen noch einmal darauf hin, auch die steigenden Zahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich immer wieder um Einzelschicksale handelt und niemand einfach mal sein Land verlässt und irgendwo als Flüchtling einfällt, wie das manchmal dargestellt wird.

Jeder Einzelne hat das Recht, dass seine Angelegenheit sorgfältig geprüft wird. Die besonderen Anstrengungen, die gerade im Bereich der Kommunen, im Bereich der Landesregierung für die Integration der Kinder und Jugendlichen, aber selbstverständlich auch für die Integration der Erwachsenen unternommen werden, kann man von dieser Stelle aus nur noch einmal herausheben. Das gilt auch für den Bereich der finanziellen Unterstützung. Wir danken den Kommunen, aber wir danken auch der Landesregierung, dass sie auf diesen Bereich einen solchen Wert legen.

Wir wünschen uns, dass sich alle Menschen, die in Rheinland-Pfalz ankommen, auch in Rheinland-Pfalz zu Hause fühlen. Ich kann Herrn Kollegen Kessel unterstützen: Ja, wir wünschen uns, wir brauchen ein europäisches Asylrecht. – Da sind wir uns sehr einig. Wir brauchen auch die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, damit die Asylbewerber im Hinblick auf die Kosten vonseiten des Bundes abgedeckt sind. Das sind unsere Wünsche, aber zurzeit arbeiten wir in der Situation, in der wir uns befinden, und freuen uns, dass so viele Akteure uns dabei unterstützen.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Alt. Bitte schön.

Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist mit seiner humanen Flüchtlings- und Asylpolitik im bundesweiten Vergleich sehr gut aufgestellt. Wir haben den Anspruch, den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, eine angemessene Zuflucht zu bieten.

Sie alle wissen, dass die Zugangszahlen von Flüchtlingen seit einiger Zeit rasant angestiegen sind. Wir haben früh reagiert und die Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier kontinuierlich erweitert.

Dafür haben wir zunächst Wohncontainer aufgestellt und dann so schnell wie möglich zwei Außenstellen in der Luxemburger Straße in Trier und in Ingelheim geschaffen.

Auch in diesen zwei Außenstellen haben wir die Plätze kontinuierlich erhöht, sodass wir derzeit über 1.575 Plätze verfügen. Damit haben wir die ursprüngliche Platzzahl von 700 in der AfA Trier mehr als verdoppelt.

Die Zugangszahlen steigen jedoch weiter an. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prognostiziert für die kommenden Monate bundesweit 25.000 Asylbegehrende pro Monat. Herr Kessel hat es schon gesagt, im Jahr 2014 werden 200.000 Menschen nach Rheinland-Pfalz kommen. Das heißt, die Zahlen steigen, wir müssen am Ball bleiben, und wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Obwohl wir früh reagiert haben und obwohl wir kontinuierlich ausgebaut haben, stehen wir bei der Erstaufnahme immer noch vor großen Herausforderungen. Es ist gut, dass unsere Pläne für den Ausbau der Außenstelle in Ingelheim als zweite eigenständige AfA vorangehen. In dieser dann zweiten eigenständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Rheinland-Pfalz werden wir 500 Personen aufnehmen können. Voraussetzung dafür ist die Einrichtung einer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Dies hat uns das Bundesamt bereits zugesagt. Der LBB hat mit der Sanierung der Liegenschaft in Ingelheim begonnen. Die Fertigstellung ist für 2015 geplant.

Um aber weiter auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein und nicht die ganze Zeit am Limit aufnehmen zu müssen, suchen wir zusätzlich mit Nachdruck nach einem neuen Standort für eine dritte eigenständige Aufnahmeeinrichtung. Wir sind bereits dabei, verschiedene Liegenschaften zu prüfen. Einige Liegenschaften sind bereits nach erster Sichtung ausgeschieden. Den engeren Kreis unterziehen wir nun einer detaillierteren Prüfung.

Ich will auch noch einmal deutlich sagen: Ehemalige Kasernen erscheinen dabei als Standort grundsätzlich als eine gute Lösung. Die Nutzung muss jedoch an bestimmte Voraussetzungen gebunden werden. Ich glaube, da sind wir uns einig. Die Liegenschaften müssen verkehrstechnisch gut erschlossen sein und möglichst in der Nähe einer Ortschaft liegen. Die Immobilien müssen in einem guten baulichen Zustand oder eben in einem überschaubaren Zeitraum renovierbar sein. Zusätzlich müssen vor Ort Träger vorhanden sein, die Betreuung und Beratung der Flüchtlinge übernehmen. Natürlich ist es auch wichtig, dass es Bildungsangebote und Ärzte in der Region gibt. Das ist wichtig.

Wir sehen, dass wir trotz der Aufgaben, die die Erstaufnahme von Flüchtlingen an uns stellt, weiter dafür sorgen müssen, dass unsere humanitäre Flüchtlingspolitik weitere Impulse erfährt.

Ich will kurz auf das Thema der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge eingehen; denn wir haben Anfang des Jahres das MEDEUS-Programm gestartet, das wir

jetzt sukzessive weiter verbessern. Damit bieten wir einen sehr guten Anfangspunkt für die Asylbewerber und Asylbegehrenden.

Wir bieten eine Erstuntersuchung, ein umfassendes Schutzimpfungsangebot, das im Übrigen sehr gern von den Flüchtlingen angenommen wird, ein Kinderuntersuchungsangebot und eine systematische Erfassung der Basisdaten an. Es wird eine Krankenakte angelegt. Alles das, was die Flüchtlingsorganisationen schon seit Längerem gefordert und gewünscht haben, tun wir mit diesem MEDEUS-Programm. Wir sind auf einem guten und richtigen Weg. Wir müssen aber gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen noch weitere Schritte gehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spiegel. – In der zweiten Runde stehen den Fraktionen jeweils 2 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin glücklich darüber, dass im Hohen Hause Einigkeit herrscht und die Integration von Flüchtlingen von Anfang an eine wichtige Herausforderung ist. Wir müssen sie auch von Anfang an anpacken, wenn die Menschen hier ankommen. Ich glaube, dass durch den Ort der Erstaufnahmeeinrichtung die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Integration gelingt. Wir brauchen eine gute Infrastruktur. Die Menschen müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Schulen und Kindertagesstätten kommen. Die gesundheitliche Versorgung muss auch gewährleistet sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Zugleich möchte ich betonen, dass es, wenn uns die Integration von Anfang an wichtig ist, erforderlich wäre – hier schaue ich auf die Bundesebene –, das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abzuschaffen; denn das würde bedeuten, dass diese Menschen endlich unter die Sozialgesetzbücher II und XII fallen und dementsprechend Kommunen und Länder finanziell entlastet würden und die Menschen eine ebenbürtige gesundheitliche Versorgung wie alle anderen Menschen hätten. Das ist eine wichtige Forderung.

Es ist ebenfalls eine wichtige Forderung, dass wir im Bereich der Migrationsfachberatung und der Sprach- und Integrationskurse eine deutliche Schippe drauflegen, was das bundespolitische Engagement angeht; denn es ist nicht nur eine Phrase.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist wirklich so, dass der Zugang und die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu lernen, der allerbeste Schlüssel für eine möglichst schnelle Integration für die Menschen sind.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal, wenn wir uns alle in diesem Haus darauf verständigen, dass wir für die Aufnahme der Flüchtlinge, die in immer größerer Zahl kommen werden – der Winter steht bevor; das wird noch einmal einen neuen Schub geben; die Krisensituationen auf der Welt werden nicht geringer, wie wir jeden Tag hören, sondern schwieriger –, die entsprechenden Einrichtungen und die entsprechende darum herum liegende Versorgung gewährleisten müssen. Ich glaube, das ist eine humanitäre Pflicht. Dieser sollten wir uns alle stellen. Das gilt insbesondere vor Ort, wo die konkreten Lösungen angeboten werden müssen. Das will ich ausdrücklich auch für uns als CDU-Fraktion sagen.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung hat selbst – Frau Ministerin, Sie haben auf meine Kleine Anfrage entsprechend geantwortet – Kriterien festgelegt, wie diese Versorgung aussehen soll. Wir unterstützen ausdrücklich, dass alles, was getan werden kann, auch da sein muss, damit die Integration und auch die Willkommenskultur – diese haben Sie heute noch gar nicht genannt – bei den Menschen vor Ort da ist.

Das wird eine große Herausforderung werden. Zu dieser Herausforderung gehört, dass man auch noch einmal ein bisschen mehr auf die Problematik eingeht, die sich mit einer multikulturellen Flüchtlingssituation darstellt. Die Kollegin hat die Länder genannt. Es herrscht nicht überall in den Aufnahmeeinrichtungen – deutschlandweit, aber auch bei uns in Rheinland-Pfalz – nur eitel Sonnenschein. Das muss man sehen. Die Polizei und die Ordnungsbehörden werden auch zum Einsatz kommen müssen, um Streitigkeiten zu klären. Das will ich ausdrücklich sagen.

Meine Damen und Herren, es hat mit der Situation der Flüchtlinge zu tun. Sie brauchen unsere höchste Aufmerksamkeit auch bei der Beratung. Wenn ich darf, will ich an dieser Stelle sagen: Wenn man dann an anderer Stelle bei der Schwangerschaftsberatung einspart und nicht wahrnimmt, dass Frauen kommen, die diese Beratung brauchen könnten,

(Beifall der CDU)

dann ist das an dieser Stelle ein falsches Signal.

(Glocke des Präsidenten)

Sie müssen sich überlegen, ob das der richtige Weg ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort der Frau Kollegin Sahler-Fesel.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Schönen Dank, Herr Präsident. Frau Kohnle-Gros, es ist schade, dass man in dieser Einigkeit in diesem Haus in Bezug auf die Erstaufnahme und die Flüchtlinge noch so einen kleinen Touch hineinbringen muss, sodass wir nicht ganz einvernehmlich hier hinausgehen. Wir sind uns aber einig, dass die Erstaufnahme nur funktioniert, wenn haupt- und ehrenamtliche Akteure gut gemeinsam zusammenarbeiten und die Flüchtlinge unterstützen.

Wir können für den Bereich der Erstaufnahme, sei es für Trier oder für Ingelheim, sagen – ich möchte es noch einmal betonen, weil ich es heute noch einmal abgefragt habe –, dass es dort überwiegend konfliktfrei läuft. Das ist eine ganz besondere Leistung auch von denen, die dort unterstützend mit tätig sind.

Gleichzeitig werden so auch Vorurteile und Ängste abgebaut sowie die ersten Weichen gestellt, sodass die Möglichkeit einer gelingenden Integration bestehen kann. Deshalb noch einmal der Dank an die Beteiligten, und zwar sowohl an die Beschäftigten, die jeden Tag sieben Tage die Woche mit den entsprechenden Freizeiten vor Ort sind und sich immer wieder von Neuem für die neu ankommenden Menschen einsetzen, also auch an die Wohlfahrtsverbände und die vielen ehrenamtlichen Gruppierungen, die in dem Bereich tätig sind und sich ebenfalls den Menschen, den Erwachsenen und den Kindern, annehmen. Der Dank gilt aber auch den kommunal Verantwortlichen, insbesondere in Trier und jetzt auch wieder zunehmend in Ingelheim, die die Aufnahme und neben dem Wohnraum auch die Aufnahme in die Kindertagesstätten und die Schulen stemmen müssen und auch gestemmt bekommen. Das ist eine große Herausforderung. Wir freuen uns, dass wir weiterhin Hand in Hand und, ich hoffe, auch mit einer gewissen Einigkeit in diesem Hause, arbeiten können.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich schließe damit das erste Thema der Aktuellen Stunde und begrüße als Gäste auf der Zuschauertribüne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums

Worms, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rhein-Haardtbahn Bad Dürkheim sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes aus Koblenz und Mainz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Verlässlicher Netzausbau für ein Gelingen der Energiewende“

auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/4072 –

Das Wort hat Herr Kollege Hürter.

Abg. Hürter, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Haus hat sich in dieser Periode schon häufiger mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien bundesweit, aber vor allem in Rheinland-Pfalz beschäftigt und in der Folge, weil diese beiden Themen zusammengehören, mit der Frage, wie die Netze ausgebaut und umgebaut werden müssen, um den Herausforderungen zu begegnen, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, mit einer Reduktion der Kohleverstromung, aber vor allem mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden sind.

Diese Situation in den Netzen, die ich beschrieben habe, ist natürlich dieser Energiewende zuzuschreiben. Sie ist aber auch der alten Energieversorgung zuzuschreiben, einer Energieversorgung, die sehr stark auf zentrale Standorte gesetzt hat und keine Versorgung und keine Erzeugung in der Fläche kannte. Damals hatten Netze naturgemäß eine andere Aufgabe, als dies in der Zukunft der Fall sein wird.

Vor diesem Hintergrund haben sich der Landtag, der Wirtschaftsausschuss, aber auch und insbesondere der Unterausschuss zur Energiewende intensiv mit der Materie beschäftigt. So sehr teilweise auch die Einschätzungen zur Thematik „Ausbau der Windenergie“ auseinandergingen, so groß war die Gemeinsamkeit nach meinem Empfinden bei der Frage, dass man Netze aus- und umbauen muss, um den Herausforderungen zu begegnen.

Auch der Koalitionsvertrag auf Bundesebene greift diese Thematik prononciert auf. Ich habe mich gefreut, dass dieses Thema im politischen Raum bis jetzt mit großer Einmütigkeit begleitet wurde; denn wir haben die Situation, dass in der Zukunft – um das Jahr 2020 herum – immer mehr Kernkraftwerke abgeschaltet und diese ehemaligen Standorte hauptsächlich über sogenannte Gleichstromleitungen vernetzt werden müssen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz zwei Trassen, bei denen das sogenannte Übertragungsnetz angepasst werden musste bzw. werden muss. Wir begleiten das nach meinem Empfinden mit großer Sachlichkeit. Wir haben aber

– das muss man dazusagen – das Glück, dass wir eben nicht die großen zentralen Einheiten hatten, mit einer Ausnahme Mülheim-Kärlich. Ich glaube, dazu muss ich in diesem Hause nichts mehr ausführen.

Da nehme ich es schon mit Verwunderung zur Kenntnis, wie das Bundesland Bayern sich in den zurückliegenden Wochen positioniert hat. Nachdem der Koalitionsvertrag auch von der CSU gezeichnet wurde, insbesondere von Herrn Seehofer, nachdem das Bundesland Bayern, auch Herr Seehofer als Person, die Netzplanung im Bundesrat im Jahr 2013 abgenickt und zugestimmt hat, ist es schon bemerkenswert, dass diese wichtige Festlegungen für das Gelingen der Energiewende nun infrage gestellt werden. Nicht nur, dass man dort ganz gezielt Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Ökologie der zukünftigen Energieversorgung gefährdet, man tut es auch in einer bemerkenswerten Stilistik.

Wenn man die Kritik, die es aus der CDU, teilweise auch aus der CSU an dem Vorgehen von Seehofer gibt, so kontert wie Herr Seehofer, der Herrn Oettinger zum Beispiel vorwirft, er sei geschwätzig, man wie Seehofer allen Ernstes in den Raum stellt, Bayern sei ein Musterland der Energiewende, obwohl gerade hier die Energiewende gefährdet wird und Bayern bei dem Thema Windenergie aus der Energiewende geradezu aussteigen möchte, dann macht mich das zum einen betroffen, zum anderen aber auch sprachlos.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Worte, die mir hierzu in der Vorbereitung durch den Kopf gegangen sind, werde ich heute nicht aussprechen. Der Präsident würde mich andernfalls zu Recht rügen;

(Zurufe von der CDU: Oh!)

denn es ist ein Tiefpunkt der politischen Kultur, dass bestehende Zusagen zurückgenommen werden und man ganz bewusst aus regionalen Egoismen die Energiewende, das Gelingen einer vernünftigen Energieversorgung, die auf Sicherheit, auf Ökologie und auf preiswerte Stromversorgung setzt, gefährdet.

Ich glaube, dass es wichtig wäre, dass die CDU in diesem Hause, die sich beim Thema Netze bis jetzt sehr konstruktiv eingebracht hat, klare Position bezieht so wie andere in der Union. Ich habe Herrn Oettinger oder Herrn Göppel angesprochen, die es bereits getan haben und die darüber hinaus ihren Einfluss in der Union einsetzen, damit wir das Projekt, das auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene beschrieben ist, dem Grunde nach gemeinsam voranbringen. Ich glaube, dass das nicht nur zum Wohle von Bayern ist – diese Interessen werden gerade von Herrn Seehofer mit Füßen getreten –, sondern dass es auch im Interesse der Energieversorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz ist; denn wenn wir kein integriertes Netz mehr haben, das einen vernünftigen Ausgleich von Spannungsspitzen organisiert, dann werden wir erleben, wie all diese Ziele des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, die ich eben angesprochen habe, massiv leiden, und das kann nicht das Interesse von Rheinland-Pfalz sein, das kann auch nicht Ihr Interesse sein.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Mittrücker.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema des verlässlichen Netzausbaus für ein Gelingen der Energiewende kann logischerweise von jedem in diesem Hause unterschrieben werden. Herr Hürter, nur, wenn Sie formulieren, was wir schon x-mal besprochen haben, ist das kein neuer Aspekt.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte erwartet, dass Sie darüber hinaus neue Fakten aufzeigen. Was sind diese? – Ich bemühe einmal den Vergleich zur bundesweiten Energiepolitik. Da wird eine Leitung von Nord nach Süd geplant. Aber die Leitung ist die Reaktion auf Fakten: Energiegewinnung im Norden, Offshore, Energieverbrauch im Süden, in Süddeutschland. Diese Fakten zu verbinden, dafür brauchen wir ein neues Netz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt vergleichen wir einmal die Situation in Rheinland-Pfalz. Wir müssen auch ein Netz neu definieren. Wir müssen ein bestehendes Netz anpassen. Man muss sich aber überlegen, wo Ihre Vorgaben in Rheinland-Pfalz sind, wenn Sie bis 2030 bilanziell alles mit regenerativen Energiegewinnungsformen decken wollen.

(Beifall bei der CDU –
Baldauf, CDU: Sehr richtig!)

Wo sind Ihre lokalen Schwerpunkte, die dies ermöglichen? – Ich kenne sie nicht. Sie haben hierfür keinen Masterplan.

Darüber hinaus sind die Senken, die wir im bundesweiten Blickfeld haben, in Rheinland-Pfalz nicht genau definiert. Sie haben keine ausreichenden Verträge mit Frankreich, Luxemburg, Bayern oder Baden-Württemberg und Hessen, die in Spitzenlastzeiten die Möglichkeit einräumen, unsere erzeugte Energie abzunehmen, das heißt im Umkehrschluss, im Verhältnis zu Deutschland, wir haben weder definiert, wo wir bis 2030 die Energie erzeugen, noch haben wir verlässlich definiert, wie wir die Energie in Hochlastzeiten wegbringen. Nur diese beiden Dinge brauchen wir, um einen verlässlichen Netzausbau definieren zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Netzausbau ist immer die zweite Stufe nach politischen und physikalischen Gesetzgebungen.

(Beifall der CDU)

Herr Hürter, genau deswegen hätte ich gedacht, dass Sie uns vielleicht in diesem Bereich etwas Neues vermitteln, damit wir neue Erkenntnisse hätten. Dann kommt natürlich Frau Ministerin Lemke und sagt, wir brauchen mit aller Gewalt Smart Grids. Aber dieses Wort Smart Grids hat zwei Worte, einmal Smart und einmal Grids.

Sie können ein Netz erst dann intellektuell vernünftig ausbauen, wenn Sie ein Netz haben, das der Zukunft zugeordnet ist. Das ist die alles entscheidende Geschichte, um die Verbraucher über dieses Netz zu- und abschalten zu können, um auch die Erzeuger über dieses Netz zu- und abschalten zu können. Dann können Sie intelligente Systeme einsetzen, die unsere Energiewende äußerst positiv begleitet.

(Beifall der CDU)

Deswegen resümiere ich gerne, es bestehen aktuell Handlungsbedarfe, die uns ermöglichen, bis 2030, nicht kurzfristig oder mittelfristig, sondern längerfristig Planungen machen zu können, die dies gewährleisten, die unsere Energiewende nicht gefährden, damit wir keine unnötigen Steuergelder oder andere Gelder, die die Bürgerinnen und Bürger aufbringen müssen, vergeuden, sondern zielgerichtet einsetzen können. Das ist unsere Aufgabe, der wir uns zu stellen haben, und nicht irgendwelche Schauanträge, die es hier im Plenum zu diskutieren gilt.

(Beifall bei der CDU)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mittrücker, Sie haben vollkommen recht, Sie brauchen neue Erkenntnisse.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben allerdings Erkenntnisse über den Netzausbau, und Sie wehren sich, diese Erkenntnisse, die wir haben, mitzugehen und anzuerkennen. Sie ignorieren in jeder Rede wieder – und das jetzt seit dreieinhalb Jahren – den Stand des Ausbaus des Netzes in Rheinland-Pfalz und der Energiewende in Rheinland-Pfalz. Mich wundert das, weil ich Ihnen eigentlich gar nicht so viel Ignoranz zugetraut hätte, Herr Dr. Mittrücker.

Wir haben einen Ausbau der Netze von Nord nach Süd, und deswegen von Nord nach Süd – das ist genauso wie umgekehrt; das ist vollkommen klar –, weil wir im Norden viel Windenergie erwarten, die Offshore-Windenergie. In Bayern werden in den nächsten fünf, zehn Jahren vier Atomkraftwerke mit jeweils 1,3 Gigawatt Leistung abgeschaltet, das heißt, das ist so viel, wie

durch die Offshore-Anlagen neu hinzukommt. Also muss man den Strom von dort, wo er erzeugt wird, wegtransportieren. Wir wissen, wo er erzeugt werden wird, und wir wissen, wo es mit der Erzeugung aufhört.

Herr Dr. Mittrücker, diese Frage ist schon einmal beantwortet. Im Süden wird es aufhören mit der Erzeugung, und im Norden wird es zunehmen, also brauchen wir die Leitungen. Warum sich jetzt gerade Herr Seehofer, der diese Leitungen am dringendsten braucht, dagegen wehrt, ist uns allen hier unerklärlich. Vielleicht können Sie uns das in der zweiten Runde sagen. Vielleicht wissen Sie mehr darüber. Wir wissen es nicht.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Ihr wisst vieles nicht!)

– Herr Baldauf, vor allem über Herrn Seehofer wissen wir vieles nicht. Das ist auch gut so.

Wir wissen aber, was wir in Rheinland-Pfalz tun, und in Rheinland-Pfalz sind wir am Netzausbau beteiligt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz sehr starke Netze – das habe ich auch schon öfter gesagt –, weil wir in Hessen und Baden-Württemberg die Atomkraftwerke hatten, die jetzt zum Großteil schon vom Netz genommen worden sind, die Leitungen sind aber noch vorhanden. In Frankreich, in Cattenom, werden wir hoffentlich bald ein Atomkraftwerk mit vier Blöcken haben – da sind wir uns alle einig –, das bald nicht mehr am Netz sein wird. Aber die Leitung wird auch dort noch vorhanden sein.

Das heißt, um Strom von Rheinland-Pfalz weg und nach Rheinland-Pfalz hin zu transportieren, haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Die paar Trassen, die wir noch ertüchtigen müssen – wir brauchen keine neuen zu bauen, zumindest nicht in einem nennenswerten Umfang –, werden dieses Jahr ertüchtigt werden.

Von daher haben wir in Rheinland-Pfalz – das haben wir Ihnen hier schon öfter mitgeteilt – unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind gut auf die Energiewende vorbereitet, wir können sie durchführen.

Die Bayern sind nicht gut vorbereitet. Das ist das Thema heute, nicht, wie wir es in Rheinland-Pfalz machen, weil wir es hier gut machen, sondern wie es bundesweit gemacht wird.

Sie haben das Wort „Smart Grid“ angesprochen, aber smart bitte auch mit den Bayern und in Bayern. Das würden wir uns wünschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

In Rheinland-Pfalz sind es alles Privatinvestitionen, sodass der Staat nichts tun muss. Wir können froh sein, dass die Netze in Rheinland-Pfalz so gut ausgebaut sind.

Wir haben in Rheinland-Pfalz die konkrete Planung der großen Netzbetreiber, der Übertragungsnetzbetreiber,

dass die noch durchzuführenden Maßnahmen in diesem und im nächsten Jahr durchgeführt werden sollen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz auch das Glück, dass wir da, wo wir Windenergie beispielsweise produzieren – in Zukunft auch mehr, gerade im Hunsrück –, schon Netze haben. Der Netzausbau muss in Rheinland-Pfalz zum Teil noch im Bereich des Südens stattfinden, aber es müssen keine Übertragungsnetze gebaut werden, da die Netze, die vor Ort vorhanden sind, die kommunalen Netze, genutzt werden können. Hier gibt es allerdings überall Investitionsbedarf. Das liegt aber nicht an der Energiewende, sondern zum Teil daran, dass Stadtwerke, auch die Pfalzwerke, aber auch andere große Investoren, in dem Bereich in den letzten Jahren nicht genug investiert haben.

Hier ist ein Nachholbedarf vorhanden. Dieser Nachholbedarf muss in den nächsten zehn Jahren geleistet werden. Das ist nicht allein der Energiewende geschuldet, diese Investitionen brauchen wir, um die Energiewende smart und gut durchführen zu können. Aber der Investitionsbedarf wäre auch ohne die Energiewende da, Herr Mittrücker.

Ich glaube, wir sind in Rheinland-Pfalz gut dafür aufgestellt, dass wir die Arbeitsplätze, die bei der Produktion von Strom in Rheinland-Pfalz anfallen, beispielsweise bei der Biomasse und bei dem Ausbau von Wind- und Solarenergie, im Land halten können. Dazu brauchen wir den Ausbau der Netze, aber den Ausbau der Netze bundes- und europaweit. Dabei sind auch Dinge angebracht wie die Verknüpfung nach Norwegen. Das ist ganz wichtig für die Energiewende.

(Glocke des Präsidenten)

Dazu komme ich im zweiten Teil meiner Rede.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertens:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Lemke. – Bitte.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Danke. Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Mittrücker, vielleicht einige Worte zunächst einmal zu einer, wie haben Sie es genannt, intellektuellen Planung. Um noch einmal diesen Begriff „smart“ zu nennen: Was haben wir gelernt? – Als Deutschland in den 50er-Jahren mit der Wasserversorgung und der Elektrizität neu aufgebaut und die ganze Infrastruktur neu gemacht wurde, gab es keinen Masterplan. Trotzdem ist es gelungen.

Wenn Forscher heute darüber forschen – es gibt dazu extra Studiengänge –, wie man Systeme resilient macht, also sozusagen fehlerresistent aufbaut, dann gehört

auch die Forschung dazu, wie man sie schrittweise entwickelt.

Eine der größten Erkenntnisse ist, nicht in einem Wurf, als ein großes Projekt mit einem Plan, bei der Sie eine große Anzahl an Akteuren koordinieren müssen, sondern schrittweise heruntergebrochen genau auf die Einheiten, die wir brauchen, muss so etwas gemacht werden.

Da wir an einer dezentralen Energiewende mit vielen Akteuren arbeiten, bei der auch eigener Strom erzeugt wird, müssen wir es auch von der Seite her denken und nicht nur von der Erzeugerseite oder der Seite, die Herr Abgeordneter Dr. Braun zu Recht geschildert hat, wie wir den Strom von der Nordsee nach hierher oder umgekehrt vom Süden in den Norden oder innerhalb Europas transportiert bekommen.

Es gehört mehr dazu, viele kleine Schritte, darauf kommt es an und darauf, das System resilient und damit am Ende auch smart und intelligent aufzubauen.

Ich warne deshalb vor solchen Worten und sage ganz deutlich, Herr Mittrücker: Es klingt immer eine Art Panikmache bei Ihnen heraus, als würde gleich alles zusammenbrechen. Niemand, weder die Bundesnetzagentur noch der Bundesminister, hat bisher diese Panikmache in irgendeiner Weise bestätigen können.

Was tun wir? – Wir machen Hausaufgaben, und zwar sehr gründlich. Noch kein Bundesland hat eine solche Verteilnetzstudie aufgestellt wie wir. Sie hat lange gebraucht, und zu Recht hat sie so lange gebraucht, um diese vielen kleinen Schritte zu identifizieren.

In dieser Woche – es ist die Smart-Grid-Woche – beraten die Experten des Landes eine ganze Woche darüber, wie die nächsten Schritte unseres Netzausbaus aussehen sollen.

Um das für das Protokoll festzuhalten – wir haben es schon ein paar Mal gesagt –: Der Bundesbedarfsplan und das Bundesbedarfsplangesetz dazu wurden im April 2013 beschlossen. Es gibt also einen Beschluss, der festlegt, was wir zu tun haben. Daran können wir messen, ob wir die Hausaufgaben ordentlich gemacht haben oder nicht. Wir stehen im Vergleich der Bundesländer an erster Stelle.

Zwei Vorhaben gibt es in Rheinland-Pfalz innerhalb dieses Plans, an denen wir weiterarbeiten müssen: Das ist einerseits eine Gleichstromverbindung, ein Ultranetz zwischen Osterath und Philippsburg, ein bundesländerübergreifendes Vorhaben, für das die Bundesnetzagentur bezüglich der Trassenfindung und Planfeststellung zuständig ist. Um das festzuhalten: Wir befinden uns in der Vorbereitung.

Außerdem geht es um eine Höchstspannungsleitung zwischen Metternich bei Koblenz und Niederstedem nördlich von Trier, deren Planfeststellung in die Zuständigkeit des Landes fällt. Hieran arbeiten wir derzeit.

Beide Verbindungen sollen in vorhandenen Trassen, Ultranetz sogar weitgehend auf vorhandenem Gestänge,

realisiert werden. Sie haben einmal kritisiert, ich würde nicht fachfremd genug zum Ausdruck bringen, dass es sich nicht nur um ein Austauschen von Seilen handeln würde. Aber wenn ich das heute mit den Fachbegriffen benennen darf, dann geht es im Wesentlichen um heute schon existierende Technologien, die in diesen Trassen ergänzt werden, nämlich um regelbare Ortsnetztransformationen, Dynamic Line Rating und um Hochtemperaturseile, die auf vorhandenes Gestänge gebracht werden. Alles andere ist schon vorhanden.

So viel einmal zur Panik, würde ich sagen. Herr Mittrücker, sie ist an dieser Stelle nicht angebracht. Intelligente Kommunikationstechnologie – das sind die smarten Anteile wie Elektronik, Steuereinheiten, Einheiten, die zwischengeschaltet werden – befindet sich in der Entwicklung und muss auf genau diesen Ausbau angepasst werden. Das ist der Anspruch an Innovation und Technologie, um das Ganze zum Einsatz zu bringen.

Man darf sicherlich sagen – das gehört dazu –, selbstverständlich kennen wir heute noch nicht jeden einzelnen Detailschritt, nein, wir wissen nicht alles. Auch das gibt Politik heute zu. Politik weiß auch nicht alles, aber ja, wir haben ein klares Vorgehen festgelegt, all dies zu identifizieren und in dem vorgegebenen Zeitrahmen dann auch umzusetzen.

Genauso werden wir das machen, und dann wird dabei auch nichts schiefgehen. Dann ist auch weiterhin kein Grund zur Sorge gegeben, die Menschen in diesem Land dürfen sich sicher fühlen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hürter.

Ich bitte, auf der Regierungsbank die Gespräche über vier Stationen auf zwei zu beschränken. Das wäre schon ein Fortschritt.

Abg. Hürter, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Herrn Dr. Mittrücker wurde vorhin mit großer Glaubwürdigkeit in der Stimme ausgeführt, dass das Land keine Netzplanung hätte. Diese Glaubwürdigkeit muss ich ein Stück weit relativieren; denn natürlich hat das Land eine Netzplanung: Auf 450 Seiten wurde eine Verteilnetzstudie mit verschiedenen Szenarien mit einer großen Durchdringungstiefe der Materie erarbeitet, zusammen mit Experten aus der Energiewirtschaft, mit der Branche zusammen, die, bei aller Liebe, die in Rheinland-Pfalz doch überschaubaren Herausforderungen angeht.

Wir können bei allen Herausforderungen festhalten: Der Umbau in Rheinland-Pfalz funktioniert.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, im Bund haben wir deutlich größere Herausforderungen, insbesondere das beschriebene Nord-Süd-Gefälle, das durch die Windenergie im Norden und durch die großen Verbraucher im Süden ausgelöst wird. Auf diese große Herausforderung wird vom Land Bayern eine Lösung in einer Form verweigert, die bemerkenswert ist.

Herr Dr. Mittrücker, vor diesem Hintergrund hätte mich schon interessiert, was Sie zu der Situation in Bayern zum Verhalten von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer zu sagen haben. In der ersten Runde haben Sie sich davor gedrückt. Ich wäre Ihnen sehr verbunden und dankbar, wenn Sie in der zweiten Runde die Gelegenheit nutzen, einmal zu sagen, was Sie zu der Situation in Bayern anzumerken haben.

Wir können festhalten, in Rheinland-Pfalz funktioniert es, aber hier kritisieren Sie es. In Deutschland droht es an Bayern zu scheitern, und hierzu haben Sie bis jetzt geschwiegen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Herr Dr. Mittrücker, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hürter, ohne Wenn und Aber, wir brauchen die Leitung von Nord nach Süd. – So viel zu Ihrer provokativen Frage.

Darüber hinaus muss ich sagen, während die Landesregierung, die SPD und die GRÜNEN schon wieder einmal ganz genau wissen, was richtig und was falsch ist, was angedacht ist und was nicht angedacht ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

tut sich die Wissenschaft schwer damit, dies zu begleiten, was Sie so locker formulieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin, Sie waren bei der Anhörung zur Netzstudie anwesend. Dort haben wir nicht nur positive Argumente gehört, die Sie so gerne zitieren, sondern es waren auch kritische Untertöne zu hören, die ganz ernst zu nehmen sind und die man nicht einfach so von jetzt auf nachher zur Seite schieben kann. Das möchte ich dazu anmerken.

(Staatsministerin Frau Lemke: Das habe ich
auch nicht getan!)

Ich komme noch zur Netzstudie in Rheinland-Pfalz, über die wir auch schon diskutiert haben. Aber wenn Sie mit

den Menschen reden – dies habe ich im Nachgang getan –, die diese Netzstudie erstellt haben, werden Sie feststellen, dass diese Menschen sagen, wir haben nicht gewusst, mit welchen Parametern wir eine Netzstudie erarbeiten sollen, weil keine Vorgaben gemacht werden, die ich im Übrigen auch schon vorhin eingeklagt habe, wo die Haupterzeugungsgebiete und wo die entsprechenden Verbräuche sind.

(Staatsministerin Frau Lemke: Die wurden
dann identifiziert!)

Nur dann kann man auch eine längerfristige, bis 2030 orientierte Netzstudie erstellen. Das ist aber nicht machbar, weil diese Vorgaben den Leuten nicht gemacht worden sind. Das war eindeutig und klar festzuhalten, und daraus schließe ich, dass das, was Sie in rosaroten Farben darstellen, nicht rosarot ist.

(Beifall der CDU)

Wir müssen nacharbeiten, damit wir in der Lage sind, genau das zu machen, was unser Antrag heute aussagt, nämlich einen verlässlichen Netzausbau für ein Gelingen der Energiewende zu gewährleisten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Dr. Mittrücker, ich möchte heute keine geografischen Diskussionen eröffnen, aber wir wissen, wo in Rheinland-Pfalz der Wind stärker weht. Wir haben die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt. Wir wissen also, wo zum Beispiel die Hauptorte der Gewinnung von Windenergie sein werden.

Wir wissen auch, dass wir in Rheinland-Pfalz kein weiteres Großkraftwerk haben werden. Auch das wird sich nicht verändern; insofern sind die Strukturen klar. Das wussten auch die Leute, die die Netzstudie erarbeitet haben. Es gab auch eine weitere Vorgabe für die Netzstudie, nämlich dass wir weiter einsparen und – das ist ein ganz wichtiger Faktor – den Verbrauch regulieren wollen. Ich glaube, das ist eine Sache, die sehr wichtig ist.

Dies alles hat die Netzstudie mit aufgenommen und berücksichtigt. Nun ist die Netzstudie sicherlich eine komplizierte Sache, und wir haben natürlich auch viele Verbraucher und viele Erzeuger im Bereich der Solarenergie. Es sind aber nicht die Übertragungsnetze, die davon betroffen sind, sondern – ich hatte es vorhin schon einmal angesprochen – es sind zum Großteil die kommunalen Netze, die vor Ort tatsächlich einer neuen Investition bedürfen, aber nicht nur wegen der erneuerbaren Energien, sondern auch, weil sie sehr viele Jahre nicht neu aufgebaut wurden und an den Netzen nichts

getan wurde. Dies sind Investitionen, die wir in Zukunft brauchen.

Ich möchte aber auch noch einmal darauf eingehen, was die CDU immer wieder vorträgt. Sie haben – so sieht es zumindest aus, oder so hört es sich an – ein gewisses Unbehagen bei dieser Energiewende, Sie können aber nicht so richtig ausdrücken, wo dieses Unbehagen liegt. Sie reden immer davon, Sie unterstützen die Energiewende; aber wenn man Ihre einzelnen Rednerinnen und Redner hört, weiß man, dass einzelne Details hier, da und dort nach Ihrer Meinung nicht stimmen und Sie deshalb die Energiewende ablehnen.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, dies mag vielleicht die Aufgabe der Opposition sein, denn es könnte nicht die Aufgabe der Regierung sein; deswegen ist es gut, dass wir wissen, wohin wir wollen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Folgen des möglichen Scheiterns des Verkaufsprozesses für die Zukunft am Nürburgring“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/4073 –**

Herr Kollege Licht, Sie haben das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man wird das Gefühl nicht los, die Landesregierung habe am Nürburgring eine Achterbahn gebaut und gleich die Region darauf gesetzt.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das Scheitern des Verkaufsprozesses geht auch mit Ihnen heim, Frau Ministerpräsidentin.

Ich möchte die Zitate aus den einzelnen Pressemeldungen einmal Revue passieren lassen. Der 12. März 2014 war der Tag, an dem der Verkauf des Nürburgrings an Capricorn verkündet wurde. Ich zitiere aus der Zeitung:

„Mit dem Verkauf des Nürburgrings an den Autozulieferer Capricorn ist laut Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein Neustart möglich.“

Die „Rhein-Zeitung“ vom 02.05. schreibt:

„Die neuen Eigentümer haben ihr Vertrauen verdient“, sagte die Landeschefin (...). Die neuen Eigentümer, die zum 1. Januar 2015 den Ring übernehmen sollen, nannte die Ministerpräsidentin Mittelständler, die den Motorsport fördern wollen,

(Baldauf, CDU: Woher weiß sie das?)

den Ring strukturell entwickeln und den Neuanfang mit den Menschen in der Eifel gemeinsam stemmen wollen. „Und das macht mich zuversichtlich“, so Frau Dreyer.“

Am 07.05.:

„Malu Dreyer setzt auf Capricorn.“

Und heute?

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt wollen Sie nichts mehr damit zu tun haben!)

Und heute? – Ohne ein verlässliches Konzept steht die Eifel – man kann sagen – schon wieder da.

(Beifall der CDU)

Die Region und auch der Motorsport am Nürburgring stehen schon wieder ohne ein verlässliches Konzept da.

Erinnern wir uns noch einmal. Ein Transaktionsvolumen von 102 Millionen Euro nannte man am Verkaufstag, und der Investor stolpert über die ersten 5 Millionen. – So sieht Ihre Verlässlichkeit, so sieht Ihre Zuversicht aus, meine Damen und Herren.

Im März habe ich von diesem Pult keinen kritischen Satz zu Capricorn gesagt, keinen kritischen Satz.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hören Sie doch auf!)

Ich hätte es tun können. Aber jetzt drängt sich die Frage auf: Wurde Herr Wild zum Bieten animiert oder gar gedrängt?

(Beifall der CDU)

Was sind die Auslöser von falschen Angaben einer werthaltigen Besicherung? Wie kommt es dazu, eine Millionenkunstsammlung mehrfach als Sicherheit einzusetzen?

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das müssen Sie doch Herrn Lieser fragen! Von uns sitzt keiner in dem Ausschuss!)

Meine Damen und Herren, ein neues Kapitel zum System SPD und seine Folgen wird nunmehr geschrieben. Meine Damen und Herren, schon einmal beschäftigte sich das Kabinett innerhalb weniger Monate gleich sechs Mal mit dem Desaster Nürburgring.

(Beifall der CDU)

Dazu schreibt die „Rhein-Zeitung“:

„Als kritischer Geist machte sich Dreyer in dieser Phase keinen Namen. Sie hörte, glaubte, lief mit.“ So zitiere ich, und so funktioniert auch das System der SPD, meine Damen und Herren: Sie hören, Sie glauben, Sie laufen im System.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie Belege dazu brauchen, empfehle ich die Rede zum Thema „Verkauf des Nürburgring“ vom 26. März dieses Jahres des Fraktionsvorsitzenden Hendrik Hering. – Wenn Sie sich das aber nicht antun wollen, dann nehmen Sie doch einfach nur die Pressemeldungen der SPD aus dem Jahr 2014.

(Baldauf, CDU: Grüne Ampeln!)

Herr Guth, Sie machen sich zum Hamster im System.

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: So ist das!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie haben keinen Einfluss auf den Verkaufsprozess genommen, das sage ich ausdrücklich an dieser Stelle. Nein, Sie haben auch nur per Zufall zur Pressekonferenz geladen, um den Verkauf an Capricorn zu verkünden. Sie wussten nur durch Zufall von der Entscheidung, noch bevor der Gläubigerausschuss überhaupt Ort und Zeitpunkt kannte.

Meine Damen und Herren, dass der Vorsitzende des Gläubigerausschusses ein Mitarbeiter der Landesbank, der ISB, ist und an Professor Dr. Barbaro berichtet, ist wohl auch nur Spekulation.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, bemerkenswert ist Ihr Hinweis in der Pressekonferenz an eben diesem 12. März zum Verkauf an Capricorn, in der Sie auf die guten Kontakte von Frau Lemke zu Capricorn hinwiesen. Sie wollten einen kleinen Schritt machen zum Einvernehmen. Dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, über den Verlauf und die Details des Verkaufsprozesses informiert sind, es aber öffentlich leugnen, ist eben Ihre Art der Transparenz im System.

(Beifall der CDU)

Das Gegenteil ist belegt – ganz einfach, meine Damen und Herren –, da die Landesregierung die Stellungnahmen gegenüber der EU-Kommission selbst abgibt und – wenn von Dritten erstellt – sich zu eigen macht.

(Glocke des Präsidenten)

Die Lügen am Ring. Der Titel der „AZ“ „Der Lügenring“ ist bezeichnend für dieses System.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen nicht auf die Schleimspur gehen, die Sie gerade ausgelegt haben, Herr Kollege Licht, sondern ich werde mich mit dem Thema beschäftigen, was Sie überhaupt nicht getan haben.

Sie haben einen Antrag gestellt und haben – wie heißt es in der Rennfahrsprache – ein Warm-up auf das betrieben, was gleich kommen wird. Sie haben eine vermeintliche oder tatsächliche – ich weiß es nicht – finanzielle Turbulenz bei dem Erwerb des Nürburgrings – sicherlich ein gefundenes Fressen für Ihre Obstruktionspolitik – gefunden.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir bedauern, dass es möglicherweise zu einer Entwicklung kommt, wie sie sich abzeichnen könnte, weil sie zu einer weiteren Verunsicherung der Bevölkerung im Raum um den Nürburgring führt.

(Licht, CDU: Das ist Ihr Part!)

Aber wir beteiligen uns im Gegensatz zu Ihnen nicht an Spekulationen, was wäre wann. Die Insolvenzverwalter haben sich in den letzten Tagen zu dem Problem, das Sie angesprochen haben, geäußert. Sie haben Folgendes gesagt:

1. Es gibt einen gültigen Kaufvertrag. Sie gehen davon aus, dass er eingehalten wird.

2. Der Gesellschaftsanteil ist an einen Treuhänder übergeben worden. Aufgabe der Mitgesellschafter ist es, den Vertrag zu erfüllen.

3. Solange Pflichten aus dem Kaufvertrag erfüllt und Zahlungen erfolgen, bleibt es bei dem Vertrag.

4. Sie beteiligen sich nicht an den Diskussionen über die Bonität eines Unternehmers.

5. Erst bei Nichteinhaltung kommt überhaupt ein Rücktritt infrage.

Hiermit wird deutlich, wo aufgrund der Entscheidung des Gerichts, ein Konkursverfahren zu eröffnen, die Verantwortung für die Verträge liegt. Dazu stehen auch die Insolvenzverwalter. Das ist völlig klar.

Sie haben ein einwandfreies Bieterverfahren durchgeführt, gerade vor wenigen Tagen von der EU ausdrücklich bestätigt.

(Zuruf des Abg. Klein, CDU)

Mit der Firma Capricorn als Meistbietenden ist aufgrund eines klaren Ergebnisses des Bieterverfahrens ein Vertrag geschlossen worden.

Ich weiß gar nicht, was es daran zu bemängeln gibt. Mit Capricorn ist der Vertrag geschlossen worden. Die nächste Rate ist Ende Oktober fällig.

Wir alle hoffen, dass sie eingeht. Die Konkursverwalter gehen davon aus – so ihre öffentlichen Äußerungen der letzten Tage –, dass die Rate gezahlt wird. Das ist die Erklärung der Konkursverwalter. Nur die können es wissen. Wir können es doch gar nicht wissen.

Es wäre sicherlich die beste Lösung für den Nürburgring und für alle, wenn diese Rate, wie auch weitere Raten, eingehen würde.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben kompetente Insolvenzverwalter. Sie sind in der Lage, auch schwierige Situationen zu meistern. Wir gehen davon aus.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden sich nicht in das Verfahren einmischen, auch nicht verbal. Spekulieren werden wir schon gar nicht. Ich habe es gerade eben gesagt.

Ich möchte aber auch etwas zu Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu Ihrem Verhalten in der ganzen Sache. Es ist schon unglaublich, wie Sie mit einer Firma und dessen Inhaber öffentlich umgehen, die seit Jahren am Nürburgring völlig unbescholten tätig ist. Das ist unglaublich.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie, die von sich behaupten, Sie seien die Wirtschaftspartei, was ich in Abrede stelle, belegen den Inhaber – heute zu lesen – mit dem Begriff „Hochstapler“. Ich wiederhole es: „Hochstapler“. Das ist doch nichts anderes als üble Nachrede.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das zeigt mir aber, wie wenig Sie die Menschen in der Region interessiert. Es geht Ihnen einzig und allein um eine Sache. Sie wissen genau, um welche es geht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie können uns kritisieren, auch hart kritisieren und sich mit uns polemisch auseinandersetzen. Aber was Sie nicht dürfen, ist, Menschen, die mit dieser politischen Diskussion nichts zu tun haben, so zu diffamieren, wie Sie es machen. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kritik hilft den Menschen vor Ort dann, wenn sie konstruktiv ist. Das ist Ihre Kritik nicht.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Wiechmann das Wort.

(Baldauf, CDU: Untauglicher Versuch! –
Frau Thelen, CDU: Ganz untauglich! Aber wirklich!)

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich dem Kollegen Pörksen fast noch nie so nahe gefühlt.

(Zurufe im Hause: Oh je!)

Sie werden sich das Gleiche noch einmal anhören müssen, meine Damen und Herren von der CDU.

Ich möchte aber zuallererst klarstellen, der Verkaufsprozess am Nürburgring geschah selbstverständlich ohne Einfluss der Politik. Es gibt eine klare Handlungsautonomie der Insolvenzverwalter. An dem Verfahren waren weder das Parlament noch die Landesregierung beteiligt. Deswegen können wir auch nur das bewerten, was wir in den letzten Tagen in den Medien gelesen haben.

Eine andere Sache ist auch klar, was ich hier unmissverständlich deutlich machen möchte: Der Verkauf des Nürburgrings war ohne Alternative und ist auch weiterhin politisch richtig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Natürlich sind die neuen Entwicklungen, die wir in den letzten Tagen gelesen haben, beunruhigend. Diese Unsicherheit, die auch die Region erfasst hat, muss schnellstens aufgenommen werden. Wir erhoffen uns selbstverständlich nach dem, was gestern auch die Insolvenzverwalter gesagt haben, weitere klare Signale der Insolvenzverwalter, dass sie die Lage im Griff haben. Sie sind nämlich dafür verantwortlich.

Fakt ist offenbar, dass Herr Wild seine Anteile an der Käufergesellschaft an einen Treuhänder übertragen hat. Herr Wild selbst hat gestern offenbar auch gegenüber den Medien Fehler eingeräumt. Aber trotzdem bleibt festzuhalten,

1. dass es einen gültigen Kaufvertrag gibt; dem Mitgesellschafter GetSpeed und dem Treuhänder obliegt es nun, für die Vertragserfüllung zu sorgen,

2. dass das operative Geschäft uneingeschränkt weitergeht und vom Gesellschafterwechsel überhaupt nicht betroffen ist,

3. dass der Gesellschafterwechsel keinen Einfluss auf die Erfüllung von geschlossenen Verträgen mit Veranstatlern, Lieferanten oder Kunden hat,

4. dass es im Moment für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Nürburgrings überhaupt nichts verändert und

5. dass sich losgelöst vom Gesellschafterwechsel am Nürburgring das Geschäftsjahr offenbar gut entwickelt hat. Das Gesamtjahresergebnis für 2014 liegt voraussichtlich – so hat es Herr Nuvolini gestern mitgeteilt – bei 6,5 Millionen Euro und damit deutlich über den Erwartungen.

Meine Damen und Herren, insbesondere Sie von der CDU – das ist auch Ihre Aufgabe –, können die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen kritisieren.

(Klein, CDU: Das machen wir auch!)

Aber das, was Ihr Parteifreund Werner Langen in den vergangenen Wochen mit einem mittelständischen Unternehmer, der Verantwortung für dieses Land und für die Region übernehmen will, gemacht hat, ist unwürdig und unverantwortlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es ist offensichtlich so, dass Herr Wild, der übrigens mit seinem privaten Vermögen für sein Engagement am Nürburgring haftet, finanziell die Herausforderungen, die es dort gibt, nicht stemmen kann. Aber das liegt – das muss man Ihnen auch noch einmal deutlich sagen – auch, das wissen Sie – das ist nicht von der Hand zu weisen –, an dem permanenten Negativ-Blaming, das Herr Langen seit Wochen fährt.

(Zurufe von der CDU: Oh je!)

Frau Klöckner, wenn Sie sich gestern auch noch zu Beschimpfungen und Verunglimpfungen von Herrn Wild hinreißen lassen, dann muss man sich schon die Frage gefallen lassen, welcher Investor und welches Kreditinstitut sich von einem solchen medialen Dauerfeuer nicht beeindrucken lässt. Das ist auch Ihre Verantwortung, Frau Klöckner, und die Verantwortung der CDU.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Frau Klöckner, CDU: Die Deutsche Bank London!)

– Das ist so.

Meine Damen und Herren, ich möchte und werde nicht beschönigen, dass in der Vergangenheit auch viele schwerwiegende Fehler gemacht worden sind, was es zu kritisieren gilt und was vor allem sowohl politisch als auch juristisch als auch wirtschaftlich aufzuarbeiten ist.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren vieles korrigiert, was die Vorgängerregierung falsch gemacht hat. Aber wir sehen – das ist offensichtlich geworden –, dass wir noch viele Hausaufgaben vor uns haben. Unser Job und unsere Verantwortung sind es, diese Hausaufgaben zu machen. Das können und werden die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns verlangen. Was sie nicht von uns erwarten dürfen, ist, um einen politischen Vorteil zu erlangen, Skandalisierungen auf die Tagesordnung zu setzen,

(Glocke des Präsidenten)

die die Zukunft der Region, eines Unternehmens und vor allem der dort Beschäftigten unverantwortlich aufs Spiel setzen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das machen wir nicht mit.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Baldauf, CDU: Da macht man keine
Pressekonferenz! –

Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Kern das Wort.

Kern, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Parlaments, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Der Antrag der CDU ist überschrieben mit der Formulierung „Folgen des möglichen Scheiterns des Verkaufsprozesses für die Zukunft am Nürburgring“. Dazu möchte ich mich äußern. Es ist unstrittig, dass der Verkaufsprozess aufgrund der Insolvenz und beihilferechtlicher Rahmenbedingungen notwendig war. Es ist auch unstrittig, dass der Verkaufsprozess von dem Insolvenzverwalter eigenverantwortlich durchgeführt worden ist.

Wenn heute ein mögliches Scheitern über die wirtschaftliche Situation von Unternehmen öffentlich diskutiert werden soll, dann kann ich dazu nur sagen, dass sich die Landesregierung an diesen öffentlichen Diskussionen in einem gerichtlichen Insolvenzverfahren, das nicht von ihr durchgeführt wird, nicht beteiligen wird. Sie beteiligt sich auch nicht an der Bewertung einer Liquiditätssituation von Unternehmen, die dadurch in der Öffentlichkeit weiteren Schaden erleiden können.

Ich stelle Folgendes fest: Die Europäische Kommission hat den Verkaufsprozess eingehend untersucht. Sie hat in ihrer Pressemitteilung am 1. Oktober 2014 mitgeteilt, dass am Nürburgring – ich zitiere – die „Vermögenswerte in einem offenen und transparenten Bieterverfahren zu ihrem Marktwert veräußert wurden“.

Die Europäische Kommission hat damit die zahlreichen Beschwerden unterlegener Bieter, die zum Teil sehr öffentlichkeitswirksam vorgetragen wurden, vollumfänglich zurückgewiesen, dies trotz massiven Störfeuers über mehrere Wochen und Monate von außen.

Fakt bleibt, dieses festzustellen: Aus Sicht der Kommission – so ihr eindeutiges Votum – handelt es sich um einen ordnungsgemäßen Verkaufsprozess.

Es bleibt des Weiteren festzuhalten:

1. Der Insolvenzverwalter erledigt seine Aufgabe eigenverantwortlich.

2. Die Pressekonferenz, die Sie zitieren, war keine. Es gab eine gemeinsame Pressemeldung der Landesregierung auf eine Entscheidung über die Zukunft des Nürburgrings.

(Baldauf, CDU: Drei Leute! –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

3. Die Landesregierung hat keinen Einfluss auf diesen Veräußerungsprozess genommen.

4. Die Landesregierung wird sich nicht an öffentlichen Diskussionen in einem laufenden gerichtlichen Insolvenzverfahren beteiligen.

5. An Spekulationen der CDU schon gar nicht. Spekulationen gehören zu Ihrem Politiksystem.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Ringverwalter haben in Bezug auf die gestrigen Presseberichte zur finanziellen Situation des Nürburgringkäufers eine Stellungnahme abgegeben. Der Inhalt ist Ihnen bekannt und kann in den Medien nachgelesen werden. Ich habe aus dem Geschehen der vergangenen Monate das Gefühl, dass die Ziele am Nürburgring auseinandergehen. Der eine Teil arbeitet nach den bekannten Schwierigkeiten in der Vergangenheit daran, ein wirtschaftliches Erstarren zu ermöglichen, und der andere Teil wünscht sich offensichtlich den Misserfolg, um daraus Vorteile zu erzielen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Quatsch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stehe für den ersteren Teil und beteilige mich nicht an den öffentlichen Spekulationen über den Verlauf des Verkaufsprozesses, der in der alleinigen Verantwortung des Insolvenzverwalters liegt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros und
Frau Klöckner, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne der Region und des Nürburgrings sollten wir gemeinsam alles dafür tun, dass das, was momentan auf einem guten wirtschaftlichen Erfolgskurs ist, weiterzuführen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Daran sollten Sie denken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Haben Sie das alles auch für die
Landesregierung gesagt oder nur für sich? –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Weitere Zurufe der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, es hat sich ein Kollege zum Sprechen gemeldet. Würden Sie das akzeptieren? – Herr Licht, Sie haben das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Vielen Dank.

Dass die Regierung oder Staatssekretäre aufgeregt sind, kann man doch verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe völliges Verständnis dafür, Herr Kern.

Ich habe völliges Verständnis dafür; denn, meine Damen und Herren, wenn die Opposition die Systemfrage stellt und das System der SPD wirklich offenlegt und über mehrere Jahre geißelt und kennzeichnet,

(Beifall bei der CDU)

dann ist doch nur verständlich, dass dann ein Staatssekretär, der die ganzen Dinge gar nicht alle kennt, so reagiert.

(Staatssekretär Kern: Oh!)

Meine Damen und Herren, was haben wir eben mitbekommen?

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat er
aber schneller verstanden als ihr!)

Auch eine neue Rolle des Herrn Wiechmann. Herr Wiechmann in der Rolle der Deubel-Funktion.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Wiechmann, Sie sollten nur bedenken,

(Fuhr, SPD: Zur Sache!)

dass Sie sich mit einer solchen Rede – Herr Köbler, das gilt auch für Sie, Ihr Verhalten im Innenausschuss – nicht langsam zum Teil des Systems machen.

(Beifall der CDU –

Hering, SPD: Das war eine gute Rede! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie gehen der Regierung auf den Leim. Sie werden mittlerweile selbst zum Teil dieses Systems.

Meine Damen und Herren, was war denn? Gestern waren die Finanzquellen aufgebaut auf amerikanischen Lebensversicherungen, Geldgebern aus Dubai, nicht gesicherten Konten in der Schweiz. Heute geht es nur – ich zitiere – laut Ringsanierer Schmidt um Verschweigen bei Bestellung einer Grundschuld, dass wir nicht an zweiter, sondern an dritter Stelle kommen. Ist das diesmal die ganze Wahrheit? Ich wette, nein.

(Beifall der CDU –

Ramsauer, SPD: Gehört der auch
zu dem System?)

Ich wette jetzt schon, nein. Das ist noch lange nicht die ganze Wahrheit.

In diesem sensiblen Bereich war es doch mehr als zwingend notwendig,

(Glocke des Präsidenten)

auch vor dem Hintergrund der ganzen Geschehnisse um Richter hinzuschauen. Der Landesrechnungshof hat in der Vergangenheit jede Menge Hinweise gebracht, schaut euch eure Partner an.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, gestatten Sie mir noch den letzten Satz? Ob die Landesbank, ISB, im Vorsitz des Gläubigerausschusses diesmal ihren Aufgaben gerecht geworden ist, bezweifle ich.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Elsner, SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon sehr bezeichnend, wenn die Frau Kollegin Klöckner lacht, als der Kollege Wiechmann auf Ihre Behauptung hinweist, es handele sich bei Herrn Wild um eine bestimmte Person. Dann ist das für mich so etwas von deutlich, was Sie hier betreiben. Es ist nur noch schrecklich.

(Frau Klöckner, CDU: Da kann man nur lachen,
wenn man – – –)

– Nein, nein, tun Sie nicht so, als ob Sie nicht deswegen gelacht haben, Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das war eine unglaubliche Entgleisung, und es wäre für Sie, von Ihnen – – –

(Beifall bei der SPD –
Heiterkeit bei der CDU)

Wenn so etwas keine Entgleisung ist, dann frage ich mich, was tatsächlich eine Entgleisung ist.

(Frau Klöckner, CDU: Unglaublich! –
Baldauf, CDU: Mussten ja selbst lachen!)

Ich hoffe, dass die Insolvenzverwalter Ihre Rede verfolgen, Herr Kollege Licht; denn was Sie denen und nicht uns unterstellen, dass sie nicht in das Grundbuch hineingeschaut haben usw., das wird die sehr erfreuen. Wir haben dort doch nicht den Verkaufsprozess begleitet, sondern das haben die Insolvenzverwalter gemacht. Wenn Sie denen die Vorwürfe machen, dann werden Sie sich mit denen auseinandersetzen müssen. Ich hoffe, die greifen es auf.

Als Sie vorhin die Zitate der Ministerpräsidentin gebracht haben, dann waren die völlig zu Recht gemacht. Warten Sie doch einmal ab. Möglicherweise bestätigt sich das alles noch.

Herr Wild hat selbst gesagt, dass er etwas falsch gemacht hat. Das muss man auch akzeptieren. Leuten zu unterstellen, sie würden aus welchen Gründen auch immer da oben ein Spiel treiben, um uns zu helfen, ist etwas Lächerliches.

Wir haben natürlich die Last des Nürburgrings auch politisch. Das wissen wir genau. Aber wir lassen uns nicht solche Dinge unterstellen, wie Sie sie von diesem Pult aus machen. Das ist nicht nur unanständig, das entspricht in keiner Weise der Wahrheit. Wenn Sie dann so kommen und sagen, na ja, wir wissen ja gar nicht, ob das alles so stimmt, was der Gläubigerausschuss gemacht hat usw.,

(Glocke des Präsidenten)

dann säen Sie hier eine Saat, die hoffentlich zu Gift für Sie aufgehen wird.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Wiechmann, Sie haben das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Licht, Sie wissen sehr genau – das habe ich eben in meiner Rede auch gesagt –, was wir als GRÜNE im Zusammenhang mit dem Nürburgring immer gesagt haben. Wenn Sie ein bisschen clever gewesen wären, hätten Sie es heute in den Medien auch durchaus breit nachlesen können, wie wir uns verhalten haben, wie wir immer gesagt haben, dass es große und schwerwiegende Verfehlungen der vergangenen Landesregierung gegeben hat,

(Licht, CDU: Dass Sie nicht die „Deubel-Funktion“
übernehmen! Dann hätten Sie sich anders
verhalten können!)

und wir davon natürlich auch in der aktuellen Situation nicht zurücktreten. Das ist ohne Wenn und Aber. Aber worum es uns geht – – –

(Licht, CDU: Bei Deubel waren immer die Medien
schuld! Bei Ihnen auch?)

– Herr Licht, worum es uns geht – diesen Vorwurf hätten Sie eben gerade ausräumen können –, ist, dass es offensichtlich in der CDU Rheinland-Pfalz Stimmen gibt, die eine weitere Eskalation und Skandalisierung wollen, die wollen, dass der Nürburgring eine Ruine wird,

(Bracht, CDU: Quatsch!)

und die bewusst in Kauf nehmen, dass bei einem Scheitern der Nürburgring liquidiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Das nehmen sie – nicht Sie persönlich –, Mitglieder der CDU Rheinland-Pfalz, bewusst in Kauf. Bei aller berechtigten Kritik an der ehemaligen Landesregierung, ein solches Verhalten ist unanständig und schäbig. Da muss ich dann auch ganz ehrlich an die Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz appellieren. Sie muss endlich in diesem Zusammenhang ein Machtwort sprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

– Frau Klöckner, schön das Sie da sind, Sie müssen diesem Treiben in der CDU den Garaus machen. Das ist Ihre Verantwortung. Unsere Verantwortung ist, dafür zu sorgen, dass solche Sachen, wie sie am Nürburgring passiert sind, nicht wieder passieren. Ihre Verantwortung ist aber auch, dass Sie Ihre Parteimitglieder im Griff haben.

(Frau Klöckner, CDU: Gute Leute habe ich!)

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich darf als Gäste Mitglieder des Schnupfclubs Mutterstadt – was das auch immer ist – sowie den Deutschen Hausfrauenbund aus Neuwied begrüßen. Seien Sie herzlich in Mainz willkommen!

(Beifall im Hause)

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Infrastrukturprojekte Hahn, Zweibrücken und Nürburgring Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

(Frau Klöckner, CDU: Alles ist gut!)

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und meine sehr verehrten Damen! In meiner Regierungserklärung im Januar 2013 habe ich zugesagt, ich werde all meine Kraft darauf verwenden, unser Land nach vorne zu bringen. Wir haben als rot-grüne Koalition viel erreicht:

– im Bereich der Wirtschaft mit Unternehmensansiedlungen, zum Beispiel Haribo,

(Baldauf, CDU: Was habt ihr?)

einem konstruktiven, gemeinsamen Dialog und einer fundierten Fachkräftestrategie,

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, zu Beginn gibt es noch gar keinen Grund, sich aufzuregen.

(Zurufe von der CDU)

– Nein, ich muss Sie einfach bitten, jemanden reden zu lassen, der sich hier gemeldet hat. Sie erwarten von mir, dass ich auch Ihr Recht durchsetze.

(Licht, CDU: Ja!)

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

– bei der Haushaltskonsolidierung (durch Reduzierung des strukturellen Defizits),

– im Bereich der schulischen Bildung durch kleine Klassen, durch den Ausbau der Kindertagesstätten und einer deutlichen Steigerung der Versorgungsquote.

– Wir haben das Wahlrecht für ein inklusives Unterrichtsangebot eingeführt und unterstützen als eines der ersten Länder die Kommunen durch eine gemeinsame Vereinbarung bei dieser Aufgabe.

– Es geht voran im Bereich der nachhaltigen Regionalentwicklung durch den gemeinsamen Nationalpark mit dem Saarland im Hunsrück-Hochwald und

– auch im Bereich der Energiewende durch den Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir gehen bei der Umsetzung unserer Vorhaben gründlich und transparent vor.

(Bracht, CDU: Seit wann?)

Das zeichnet diese Koalition aus.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

So regieren wir dieses Land unter meiner Führung. Die Wahrnehmung von Aufgaben des Landes in Gesellschaften wird auf das Notwendige zurückgeführt. Wir haben, um diesen neuen Anspruch umzusetzen, uns Regeln zu Transparenz und guter Unternehmensführung gegeben.

(Baldauf, CDU: Zum Beispiel bei
der Energieagentur!)

Kernstück dabei ist die konsequente Umsetzung eines Vier-Augen-Prinzips auch bei alleiniger Ressortverant-

wortung. Der Präsident des Landesrechnungshofs soll zudem in Zukunft vor der abschließenden Entscheidung als Wirtschaftlichkeitsbeauftragter beraten.

(Dr. Weiland, CDU: Auf den hört ihr ja!)

Gründlich und transparent sind wir auch den Weg bei der Neuordnung der Beziehungen zur Europäischen Kommission gegangen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Herren, meine sehr geehrte Damen, die Europäische Kommission hat sich über viele Jahre mit mehreren Beihilfeverfahren unseres Landes Rheinland-Pfalz befasst. Unser Ziel war es auch, die laufenden Beihilfeverfahren zu Ende zu bringen.

(Baldauf, CDU: So oder so!)

Vor zwei Wochen hat die Kommission über Zweibrücken, Hahn und Nürburgring entschieden und die Verfahren abgeschlossen. Es war und ist meine Verantwortung, den beschrittenen Weg nach vorne weiter zu gehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben drei Weichenstellungen:

– Für den Flughafen Zweibrücken und die Region waren die Entscheidungen bitter. Es hat sich das bestätigt, was uns bereits vor den Sommerferien angekündigt wurde. Ich bedauere das sehr. Der Insolvenzverwalter setzt alles daran, den Flugbetrieb zu sichern.

– Beim Nürburgring haben wir uns auf der Grundlage des Vorschlags des Sachwalters und der Entscheidungen des Gläubigerausschusses für die jetzt vorliegenden Bescheide eingesetzt. Wir haben jetzt Klarheit, was die Vergangenheit angeht. Für die Zukunft zeigen die Ereignisse, dass trotz des grünen Lichts der Kommission für den Verkaufsprozess der Weg zur Privatisierung noch nicht zu Ende gegangen ist.

Beim Flughafen Hahn können wir den Weg der Neuausrichtung mit dem Ziel einer Privatisierung weitergehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter meinem Vorgänger wurde der Dialog mit der Europäischen Kommission nicht so geführt, wie es notwendig gewesen wäre.

(Bracht, CDU: Oho! –
Beifall der Abg. Licht und Frau Klöckner, CDU)

In meiner Regierungserklärung vom Januar 2013 habe ich betont: Aufgrund unserer Erfahrungen mit Beihilfeverfahren werde ich den Dialog und die Zusammenarbeit zur Europäischen Kommission deshalb neu aufstellen und ein Klima des Vertrauens schaffen. Damit bin ich angetreten. Und das habe ich konsequent umgesetzt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, für den Flughafen Zweibrücken hat die angekündigte Beihilfeentscheidung seit dem Sommer ihre Wirkung entfaltet. Die Folgen davon sind bereits eingetreten und unmittelbar zu spüren. Auch insoweit haben wir Klarheit – eine gewiss bittere Klarheit.

Wir hätten uns gut eine Fusion mit dem Flughafen Saarbrücken vorstellen können und haben dies unsererseits auch gründlich vorbereitet. Wir haben in den 90er-Jahren die vorgefundene militärische Infrastruktur genutzt, um eine dynamische Entwicklung in der Region in Gang zu setzen.

Das waren strukturpolitische Entscheidungen, die ein Gesamtvolumen von 2,3 Milliarden Euro ausgelöst haben. Landesregierung, Parlament und Kommunen haben das damals gemeinsam getragen. Diese zeigen in ihrer Gesamtheit auch heute noch ihre positiven Wirkungen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kernstück der Maßnahmen war das sogenannte Vier-Säulen-Modell, aus dem unter anderem neue Arbeitsplätze für rund 3.000 Menschen entstanden sind. In den vergangenen 25 Jahren war dies der richtige Weg und hat auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von damals bis zu 20 % auf heute 7,7 % beigetragen.

47 Millionen Euro Beihilferückforderung stehen im Raum. Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Das Geld war im Rahmen der beschriebenen Konversionsmaßnahmen gut angelegt. Ich bin davon überzeugt, Steuergelder, die für Wertschöpfung und für Arbeitsplätze investiert werden, die den Menschen in der Südwestpfalz also Arbeit und auch Perspektiven gebracht haben, sind keine Steuerverschwendung.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, die Landesregierung arbeitet in einem lebendigen Dialog mit den kommunalen Vertretern. Diesen Dialog haben wir unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Insolvenz noch einmal intensiviert. Es wurden alle Vorschläge und Wünsche der kommunalen Vertreter, die uns übermittelt wurden, auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft.

Der durch die Landesregierung sofort gebildete Staatssekretärsausschuss hat schnell und auch konstruktiv gearbeitet, um für die Region ein realistisches, umsetzbares und nachhaltiges Konzept zu erstellen. Es überrascht nicht, dass die kommunalen Vertreter das Konzept begrüßen, obwohl nicht alle Wünsche umgesetzt werden können. Das, was wir jetzt vorhaben, entspricht aber den Bedürfnissen der Region. Es ist ausgewogen und auch finanziell verantwortbar.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Darin sind wir uns mit den kommunalen Vertretern einig. Manchmal wird so getan, als bestünde unser Konzept

nur aus 25 Einzelmaßnahmen. Tatsächlich aber besteht es aus drei unterschiedlich wirksamen Schwerpunkten. Erstens aus der sogenannten Stadt-Umland-Strategie, zweitens aus einer Reihe von mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen und drittens aus kurzfristigen Maßnahmen, die entweder bereits zugesagt wurden und nun vorgezogen werden oder für die eine grundsätzliche Förderzusage vorliegt. So oder so, das sind gute Investitionen für die Kommunen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Insgesamt wird die Landesregierung allein in die kurzfristigen Maßnahmen einen zweistelligen Millionenbetrag investieren und ein Mehrfaches an Investitionsvolumen auslösen. Das ist gut für die Menschen und für die weitere Entwicklung der Region. Wir lassen die Region auch jetzt nicht allein.

Der Insolvenzverwalter arbeitet entschlossen an einer Lösung. Er befindet sich gerade mitten im Investorenprozess und lotet alle Möglichkeiten aus, um den Flugbetrieb fortzuführen.

Wir werden uns engagiert dafür einsetzen, dass auch für den Flughafen Zweibrücken der Weg für eine Privatisierung offen bleibt. Ich habe mich bereits gemeinsam mit Eveline Lemke persönlich bei Kommissar Almunia dafür eingesetzt, dass ein potenzieller Erwerber des Flughafens keinen Rückforderungsansprüchen ausgesetzt ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Nürburgring hat eine herausragende Bedeutung – nicht nur für Rheinland-Pfalz. Die wahrscheinlich berühmteste Rennstrecke der Welt hat in der Vergangenheit viele Rückschläge erlitten. Allem voran: Der Ausbau des Nürburgrings war ein Fehler. – Solche Fehler wird es unter meiner Führung nicht mehr geben.

(Unruhe bei der CDU)

Wir werden solche Fehler in Zukunft auch dadurch verhindern, dass solche Projekte nicht mehr mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

(Frau Klöckner, CDU: Es ist keines mehr da!)

Durch die Privatisierung des Nürburgrings kann auch die künftige weitere Belastung des Landeshaushalts ausgeschlossen werden.

(Billen, CDU: Dann müssen Sie aber auch die Wirtschaftlichkeit verbessern!)

Der Bau und Betrieb eines Freizeitparks gehören nicht zu den Kernaufgaben des Landes.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für Strukturpolitik stehen uns andere Maßnahmen zur Verfügung.

Durch den Beschluss der Kommission zum Nürburgring werden frühere Entscheidungen der Regierungen meines Vorgängers Kurt Beck als wettbewerbsverzerrende Beihilfen qualifiziert. Der Nürburgring wird zudem durch die Kommission rückwirkend seit 2002 als Unternehmen in Schwierigkeiten gewertet.

Diese Einstufung bereits ab dem Jahr 2002 vorzunehmen bedeutet, dass viele Zuschüsse erfasst werden, die nichts mit dem Projekt „Nürburgring 2009“ zu tun gehabt haben, vor allem für die Formel 1. Diese Einstufung bleibt unverstündlich, weil seit 2002 etliche Male unabhängige Wirtschaftsprüfer genau das Gegenteil testiert haben.

Meine sehr geehrten Herren und Damen von der Opposition, ich weiß, dass Sie aus Ihrem Selbstverständnis gerne schwarz-weiß malen und nach dem Motto handeln „Einmal Fehler, immer Fehler“, aber bleiben Sie an dieser Stelle einfach fair.

(Licht, CDU: Bei Ihnen ist das aber so!)

– Viele dieser Zuschüsse, Herr Licht,

(Licht, CDU: Ja!)

waren wichtige Zuschüsse in die Region, und hier im Haus war da auch damals großer Konsens.

(Zurufe von der CDU)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Licht, ich darf Sie dabei an die Debatte vom 18. August 2011 hier im Landtag erinnern. Auch Sie haben damals Landeszuschüsse für die Formel 1 – ich rede nicht von dem Projekt 2009 – am Nürburgring gefordert. „Wir würden derzeit eine Summe von 5 Millionen Euro zulasten des Steuerzahlers mittragen.“ Das war Ihr Zitat.

(Unruhe bei der CDU –
Ramsauer, SPD: Hören Sie doch einfach mal zu!)

Der Nürburgring ist ein Markenzeichen der Region. Der Mythos Nürburgring lebt trotz Fehlentscheidungen und politischer Auseinandersetzungen. Er verdient eine gute Zukunft. Am Nürburgring gab und gibt es auch unter der Insolvenz hervorragende und erfolgreiche Rennen, Veranstaltungen und Events.

(Baldauf, CDU: Ohne Zutun der Landesregierung!)

Es wird dort auch unter privater Führung genau das erreicht, was die rennsportbegeisterten und Nürburgring-Fans von der öffentlichen Hand eingefordert haben.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Auch das neue Management arbeitet sehr erfolgreich. Die gute Bilanz liegt vor allem an der Treue der Fans und der Veranstalter. Darüber hinaus sollten und könnten wir uns alle freuen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Licht, CDU: Nicht weil, sondern trotz!)

Viele Profis, Halbprofis und Freizeitsportler nutzen den Nürburgring mehr denn je. Wir müssen einfach aufhören, so zu tun, als ginge es am Nürburgring permanent bergab. Wenn wir auf die vergangenen beiden Jahre zurückblicken, sind Klagen über den Niedergang des Motorsports dort einfach nicht gerechtfertigt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, ich bin angetreten mit dem Versprechen, unser Verhältnis zur Europäischen Kommission zu verbessern.

(Licht, CDU: Das war auch notwendig!)

Angefangen habe ich damit schon, bevor ich gewählt wurde. Wir haben das uns Mögliche getan, um die Arbeit von Sanierungsgeschäftsführer und Sachwalter zu unterstützen. Dazu gehört mit Sicherheit auch das Nürburgring-Schutzgesetz. Ich erinnere daran, dafür gab es seitens der CDU keine Unterstützung, aber es hat Erfolg. Wir haben uns auf der Grundlage der Vorschläge des Sachwalters und der Entscheidung des Gläubigerausschusses für die jetzt vorliegenden Bescheide in Europa eingesetzt.

Zu den Behauptungen, die Landesregierung hätte aber in dieser oder jener Weise Einfluss genommen, sage auch ich noch einmal sehr, sehr deutlich: Das ist falsch!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sanierungsgeschäftsführer und Sachwalter der Nürburgring GmbH haben unabhängig und weisungsfrei gearbeitet. Die EU-Kommission hat grünes Licht für den Verkauf des Nürburgrings an den durch den Sachwalter vorgeschlagenen Erwerber gegeben. Wir haben das begrüßt. Damit war aber natürlich die Erwartung verbunden, dass geschlossene Verträge tragfähig sind und auch erfüllt werden.

Es ist ein laufendes Verfahren. Die aktuellen Entwicklungen erfüllen mich auch mit Sorge. Auch wenn diese Vorgänge wie das gesamte Verfahren unserem Einfluss- und Verantwortungsbereich entzogen sind, richte ich diese Erwartung auch an die Vertragspartner. Erfüllen Sie die Verträge! Der Sachwalter hat angekündigt, dass andernfalls der Verkaufsprozess wiederholt werden muss. Im Sinne der Region und der guten Entwicklung des Nürburgrings ist dies ein Umstand, der unbedingt vermieden werden sollte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen, der Bericht des Landesrechnungshofs enthält keine neuen Tatsachen. Sie lagen alle bereits auf dem Tisch. Neu ist ein Teil der Bewertungen,

(Licht, CDU: Das sieht aber Herr Barbaro anders! –
Zurufe von der CDU –
Ramsauer, SPD: Hören Sie doch
einfach einmal zu!)

die von uns und anderen nicht alle geteilt werden. Das wissen Sie, schließlich haben sich bis heute drei Ausschüsse intensiv mit den Prüfergebnissen auseinandergesetzt.

Auf der einen Seite steht der unabhängige Rechnungshof. Auf der anderen Seite steht das Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young, das – das will ich hier auch noch einmal in aller Deutlichkeit betonen – ebenfalls unabhängig ein Gutachten erstellt hat.

(Zurufe von der CDU)

Ernst & Young haben 2010 gesagt: Ja, das ist machbar. – Sie stehen auch noch heute zu dieser damaligen Einschätzung.

(Licht, CDU: Manipulierte Zahlen!)

– Hören Sie doch bitte einfach einmal zu. In den Ausschüssen wurde deutlich, dass auch die Bewertung der Risikoeinschätzung unterschiedlich ausfällt. Zu einem anderen Ergebnis als der Landesrechnungshof zu kommen, hat dabei aber nichts mit mangelndem Respekt zu tun. Ich betone das ausdrücklich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Licht, CDU: Wir haben das vernommen! –
Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe sind okay, aber bei Dauerzwischenrufen melden Sie sich doch mit einer Rede, Herr Licht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn Sie es noch einmal machen – – –

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das war schon zu viel Geduld von mir. – Frau Ministerpräsidentin, fahren Sie fort.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Danke, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Herren und meine sehr verehrten Damen, ja, ich war Mitglied in dem Kabinett, das das Zukunftskonzept beschlossen hat. Beide zuständigen Kollegen haben damals sehr glaubhaft dargestellt, dass dies der richtige Weg sei, kein weiteres Geld zu verlieren und aus den ohnehin verbauten Summen das Bestmögliche herauszuholen. Ich bleibe überzeugt, dass die damals für die Neukonzeption handelnden Personen nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben, um nach dem Scheitern der Privatfinanzierung die wirtschaftlichste Lösung zu finden und weiteren Schaden für das Land zu verhindern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus heutiger Sicht betrachtet, war die damalige Entscheidung falsch. Wie kann es anders sein, wenn am Ende die Insolvenz stand? Die Frage ist: Hätten die damals Handelnden schon so viel wissen müssen, wie wir vier Jahre später wissen?

(Baldauf, CDU: Das Gericht hat es eindeutig gesagt!)

Die beiden Kollegen haben in den Ausschüssen hinlänglich dargelegt, dass das nicht der Fall war. Deshalb laufen der Vorwurf der Wählertäuschung und auch Ihre Rücktrittsforderungen ins Leere.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht des Landesrechnungshofs bezieht sich auf hinreichend bekannte Sachverhalte, die vor meiner Zeit als Ministerpräsidentin liegen. Auch die strittigen Fragen sind nicht neu. Hinsichtlich der finanziellen Lasten, die das Land zu tragen hat, ändert sich durch diesen Bericht nichts. Die Zahlen, um die es geht, wurden bereits transparent erläutert und vielfach besprochen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, ich lese dabei oft, dass ein Gradmesser für meine Glaubwürdigkeit sei, wie ich mit der Vergangenheit umgehe. Deshalb will ich Ihnen sagen, dass ich selbstverständlich Fehler auch Fehler nenne. Die Fehler der Vergangenheit sind zigfach von mir benannt und eingeräumt worden. Es tut mir leid – auch das habe ich schon häufig gesagt –, dass diese Fehler unter meinem Vorgänger Kurt Beck gemacht wurden. Solche Fehler wird es mit mir als Ministerpräsidentin nicht mehr geben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige kennen mich ganz gut. Ich denke anders und handele auch anders. Dabei verlasse ich mich nicht nur auf mein eigenes Selbstverständnis oder das unserer Koalition. Wir haben ganz bewusst konkrete strukturelle Sicherungen eingebaut.

Der Landesrechnungshof gibt uns für die Zukunft sechs Empfehlungen. Etliche davon haben wir in meiner Amtszeit bereits umgesetzt. Andere befinden sich aktuell in der Umsetzung. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich als Ministerpräsidentin davon leiten lasse.

Wir haben bereits Instrumente, die das Regierungshandeln transparent und nachvollziehbar machen, eingeführt. Ganz bewusst haben wir im Kabinett auch strukturelle Sicherungen eingebaut. In diesem Zuge haben wir uns einen Kodex für „Gute Unternehmensführung und Transparenz“ gegeben. Kernstück dabei ist für mich auch die konsequente Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips.

Hierzu gehört weiter die gesetzliche Verankerung des Wirtschaftlichkeitsbeauftragten. Wir werden uns auch eigene Regelungen und Unterrichtsvorschriften für die Nutzung des gesetzlich vorgesehenen Instruments des Kreditauftrags geben.

Es gibt viel Grund, die Entwicklungen am Ring in der Vergangenheit zu beklagen. Die Lehren aus der Vergangenheit haben mein Kabinett und ich dezidiert gezogen. Ich bin angetreten, die Zukunft in unserem Land zu gestalten. Genau das tue ich.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen, die Entscheidungen zum Flughafen Hahn sind ein großer Erfolg und ein weiterer wesentlicher Schritt unserer Neuausrichtung.

Der Erfolg wurde möglich auch und gerade dank der hervorragenden Unterstützung durch ein Beihilfeteam aus unserer Landesvertretung. Die Europäische Kommission hat entschieden, dass die Finanzierung des Flughafens Hahn mit dem europäischen Recht der staatlichen Beihilfen vereinbar ist. Damit ist ein sehr langwieriges Verfahren, das die geschäftliche Entwicklung des Flughafens über mehr als fünf Jahre mit erheblichen Unsicherheiten belastet hat, zu einem guten Abschluss gekommen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Erfolg dieser Regierung. Bereits im Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war dies angelegt, und ich habe es in meiner Regierungserklärung 2013 nochmals bekräftigt, dass wir den Dialog mit der Kommission bereits begonnen hatten, um dem Hahn eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Wir sind einen entscheidenden Schritt weitergekommen, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind. Unsere Initiative zum vertrauensvollen Dialog zwischen der Landesregierung und der Europäischen Kommission hat den Weg zu diesem Erfolg geebnet. Die Entscheidungen eröffnen dem Flughafen alle Möglichkeiten für eine erfolgreiche Zukunft.

So hat die Kommission gebilligt, dass die Darlehensverbindlichkeiten, mit denen der Flughafen in der Vergangenheit im Wesentlichen die erheblichen Investitionen in einen modernen Verkehrsflughafen finanziert hat, in Eigenkapital umgewandelt werden können. Damit sind die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb mit anderen Flughäfen endlich gegeben. Diese sind nämlich größtenteils fast vollständig durch staatliche Zuschüsse ohne nennenswerte Eigenbeiträge finanziert worden.

Die von mir geführte Landesregierung ist entschlossen, die sich aus der jetzt vorliegenden Entscheidung ergebenden Ausgangsbedingungen zu nutzen, um dem Flughafen eine dauerhafte Zukunft zu sichern. Daher wird sie über einen Investorenwettbewerb mit dem Ziel der Veräußerung die nächsten Schritte gehen. Wir bereiten diesen Weg vor und sind dabei in kontinuierlichen Gesprächen mit unseren hessischen Mitgesellchaftern. Wichtig ist: Investoren und interessierten Unternehmen

wird die Gelegenheit gegeben, den Flughafen weiterzuentwickeln.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Flughafengesellschaft fährt ein hartes Sparprogramm und hat erste Erfolge.

Wir haben dort die Geschäftsführung ausgetauscht und den Aufsichtsrat professionalisiert. Wir haben einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen der CDU, dem haben Sie sich verweigert. Ihren angeblichen Bekenntnissen folgen bisher keine wahrnehmbaren Taten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nach den nicht einfachen Monaten freue ich mich, dass es am Hahn aufwärtsgeht. Mit einem neuen Vertriebskonzept konnte die Air China Cargo als neuer Kunde gewonnen werden. Die Fluggesellschaft Silk Way hat gerade bemerkenswert ihre Umläufe aufgestockt. Dafür danke ich allen, die daran mitgewirkt haben.

Besonders erfreulich finde ich aber, dass sich gerade in der Zeit, als über den Hahn viel Negatives gesagt und geschrieben wurde, private Investoren zum Hahn bekannt haben und noch tun. Beispielhaft will ich die Erweiterung um eine hochmoderne Frachthalle der VG Cargo und die Investition von Haitec nennen.

Die Neuordnung des Flughafens muss weitergehen. Durch den Beschluss der Europäischen Kommission gibt es nun eine verlässliche rechtliche Grundlage für den Privatisierungsprozess. Die finanzielle Unterstützung des Flughafens muss so zügig wie nur möglich reduziert und schließlich vollständig abgebaut werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das ist das gemeinsame Verständnis der Koalition.

(Baldauf, CDU: Gibt es das?)

Aber bei aller berechtigten Zuversicht, Euphorie ist keinesfalls angezeigt; denn es bleibt ein schwerer Weg vor uns. Der Hahn ist als bedeutender Frachtflughafen sehr von konjunkturellen Entwicklungen abhängig. Und die Eintrübungen hinsichtlich der Weltwirtschaft stellen ein wirtschaftliches Risiko für Flughäfen dar.

Aber den Menschen in der Region und den vielen Tausend Beschäftigten am Hahn sage ich: Das, was wir tun können, haben wir getan, und das werden wir auch in Zukunft tun, und zwar mit größter Professionalität und mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Hahn. Die Landesregierung spricht dabei vor Ort nicht anders als in Mainz – auch darauf mein Wort.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und meine sehr verehrten Damen, vor etwas mehr als anderthalb Jahren bin ich von der Mehrheit im Parlament zur Ministerpräsidentin gewählt worden. Ich habe damals zugesagt, dafür arbeiten zu wollen, dass Rheinland-Pfalz ein Land der neuen Chancen, ein Land mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen und ein Land der starken Regionen bleibt.

(Baldauf, CDU: Bekannt sind wir aus anderen Gründen!)

Dies war und ist für mich auch beim Nürburgring und den Flughäfen Hahn und Zweibrücken der Maßstab meines Handelns.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Ring und die beiden Flughäfen haben die Entwicklung der Regionen, in denen sie liegen, geprägt. Deswegen standen für mich bei allen Entscheidungen, die ich dazu in den vergangenen anderthalb Jahren getroffen habe, die Zukunftsperspektiven der betroffenen Regionen und deren Bevölkerung im Mittelpunkt. Ich stehe und arbeite dafür, dass die Menschen in der Eifel, im Hunsrück und der Südwestpfalz weiter eine starke Wirtschaft, eine gute Infrastruktur und einen vitalen Tourismus haben und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich arbeite gründlich an den Herausforderungen und stehe für transparente Entscheidungen. Ein offenes und transparentes Verhältnis zur EU-Kommission ist unerlässlich, wenn es um Fragen des Wettbewerbs- und Beihilfenrechts geht. Den begonnenen Weg werden wir weitergehen.

(Dr. Weiland, CDU: Um Gottes willen!)

Ein kontinuierliches Beihilfecontrolling und der regelmäßige intensive Austausch mit den Brüsseler Dienststellen ist fester Bestandteil meiner Regierungsführung.

Das ist vielleicht nicht spektakulär, aber wir arbeiten hier gründlich, und wir arbeiten konsequent, und wir haben klare Ziele.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich habe Verständnis für Zweifel. Ich habe auch Verständnis für Skepsis. Davon dürfen Sie ausgehen. Auch wir hinterfragen immer wieder. Auch das ist Klima in unserer Koalition. Aber wir hinterfragen auch Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen der Opposition. Und das von Ihnen an die Wand gemalte System gibt es einfach nicht, und es wird es mit mir als Ministerpräsidentin auch niemals geben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der 1. Oktober 2014 mit den Brüsseler Entscheidungen war kein Tag zum Jubeln. Unter meinem Vorgänger – ich habe es eben schon gesagt – wurden in der Ver-

gangenheit Fehler gemacht. Aber: Ich denke anders, und ich habe auch anders gehandelt. Das zeigen der Umgang mit den drei Beihilfeverfahren und die strukturellen Maßnahmen, die wir ergriffen haben. Messen Sie mich daran, auch in Zukunft.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erteile Frau Klöckner das Wort.

Kurz die Modalitäten: 25 Minuten je Fraktion. Die CDU-Fraktion hat aufgrund der Vereinbarung 37,5 Minuten. Wenn innerhalb der Aussprache nach der Regierungserklärung die Landesregierung noch einmal das Wort ergreift, so kann jede Fraktion die in Anspruch genommene Redezeit zusätzlich beanspruchen.

Sie haben das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So haben Sie das letzte Mal geklatscht, als wir den Misstrauensantrag gegen Herrn Beck gestellt haben, von dem sich heute die jetzige Ministerpräsidentin distanziert hat.

(Beifall der CDU)

Nach all dem, was in den vergangenen Wochen und Monaten passiert und bekannt geworden ist, nach all dem, Frau Ministerpräsidentin, darf eine Ministerpräsidentin dieses Landes, die ernst genommen werden will, eine solche Rede, wie wir sie eben gehört haben, nicht halten;

(Beifall der CDU)

denn diese Rede hatte mit der Wirklichkeit und mit der Problemwahrnehmung der Menschen in unserem Land überhaupt nichts zu tun.

(Frau Thelen, CDU: Selbstsuggestion!)

Rheinland-Pfalz und die Rheinland-Pfälzer erwarten von der Landesregierung, namentlich von der Ministerpräsidentin, in dieser Situation Wegweisung und Perspektive. Politische Wegweisung und Perspektive aber, die setzen die Fähigkeit zur klaren, aber auch zur ehrlichen Diagnose voraus.

(Beifall der CDU)

Deshalb sage ich das auch zu den beiden regierungstragenden Fraktionen: Gute Politik beginnt mit dem Wahrnehmen der Wirklichkeit.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, wenn Sie ehrlich sind, dann wollten Sie diese Rede gar nicht halten. Das merkte man Ihnen auch an.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das war nämlich keine souveräne, keine ehrliche Bestandsaufnahme, sondern das war der allzu offensichtliche Versuch, sich aus allem und jedem herauszureden.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Es war der ganz offensichtliche Versuch, Fehler anderen zuzuschreiben, und es war der ganz offensichtliche und durchschaubare Versuch, die eigenen Hände selbst reinzuwaschen, Frau Dreyer.

Angesichts des Ausmaßes des Fehlverhaltens der SPD-Landesregierung in den Zeiten ihrer Alleinregierung und danach erwartet das Parlament, erwartet die Öffentlichkeit zu Recht ein klares Wort der Regierungschefin.

(Beifall bei der CDU)

Aber Frau Dreyer, was ist der Kern Ihrer Botschaft gewesen? – Ein schlappes Weiter so. Ihre Regierungserklärung, eine Ansammlung folgenloser Worte. Sie haben keinerlei Konsequenzen aus den angeblichen Einsichten gezogen, und das ist einer Regierungschefin nicht würdig.

(Beifall der CDU)

Unter dem Vorwand, dass der Hahn, Nürburgring und Zweibrücken alle von Beihilfeentscheidungen irgendwie betroffen sind, vermischen Sie drei Themenkomplexe, zu denen Sie übrigens schon längst hätten Stellung beziehen können.

Was die Öffentlichkeit heute aber zu Recht erwartet hat, das bleiben Sie schuldig, nämlich Stellung zu beziehen zu den Konsequenzen, die sich aus dem Gutachten des Rechnungshofs ziehen lassen.

Sie haben seit Erscheinen des Berichts des Rechnungshofs öffentlich geschwiegen. Wir haben von Ihnen nichts gehört, als der Bericht veröffentlicht worden ist. Wir haben von Ihnen in der vergangenen Plenarsitzung auch nichts gehört, und wir haben nichts von Ihnen in den drei Ausschusssitzungen gehört.

Sie haben geschwiegen, als das Land auf politische Führung und Bürger darauf gewartet haben, welche Konsequenzen eine Ministerpräsidentin, die mit neuem Anspruch angetreten ist, ziehen will – Konsequenzen aus dem politischen, wirtschaftlichen, aber auch vor allen Dingen aus dem finanziellen Fehlverhalten und Scheitern der Regierung Beck. Übrigens, auch Sie gehörten der Regierung Beck an.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der CDU: So ist es!)

Um es deutlich zu sagen: Sie haben sich damit auch Ihrer politischen Verantwortung entzogen. Es war ein Versuch, den Sie heute mit Ihrer Rede gestartet haben. Stattdessen legten Sie andere Schwerpunkte, statt sich öffentlich zu äußern. Sie verkauften Tulpenzwiebeln, das kann man machen für einen guten Zweck, zusätzlich

zum Gestaltungsauftrag einer Ministerpräsidentin, aber bitte nicht anstelle davon.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, heute versuchen Sie vom eigentlichen Skandal abzulenken, so als seien die Probleme ganz zufällig ans Land angespült worden, weil das Schicksal es nicht gut mit uns gemeint hätte.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hört! Hört!)

Der Nürburgring – auch das gehört heute hierher – gehört nicht mehr den Bürgern, weil eine Regierung, der Sie angehört haben, die falschen Weichen gestellt hat.

(Beifall der CDU)

Das ehemalige Landesvermögen musste wegen einer SPD-geführten Landesregierung, der Frau Dreyer seit vielen Jahren angehört, verkauft werden. Landesvermögen, Steuerzahlergeld, wurden massiv vernichtet.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Geld, das jetzt und in Zukunft schmerzlich fehlen wird. Wir reden hier nicht von Vergangenheit, die abgeschlossen ist, wir reden von den Folgen für die Gegenwart und für die Zukunft. Dieses Geld fehlt in den Kitas, in den Schulen, und Sie kürzen sogar bei der Schwangerenkonfliktberatung. Das ist unanständig, das hätten Sie zumindest erwähnen müssen, dass es heute noch Folgen für damalige Entscheidungen gibt.

(Beifall der CDU)

Dennoch wollen Sie den Eindruck erwecken, als seien andere irgendwie daran schuld, als hätte die SPD am Ring eine verantwortungsvolle geordnete Insolvenz moderiert, als hätte Frau Dreyer irgendwie dann doch den Nürburgring gerettet.

Unser Land steht heute durch den Nürburgringskandal vor dem Totalverlust von nahezu einer halben Milliarde Euro. Sie haben das Geld zum Fenster herausgeworfen für ein Projekt, das von Anfang an völlig falsch geplant war, das kein privater Unternehmer mit eigenem Geld finanzieren wollte. Das haben wir, das hat die CDU-Fraktion damals kritisiert.

(Frau Thelen, CDU: Mehrfach!)

Wir haben das mehrfach kritisiert. Wir wurden genauso mit dieser Häme, mit dieser Verachtung, mit diesem Hohn und mit diesen Durchhalteparolen von der SPD-Fraktion versehen, so wie sie es heute wieder macht, wenn es um die Debatte um Capricorn geht. Es ist genau das gleiche Muster, genau das gleiche Verhalten.

(Beifall der CDU)

Das Scheitern haben Sie am Nürburgring als SPD viel zu spät öffentlich eingestanden, für das bis heute kein Mitglied dieser Regierung hier wenigstens einen Teil der Verantwortung eingeräumt hat, und das, obwohl in der Geschichte des Landes einmalig ein Minister für sein

Regierungshandeln erstinstanzlich zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden ist.

Es reicht nicht aus – das sage ich ganz deutlich –, kurzzeitig traurige Miene aufzusetzen, neue Hoffnungsarien zu singen, über die Verantwortlichkeiten aber nur in der dritten Person zu sprechen. Das kennen wir übrigens auch von Ihrem Vorgänger, Frau Dreyer. Sie sagen in Interviews immer, Sie hätten keinen Grund, sich von ihm zu distanzieren, Sie hätten ihm viel zu verdanken. – Ja, Sie haben ihm Ihr Amt zu verdanken.

(Zuruf von der SPD: Sie wird gewählt! –
Zuruf der Ministerpräsidentin Frau Dreyer)

Aber was hat Herr Beck dem Nürburgringskandal zu verdanken?: Dass er letztlich mit 0,5 %, mit 8.000 Stimmen Vorsprung mit einem Täuschungsmanöver ins Ziel gelangt ist.

(Beifall der CDU)

Die Bürger fragen sich, was in diesem Land überhaupt noch geschehen muss, damit irgendjemand einmal persönlich Verantwortung mit Konsequenz übernimmt.

(Baldauf, CDU: Das genau ist die Frage!)

Vier Fragen nach der Verantwortung der Beteiligten drängen sich auf:

1. Haben die verantwortlichen Minister wirtschaftlich und sparsam im Sinne der gesetzlichen Vorgaben gehandelt?
2. Wie war die Rolle der beteiligten Minister gegenüber den Gremienmitgliedern und den jeweiligen Geschäftsführungen?
3. War das Handeln der Verantwortlichen mit den Grundsätzen solider Haushaltsführung vereinbar?
4. In welchen Zeiträumen haben die verantwortlichen Minister Schäden für das Land verursacht?

Diesen Fragen wird noch nachzugehen sein.

(Guth, SPD: Alles nachzulesen in den
Ausschussprotokollen!)

Politisch muss sich die Landesregierung vorwerfen lassen, dass sie nach dem ersten Scheitern des Nürburgringkonzepts nicht den klaren ehrlichen Schnitt gemacht hat, den der Rechnungshof ihr auch nahegelegt hat – ich zitiere –: „Einfach mal die Karten auf den Tisch legen.“

(Beifall der CDU)

Bis heute wird geleugnet, bis heute ist niemand der Beteiligten bereit, die Verantwortung für die katastrophalen Fehler und Folgen zu übernehmen. Von der Regierungschefin vermissen wir ein klares Bekenntnis zu ihrer persönlichen Verantwortung und die ihrer Kabinettsmitglieder; denn die millionenschweren Fehlinvestitionen sind nicht vom Himmel gefallen, sie waren mehrfach Thema in den Sitzungen des Ministerrats, an denen Sie teilgenommen haben.

Frau Dreyer, Sie haben doch die Hand zu dem Projekt gehoben, oder etwa nicht?

(Zuruf der Ministerpräsidentin Frau Dreyer)

Dass Regierungen Fehler machen, muss möglich sein, das wird auch immer passieren, weil dort, wo Menschen sind, Fehler gemacht werden.

(Pörksen, SPD: Bei Ihnen aber nicht!)

Was wir Ihnen aber vorwerfen, ist, wie Sie mit Ihren Erkenntnissen und den Fehlern umgegangen sind. Ihre unterentwickelte Kultur, mit Fehlern umzugehen, hat dazu geführt, dass weitere schwere und unnötig teure Fehler gemacht wurden.

(Zuruf des Abg. Guth, SPD)

Sie haben damit dem Land geschadet, um sich selbst zu retten.

(Beifall der CDU)

Das ist ein ganz klares Fazit. Damit fügen Sie dem Ansehen der Politik schweren Schaden zu. Jetzt schaden Sie auch noch dem Ansehen des unabhängigen Rechnungshofs.

(Dr. Mittrücker, CDU: Das allerdings!)

Erst vor wenigen Wochen haben Sie den Landesrechnungshofpräsidenten als Wirtschaftlichkeitsbeauftragten präsentiert. Frau Dreyer, Sie sagten vorhin in Ihrer Rede, auf der einen Seite stünde der Rechnungshof, auf der anderen Seite das Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young. Sie stellen also den unabhängigen Rechnungshof auf die gleiche Stufe mit einem Beratungsunternehmen, das von der Landesregierung bestellt und bezahlt worden ist.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, wollen Sie künftig – das ist die Frage – jetzt auch noch Ihren Wirtschaftlichkeitsbeauftragten extern einkaufen? Denn das wäre nämlich die Folge von Ihrer Gleichsetzung, nur damit Sie sagen können, hier steht ein Gutachten gegen ein anderes Gutachten, wobei das eine Gutachten kein Gutachten ist, sondern eine Stellungnahme, wie Ernst & Young im Ausschuss auch gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie lassen es zu, dass Ihre Minister und Staatssekretäre den Landesrechnungshof und seinen Präsidenten diskreditieren. Der SPD-Fraktionschef, Herr Hering, unterstellte dem Rechnungshof, nicht sachlich und korrekt mit Zahlen umzugehen. Die Speyerer Finanzkontrolleure kämen nach Ansicht von Herrn Hering zu nicht haltbaren Ergebnissen. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man Herrn Hering einen subtilen Sinn für guten Humor unterstellen.

Sehr geehrter Herr Hering, gewiss sind viele geeignet, über Haltbarkeit, Fakten und über konkrete Zahlen zu

philosophieren, aber wenn einer gewiss nicht geeignet ist, über Haltbarkeit zu philosophieren und anderen vorzuwerfen, keine Fakten zu haben, dann sind Sie es; denn Sie haben ein Versprechen abgegeben, dass Ihr Zukunftskonzept halten wird, und Sie haben diesem Haus und den Bürgern vor der Wahl gesagt, man wird keinen Euro Steuergeld drauflegen müssen. Wenn einer dafür nicht geeignet ist, dann sind Sie es, Herr Hering. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall der CDU)

Sie machen heute mit den regierungstragenden Fraktionen die gleichen Fehler wie 2009. Sie verfallen in die gleichen Muster, wie wir vorhin schon gehört haben und wie wir es gleich sicherlich genauso wieder hören werden:

1. Fakten leugnen und die Geschichte umschreiben,
2. Schuldige suchen,
3. Kritiker als Schlechtredner abtun, weil sie das Land schlechttreden, aber Sie machen das Land schlecht,
4. Hoffnungsparolen ausgeben, bis es gar nicht mehr geht, und wenn es dann schiefgegangen ist, dann sind es andere gewesen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau so!)

Dieses Muster legen Sie immer wieder wie eine CD auf.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesrechnungshof ist ein unabhängiges Gremium, und er hat der Landesregierung ein Zeugnis kolossaler Unfähigkeit ausgestellt:

1. Risiken wurden nicht ausreichend geprüft,
2. Verhandlungen wurden nicht dokumentiert, und Warnzeichen wurden konsequent ignoriert.

Frau Dreyer, wenn in diesem Landesrechnungshofbericht für Sie nichts Neues steht, wenn Sie keine Fragen mehr haben, dann frage ich mich, wie Sie auf ein solches Kabinett zurückgreifen konnten, wo nichts dokumentiert wurde, wo konsequent ignoriert wurde und wo Geld auch wissentlich verschleudert wurde. – Dann sagt das viel über Sie und Ihre Art der Regierungsführung aus.

(Beifall der CDU)

Zudem wurde EU-Recht systematisch umgangen. Darin zeigt sich die Selbstverwirklichung der organisierten Inkompetenz. Es tritt immer deutlicher hervor, dass dieser Skandal, dieses zweite Scheitern des Nürburgring-Konzepts nur möglich war, weil über Jahre hinweg ein ganzer Regierungsapparat nicht zufällig, sondern bewusst und gewollt zusammengewirkt hat, unter Einbindung einer größtenteils landeseigenen Gesellschaft und der Förderbank des Landes: Herr Hering, Herr Dr. Kühl, Herr Schweitzer, Herr Lewentz und Herr Professor Dr. Barbaro für die Regierung, Herr Hoch und

Herr Guth für die damalige Fraktion im Untersuchungsausschuss. – Herr Guth, es ist so schön, Ihre Zitate von damals nachzulesen, was Sie damals gesagt haben. Sie sind zwischenzeitlich befördert worden zum Generalsekretär, und ich glaube, es ist Ihnen selbst ein bisschen peinlich, Ihre damaligen Zitate lesen zu müssen; denn dann hätten Sie eben nicht klatschen dürfen, als die Ministerpräsidentin sich just davon distanziert hat.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der CDU: Da hätte er beschämt sein müssen! Beschämt!)

Jeder war beteiligt, und wenn nur einer zwischendrin gesagt hätte, halt, stopp, das mache ich nicht mit, das können wir so nicht machen, dann wäre diese Neuauflage eines bereits gescheiterten Projekts doch erst gar nicht möglich geworden.

Eine tragende Rolle spielten beispielsweise Sie, Herr Hering. Sie haben sich nach dem Rücktritt Professor Dr. Deubels in die Rolle eines GmbH-Geschäftsführers aufgeschwungen; aber Sie haben kein wirkliches Sanierungskonzept mit harten, aber notwendigen Entscheidungen vorgelegt. Stattdessen wurden Planzahlen geschönt und bei den Menschen falsche Hoffnungen geweckt.

(Zuruf des Abg. Hering, SPD)

Es ist schäbig und – ich sage es ganz bewusst – auch menschlich unanständig, dass Sie, Herr Hering, heute die Verantwortung auf einen damals leitenden Beamten abschieben, um sich selbst zu retten. Sie tragen die Verantwortung!

(Beifall der CDU)

Sie persönlich haben die Sache durch den Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH gepeitscht. Herr Hering, das war in höchstem Maße zwielichtig, und keinen einzigen Vertrag haben Sie vor der Unterzeichnung vorgelegt. Das war Ihre Entscheidung.

Nun versuchen Sie noch, sich auf Kosten dieser Menschen zu entlasten. Sie sagen, die Landesregierung habe die Berater von Ernst & Young doch gar nicht beauftragt, das war der Aufsichtsrat. Die Regierung habe den Beratern auch keine Zahlen gegeben. – Damals, vor der Wahl, hörte sich das ganz anders an. Da sagten Sie im Wirtschaftsausschuss – es war im Dezember 2009 –, ich zitiere:

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

„(...), es gibt den Auftrag des Aufsichtsrates, der insbesondere untersucht, was für Fehler gemacht worden sind, und den Auftrag der Landesregierung, was Zukunftskonzept ist.“

Sie sagten weiterhin:

„(...), dass wir Ernst & Young (...) die Frage gestellt haben, anhand der Daten, die wir ihnen gegeben haben, das zu plausibilisieren (...)“

(Zurufe von der SPD)

Auch wenn Herr Pörksen sagte, das gab es schon einmal, es wird dadurch nicht falsch. Sie haben es gesagt, und es wird dadurch nicht besser. Auch das muss man deutlich machen.

(Beifall der CDU)

Sie legen immer Wert darauf, dass Herr Richter der Partner von Herrn Lindner war, nicht der des Landes. Man fragt sich nur: Sind Sie erpresst worden, oder was ist passiert? Was hat Sie dazu gezwungen, einen Vertrag abzuschließen, der das Land schwer benachteiligt hat?

Herr Hering, was bedeutet für Sie persönlich eigentlich das Wort „Verantwortung“? Was bedeutet dieses Wort für Sie?

(Baldauf, CDU: Das wüsste ich auch gern!)

Ich finde es keinen Klamauk. Sie nennen es „Klamauk“. – Wissen Sie, wie es den Menschen dort oben am Nürburgring geht, wenn sie das hören?

(Zurufe von der SPD –
Frau Elsner, SPD: Ah, das sagen gerade Sie!)

Wissen Sie, wie es den Menschen geht, wenn sie hören, dass Sie das so abtun? – Sie haben den Nürburgring benutzt, um selbst in der Regierung zu bleiben, und heute ist es aktenkundig.

(Beifall der CDU)

Herr Hering, wenn Sie nicht wissen, was Verantwortung ist, dann muss es die Ministerpräsidentin beantworten.

Zu Ihnen, Herr Minister Dr. Kühl. Sie waren bereits am Projekt „Nürburgring 2009“ beteiligt. Sie waren Wirtschaftsstaatssekretär, Sie waren im Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH, und Sie saßen im Aufsichtsrat der Förderbank. In seinem ersten Nürburgring-Bericht aus dem Jahr 2010, im ersten Bericht, hatte der Landesrechnungshof Ihnen bereits vorgehalten, was Ihre Aufgabe als Aufsichtsratsmitglied der Nürburgring GmbH gewesen wäre. Zugleich waren Sie aber bereits gemeinsam mit Ihrem Kollegen Hering dabei, das neue Zukunftskonzept zu entwickeln. – Das erinnert übrigens an Bertolt Brecht, vielleicht kennen Sie die „Geschichten von Herrn Keuner“.

„Woran arbeiten Sie?“, wurde Herr K. gefragt, und Herr K. antwortete: „Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.“ – Und genauso war es, Herr Kühl.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Kühl, erklären Sie uns auch folgenden gravierenden Widerspruch, im Übrigen eine ganz zentrale Stelle. Erklären Sie uns bitte den folgenden Widerspruch:

Wenn Sie 2010 keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen zur Deckung der Unterfinanzierung des Projekts aus dem Haushalt gegeben haben, dann war die vollständige Finanzierung für das Zukunftskonzept nicht gegeben. Dann hätte die ISB, die Förderbank des Landes, den

Millionenkredit gar nicht gewähren dürfen, und dann hätte geprüft und entschieden werden müssen, ob die Nürburgring GmbH Insolvenz anmeldet.

Wenn Sie aber doch eine rechtsverbindliche Zusage gegeben haben, dann haben Sie gegen Haushaltsrecht und gegen Verfassungsrecht verstoßen.

(Beifall der CDU)

Diesen Widerspruch müssen Sie aufklären, und wenn Sie das nicht können, muss es die Ministerpräsidentin tun und sagen, was Verantwortung ist.

Auch Ihr Staatssekretär, Herr Professor Dr. Barbaro, war an dem Gesamtkomplex maßgeblich beteiligt. Er war bereits im Sommer 2010 in die ISB-Finanzierung eingebunden, damals noch als Finanzstaatssekretär in Lauerstellung. Herr Staatssekretär Barbaro war dann weiterhin beteiligt als Finanzstaatssekretär und als Aufsichtsratsvorsitzender der Förderbank des Landes, und heute trägt die Stellungnahme des Landes an den Rechnungshof seine Unterschrift.

Herr Professor Dr. Barbaro tut sich in besonderer Weise hervor, wenn es darum geht, in den Sitzungen der Fachausschüsse den Rechnungshof zu attackieren

(Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

und die Reputation des Rechnungshofes und seines Präsidenten anzugreifen.

(Baldauf, CDU: Aber wie!)

Frau Dreyer, wir gehen davon aus, er ist von Ihnen vorgeschickt worden; denn ansonsten würde er das nicht tun.

(Beifall der CDU)

Damit steht Herr Professor Dr. Barbaro übrigens auch in der Tradition eines anderen Professors, dessen wilde Attacken gegen jeden, der an seinem Konzept zu zweifeln wagte, unrühmliche Bekanntheit erlangt haben.

Herr Minister Schweitzer, Sie sind noch nicht einmal persönlich im Ausschuss erschienen;

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie waren auch nicht da! Frau Klöckner war auch nicht da!)

stattdessen haben Sie über den Fraktionsvorsitzenden Hering erklären lassen, Sie seien als damaliger Staatssekretär mit dem Nürburgring kaum befasst gewesen.

Wie sah es denn übrigens in Ihrer Funktion als Vizechef des ISB-Aufsichtsrates aus? Wie konkret waren Sie als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in die Vorbereitungen der jeweiligen Beschlüsse und Entscheidungen eingebunden? – Wir erwarten, dass Sie sich hierzu im November im Rechtsausschuss erklären.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das hat er ja angekündigt!)

Auch Sie werden die Frage beantworten müssen, wie mit den Gremienmitgliedern der ISB umgegangen worden ist.

Herr Minister Lewentz ist seit 2011 zuständiger Ressortminister. Im Innenausschuss hat er ausgeführt:

„Ich habe den Vertrag mehrfach gelesen. Ich finde ihn aus der Sicht des Landes einen guten Vertrag.“

Die Verhandlungen mit der EU-Kommission haben zu dem Ergebnis geführt, dass fast eine halbe Milliarde Euro an Beihilfen illegal gezahlt wurde. – Ich nenne das einen äußerst schlechten Vertrag für die Bürgerinnen und Bürger des Landes.

(Beifall der CDU)

Diese Verhandlungen tragen die Handschrift von Herrn Lewentz.

Frau Dreyer, jetzt kommt ein entscheidender Punkt. Wenn Ihnen das alles vorher bekannt war, das also alles nichts Neues aus dem Rechnungshofbericht ist, dann frage ich mich, warum Sie dazu nicht vorher Stellung bezogen haben; denn Herr Lewentz hat weder für 2010 noch für 2011 darauf bestanden, dass ein testierter Jahresabschluss der Nürburgring GmbH vorgelegt wird. Das hatte wohl auch seinen Grund, auch dass diese Frage in den drei Ausschüssen nicht geklärt werden konnte. Aber vielleicht können Sie sie beantworten, weil Sie doch schließlich alle Fragen kennen und weil Sie auch schon alle Fakten kennen, wie Sie uns eben gesagt haben.

Bereits als damaliger Innenstaatssekretär hat Herr Lewentz die Erfahrung gemacht, dass kein seriöser privater Investor bereit war, eigenes Geld für das Projekt „Nürburgring 2009“ mitzubringen.

Bei Herrn Lewentz liefen die polizeilichen Recherchen zu Geschäftspartnern und Finanzierungsmodellen zusammen. Da muss man ihn fragen: Hat ihn das nicht stutzig gemacht? Frau Dreyer, hat er Ihnen das nicht erzählt? Wenn, dann hätte es Sie stutzig machen müssen. Wenn Herr Lewentz selbst nicht beantworten kann, was für ihn Verantwortung und Folge heißt, dann müssen Sie das beantworten, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein ganzes Netzwerk hat hier in Rheinland-Pfalz zusammengearbeitet, nämlich das System SPD, um nur ein Ziel zu erreichen, um 2011 an der Macht zu bleiben.

(Beifall der CDU)

Alle – das muss man deutlich machen – konnten immer anders entscheiden. Wenn sich alle zur gleichen Zeit für den gleichen Weg entscheiden, ist es kein Zufall, sondern Absprache. Alle hatten zu vielen Zeitpunkten die Möglichkeit, nachzufragen und Korrekturen vorzunehmen, die Reißleine zu ziehen. Sie sind alle tiefer verstrickt, als Sie uns glauben machen wollen.

Jeder von Ihnen trägt persönliche und politische Verantwortung für das Scheitern des Nürburgrings.

In den Fällen von Herrn Hering, Herrn Minister Dr. Kühl und Herrn Minister Lewentz liegen nach den ersten drei Ausschusssitzungen die Verfehlungen so klar auf dem Tisch, dass nur ein einziger Schluss übrig bleibt: Sie alle drei sind in Ihren gegenwärtigen Spitzenämtern nicht mehr haltbar, wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, Frau Ministerpräsidentin.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, sich nicht zu dieser Erkenntnis durchringen können, bestätigt übrigens das Bild, das die Öffentlichkeit inzwischen zunehmend von Ihnen gewinnt. Aber vielleicht heißt es auch, dass auch Sie Teil dieses Systems SPD in Rheinland-Pfalz sind, weil Sie Ihrem Vorgänger so viel zu verdanken haben.

Auch die Argumentationsmuster der SPD-Fraktion sind noch immer dieselben. Das wird gleich auch wieder kommen: Im Zweifel die Opposition beschimpfen. Man kommt über den Tag, aber man kommt nicht ans Ende.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen wir das mit großer Gelassenheit. Ihr Vokabular wiederholt sich ständig. Sie klatschen zu Äußerungen, die Ihre Ministerpräsidentin heute tätigt, die wir damals getätigt haben, wofür Sie uns ausgelacht und diffamiert haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Sie müssen schon einmal ein wenig herausfinden, welchen Weg sie wirklich mitgehen wollen.

(Beifall der CDU)

Als CDU und FDP im Untersuchungsausschuss den Antrag zur Untersuchung des Zukunftskonzepts gestellt haben, hat Herr Hoch Folgendes geäußert – ich zitiere –: „(...) Hendrik Hering hat am Nürburgring lange und gut verhandelt und hat ihn wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Es gilt besonderer Dank für den neuen Stil der Transparenz und Offenheit in dieser Frage.“

(Heiterkeit bei der CDU –
Ernst, CDU: Ein echter „Hoch“)

Für diese Durchhalteparole ist Herr Hoch befördert worden, und Frau Dreyer hat ihn in die Staatskanzlei geholt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Ich finde das auch nicht lustig, das muss ich auch sagen, Herr Pörksen.

(Pörksen, SPD: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Da stimme ich Ihnen zu. Lustig finden Sie das nicht. Nur, Sie fanden das damals eine kluge Erklärung, um die CDU zu diffamieren.

(Beifall der CDU)

Heute ist es klar, Sie wussten damals, dass das, was gesagt wurde, nicht stimmte.

Deshalb fasse ich zusammen:

Herr Minister Lewentz hat erklärt, sein Ministerium habe sich bis 2011 nicht wesentlich mit dem Konzept befasst.

Herr Minister Dr. Kühl sagt, es sei nicht seine Aufgabe gewesen, ein Konzept zu entwickeln.

Herr Hering schiebt die Verantwortung auf Berater und Abteilungsleiter.

Herr Minister Schweitzer spricht bislang gar nicht.

Herr Professor Barbaro scheint die Chance zu wittern, seinen Minister zu verdrängen und sich vor allen Dingen mit besonders markigen Angriffen zu profilieren.

(Heiterkeit bei der SPD –
Pörksen, SPD: Wer verdrängt Sie?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürger fragen sich, warum bis auf Professor Deubel, der zurückgetreten ist bzw. zurücktreten musste, alle anderen Beteiligten bisher ungeschoren davongekommen sind. Diese Frage ist richtig, weil sie aus dem Herzen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes kommt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die gleichen Argumentationsmuster gehört wie früher. Jeder hat sich verteidigt, jeder versteckt sich hinter jemand anderem. Keiner hat sich richtig entschuldigt, sondern maximal gesagt – auch Herr Dr. Kühl in einem Interview der „AZ“ –: Das Land hat. – Nein, nicht das Land macht etwas.

Sie haben, Herr Beck hat, Ihre Kollegen haben, auch Frau Dreyer hat die Hand gehoben. Es wurden nicht einfach Fehler gemacht. Benennen Sie die Namen. Dazu sind Sie leider nicht bereit. Keiner hat wenigstens seinen Teil der Verantwortung eingeräumt, auch Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin.

Einzig Herr Minister Dr. Kühl hat – ich glaube, es war ein kleines Versehen – bei der September-Plenarsitzung einen Hauch von Ehrlichkeit erkennen lassen. Ich zitiere:

„Hätte ich sagen sollen (...) aufgrund einer, ja ich weiß nicht, vielleicht ängstlichen politischen Haltung machen wir das nicht; weil – das war mir allerdings auch schon im Jahr 2010 klar – mit dem Projekt Nürburgring in Rheinland-Pfalz niemand mehr Lorbeeren verdienen kann.“

Jetzt müssen Sie sich untereinander absprechen, welche Version denn jetzt wirklich stimmt, nicht wir, sondern Sie.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da hat nicht eine einzelne Person eine singuläre Fehlentscheidung getroffen. Nein, eine Vielzahl von Personen hat hier zusammen-

gewirkt. Und jeder Einzelne für sich hat sich in seinem eigenen Verantwortungsbereich individuell gegen die Wirklichkeit und für eine raffinierte Irreführung entschieden.

Frau Ministerpräsidentin, das sind übrigens alles enge Vertraute von Ihnen, alles ganz enge Vertraute in Ihrer engsten Umgebung. Sie sprechen vorhin in Ihrer Rede von einem neuen Stil der Transparenz und Offenheit. Der Skandal ist dadurch längst auch bei Ihnen angekommen, weil Sie keine Konsequenzen ziehen.

(Beifall der CDU)

Es ist klar, es ging Ihnen nicht um die Menschen,

(Pörksen, SPD: Aber Ihnen!)

Es ging Ihnen 2011 nicht um den Nürburgring, es ging Ihnen nur um die anstehende Landtagswahl. Frau Ministerpräsidentin, sind Sie wirklich der Meinung, dass Ihre engen Vertrauten sich noch moralisch in ihren Funktionen halten lassen?

Sind Sie wirklich der Meinung, dass das Zocken der Landesregierung mit Steuergeld moralisch ein besseres Zocken war als das der Berater, die Sie empört an anderer Stelle kritisieren? In beiden Fällen ist Geld von Bürgern weg, mit einem Unterschied: Viele der Zocker-Banker mussten zu Recht ihren Stuhl räumen. Aber die Zocker-Politiker der SPD in Rheinland-Pfalz kleben an ihren Stühlen und sind sich noch nicht einmal einer Schuld bewusst.

(Beifall der CDU)

Aber es gibt anscheinend auch einen Hoffnungsschimmer. Einzig Herr Hartloff scheint – nach jetzigem Kenntnisstand – keine aktive Rolle gespielt zu haben. Er saß als damaliger Fraktionsvorsitzender einfach nur dabei. Lieber Herr Hartloff, das hätten Sie selbst, glaube ich, auch nicht gewagt zu träumen, dass Sie einmal zur Zukunftshoffnung der SPD in Rheinland-Pfalz werden.

(Beifall der CDU)

Nun komme ich zu der Rolle der GRÜNEN. Welche Rolle nehmen Sie eigentlich ein, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN? Sie müssen sich entscheiden zwischen Distanzieren, wenn die CDU nicht dabei ist, und dann, wenn die CDU dabei ist, Angriff und Attacke. Sie müssen sich schon entscheiden. Ich bin dankbar, dass Ministerin Lemke ihre früheren Äußerungen nicht zurückgenommen hat und auch den Rechnungshofbericht nicht infrage stellt.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat keiner gemacht!)

– Keiner hat es gemacht? Ich erinnere nur an Herrn Kollegen Köbler, der vom Berg Sinai sprach. Wir haben schon gewartet, ob er selbst noch über Wasser laufen kann.

(Pörksen, SPD: Er kann noch eine Meinung haben! –
Fuhr, SPD: Müssen wir jetzt nach Speyer pilgern,
oder was?)

Bei vielen GRÜNEN gibt es noch Luft nach oben, sich von dem Koalitionspartner in der Nürburgringpolitik zu distanzieren. Herr Köbler, Sie müssen aufpassen. Sie bekommen die Kritik bei Ihnen gerade auch im Norden des Landes mit. Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht selbst Teil des SPD und der Vertuschungsbeihilfe werden. Darauf müssen Sie achten.

(Beifall der CDU –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat die
„Rhein-Zeitung“ Ihre Rede geschrieben?)

Sie müssen beantworten: Wie lange tragen die GRÜNEN das ganze SPD-Manöver noch mit?

Ich kann nur sagen, mit der CDU hätte es dieses Nürburgringprojekt ohne Privatfinanzierung nie gegeben. Wir stehen für strukturpolitische Maßnahmen mit Augenmaß, wie damals beim Ausbau der Formel-1-Strecke zu Beginn der 80er-Jahre. Diese Maßnahme diente dem Rennsport, und hier liegen die Stärken des Nürburgrings. Nur mit dem Rennsport hat er Weltruhm erlangt. Nur mit dem Rennsport ist der Mythos entstanden.

Mit der Verlagerung und dem Abstieg auf Freizeitparkniveau wurde der Ruf der weltweit bekannten Rennstrecke dauerhaft aufs Spiel gesetzt. Was Sie von der SPD der Region, den Mitarbeitern in der Eifel zugemutet haben und weiterhin zumuten, das hat kein Mensch verdient!

(Beifall der CDU)

Wir, die CDU Rheinland-Pfalz und die CDU-Landtagsfraktion, stehen zum Ring. Wir stehen für eine nachhaltige Entwicklung der örtlichen Infrastruktur. Wir stehen für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Frau Ministerpräsidentin, unter Ihrem Vorgänger war Kritik von außen zum Ende der Amtszeit nicht erwünscht.

(Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

Heute müssen wir feststellen: Wenn inhaltliche Kritik von außen kommt, dann sieht die SPD das inzwischen als feindliche Angriffe. Der Umgang mit der Opposition wird bestenfalls als lästige Pflicht empfunden. Fehler werden nicht aufgearbeitet, sondern negiert oder damit gerechtfertigt, dass man es einfach gut gemeint hätte oder dass andere Schuld haben, die Berater, die EU-Kommission, die Weltwirtschaftskrise, die Opposition, die Insolvenzverwalter, einfach immer nur die anderen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie verletzen Ihren Amtseid oder Ihre Amtspflichten, wenn Sie es weiterhin zulassen und sogar daran mitwirken, dass unabhängige Kontrollorgane nicht mehr ernst genommen, sondern öffentlich diskreditiert werden, dass Ihre Regierung und auch Sie persönlich bisher kein einziges Wort dazu sagen, wie das Land angesichts der hohen finanziellen Schulden und des Schadens, den Sie als Mitglied des früheren Kabinetts Beck mit zu verantworten haben, seine finanzielle Handlungsfähigkeit wiedergewinnen soll. Sie schaden dadurch, dass Sie keine Verantwortung übernehmen und den noch im Amt befindlichen Ministern klarmachen, dass Verantwortung auch Konsequenz

heißt. Sie schaden dadurch, das Vertrauen in die Regierung und das Ansehen der Politik weiterhin stark beschädigt werden.

Ihre Pflicht als Regierungschefin und die Pflicht der Mitglieder Ihrer Landesregierung ist es, an einer weiteren parlamentarischen Aufarbeitung dieses politischen Fehlverhaltens uneingeschränkt mitzuarbeiten und nicht zu sagen, es war schon alles bekannt. Das hatte Herr Beck zum ersten Bericht des Rechnungshofes damals auch gesagt.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, 2011, das war Wählertäuschung. Was muss eigentlich noch passieren, damit Sie Ihrer politischen Verantwortung gerecht werden und die verantwortlichen Minister zurückziehen? Welche Maßstäbe gelten eigentlich für Sie? Davon erfahren wir überhaupt nichts. Was müsste in Ihren Augen geschehen, dass wegen eines Fehlverhaltens Rücktritte von Ministern unausweichlich sind?

Der Chefredakteur der „Rhein-Zeitung“, Christian Lindner, schrieb in einem Leitartikel: „Bleibt das Ringversagen ohne harte Folgen, brechen Dämme“.

Der Rückzug Ihrer Vertrauten, Frau Dreyer, ist eine Notwendigkeit. Wenn Sie unserer Forderung nicht entsprechen, ändert das nichts an der Richtigkeit unserer Forderung, es sagt nur etwas über Ihre Mutlosigkeit aus.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Sie haben im März gesagt – ich zitiere –, als es um Mitarbeiter am Hahn ging: „Wer nicht sauber gearbeitet hat am Hahn, der hat auch keine Zukunft“. Frau Dreyer, wenn das für Mitarbeiter gilt, muss das für Politiker auch gelten.

(Beifall der CDU)

Wie können Rot und Grün überhaupt noch Fehlverhalten in der Zukunft glaubhaft bei anderen anprangern? Politische Verantwortung und politische Haftung müssen zwei Seiten einer Medaille sein.

Es ist Zeit für eine Zäsur, Frau Dreyer. Merken Sie nicht, dass dringend eine Zäsur her muss, ein Neuanfang in der rheinland-pfälzischen Landespolitik? Die Landesregierung braucht neue Entscheidungsträger, neue Entscheidungsstrukturen, die ein solches Desaster wie am Nürburgring in Zukunft verhindern. Dazu sind neue Entscheidungsträger notwendig.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wahlsieg der SPD bei der Landtagswahl 2011 ist teuer mit Steuergeld erkaufte worden. Sie waren nicht ehrlich. Das sieht heute jeder. Sie hatten einen Wissensvorsprung vor der vergangenen Landtagswahl. Sie haben diesen Wissensvorsprung nicht zum Wohle der Steuerzahler genutzt, sondern zum Wohle Ihres Machterhalts. Die persönlichen Interessen der SPD waren höher als die Landesinteressen.

Wenn die GRÜNEN jetzt lachen, wundert mich das, weil das genau Ihre Worte vor der Landtagswahl waren.

(Beifall der CDU –
Zurufe der Abg. Pörksen, SPD, und Köbler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis dieser groß angelegten Täuschung war: Mit rund 8.000 Stimmen Vorsprung – das sind gerade einmal 0,5 % der Wählerstimmen – retteten Sie sich ans Ziel. Es stellt sich hier ganz klar die Frage, ob Sie, Frau Dreyer, Ministerpräsidentin geworden wären, wenn vor der Wahl die Karten offen auf dem Tisch gelegen hätten.

Es gibt nur einen Weg, diesen Mangel an Legitimation zu beheben. Das sind Neuwahlen.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Frau Dreyer, wenn Sie mutig wären, würden Sie sich einem vorzeitigen Votum stellen und dem Land ein Stück Ehrlichkeit zurückgeben.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, wir haben Gäste bei uns, und zwar vom Netzwerk 65plus. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Weiterhin haben wir Gäste, und zwar Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 47 Pirmasens-Land. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hering.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Kollegen, Frau Klöckner, haben in den Ausschussberatungen gesagt, man werde die Ausschussberatungen aller vier Ausschüsse abwarten, dann ein Fazit ziehen und dann gegebenenfalls über weitere Maßnahmen sprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Sie haben heute schon ein Fazit gezogen, weil Sie tagessaktuell und medienwirksam Forderungen erheben. Das war der Grund, warum Sie heute die Worte „Rücktritte“ und „Neuwahlen“ in den Mund genommen haben.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das macht deutlich, mit welcher Glaubwürdigkeit solche Forderungen von Ihnen ausgesprochen werden.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es waren genau die Worte von Herrn Dr. Weiland, wir werden das genau abwarten und werden nicht vorher ein Fazit ziehen. Aber die Medienwirksamkeit Ihrer Berater hat wohl gesagt, dass heute etwas anderes angesagt ist.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Es gab deutliche Unterschiede in der Rede der Ministerpräsidentin und Ihrer Rede. Malu Dreyer hat sich hier klar und in deutlichen Worten zu Fehlern auch dieser SPD-Landesregierung ohne Wenn und Aber bekannt.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie hat aber auch Perspektiven aufgezeigt, wie es in den drei schwierigen strukturpolitischen Projekten weitergeht. Dazu hat bei Ihnen jeder Ansatz gefehlt, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Frau Schneider und Baldauf, CDU)

Sie haben das getan, was wir von Ihnen gewöhnt sind, skandalisieren, Menschen verunglimpfen, aber nicht Perspektiven aufzeigen, weil Sie dazu offensichtlich nicht die Fähigkeit und Kraft haben.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das Thema dieser Regierungserklärung sind die drei Beihilfebescheide, die am 1. Oktober ergangen sind. Bei diesen drei strukturpolitisch wichtigen Projekten Nürburgring, Flughafen Hahn und Zweibrücken ist Klarheit im beihilferechtlichen Sinne geschaffen worden. Die handelnden Akteure wissen jetzt, welche Optionen verfolgt werden können. Die Ministerpräsidentin hat sich bei ihrem Amtsantritt diesen schwierigen Herausforderungen gestellt. Der lähmende Prozess der Beihilfeverfahren, die zum Teil über sechs Jahre andauert haben, ist zu einem Abschluss geführt worden.

Das, was in Brüssel erreichbar war, ist erreicht worden. Ich danke der Ministerpräsidentin ausdrücklich im Namen der Fraktion für diese gute Arbeit in diesen Punkten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU: Für die Insolvenz!)

Wer sich in Brüssel auskennt, der weiß, dass viel Überzeugungskraft, Beharrlichkeit und Geschick gebraucht werden, um Ergebnisse zu erzielen. Dieses Engagement unserer Ministerpräsidentin kann nicht hoch genug bewertet werden. Wir haben vergangene Fehlentwicklungen korrigiert und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner klare Wegmarken für weiteres Regierungshandeln genannt. Wir haben aus der Geschichte gelernt.

(Frau Thelen, CDU: Da habe ich starke Zweifel!)

Die Ministerpräsidentin hat mit ihrem Amtsantritt das Versprechen abgegeben, die schwierige Ausgangslage zu entwirren und im konstruktiven Austausch mit der Kommission zu Lösungen zu kommen.

(Baldauf, CDU: Sie haben doch
versagt, Herr Hering!)

Dieses Versprechen ist eingehalten worden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist das gute Recht der Opposition, sich hier im Landtag ausführlich mit der Vergangenheit zu befassen und zu kritisieren. Wir werden uns dieser Diskussion stellen. Es ist aber genauso die Pflicht der Landesregierung

(Baldauf, CDU: In eigener Sache!)

und der sie tragenden Fraktionen, den Blick in die Zukunft zu richten. Politische Verantwortung wahrzunehmen, heißt für uns an erster Stelle, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Zukunftsfragen zu diskutieren, Antworten zu geben und zu handeln. Wenn es in diesem Zusammenhang mit dem Beihilfeverfahren eine Pflicht der Opposition gibt, dann doch die, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Land im Außenverhältnis, also beispielsweise gegenüber der EU, nicht zu gefährden oder gar zu hintertreiben. Frau Klöckner, darauf werde ich zurückkommen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Verhandlungserfolge waren möglich, weil die Landesregierung unter Malu Dreyer über den gesamten Zeitraum der Beihilfeverfahren vertrauensvoll und gut mit der EU-Kommission zusammengearbeitet hat. Natürlich können wir mit dem Ergebnis beim Flughafen Zweibrücken nicht zufrieden sein. Die Menschen in der Westpfalz wissen aber, dass sich die Landesregierung für diese Region in den letzten 20 Jahren besonders eingesetzt hat.

Wir werden dieses besondere Engagement in enger Abstimmung mit der Region fortsetzen. Vor dem Hintergrund einer nicht ganz einfachen Ausgangssituation am Hahn und am Nürburgring haben wir beihilferechtlich viel in den letzten Monaten für dieses Land erreicht. Wir brauchen uns über effektive Interessenwahrnehmung in Brüssel also nicht belehren zu lassen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Ihre Auftritte in Brüssel und die Ihres Begleiters, des CDU-Europaabgeordneten Werner Langen, sind dagegen für das Land nicht hilfreich gewesen. Wenn Sie wirklich etwas von Interessenvertretung verstanden und der Verpflichtung der Opposition, die ich eben genannt habe, dann wüssten Sie, dass man in laufenden Verfahren nicht öffentlich darüber spricht. Sie haben es allerdings vorgezogen, jede gemeinsame

Espressotasse in Brüssel zu einer Pressemitteilung aufzubauschen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Damit haben Sie die Beamten der Kommission sogar teilweise kompromittiert, denn sie durften sich Ihnen gegenüber zu laufenden Verfahren gar nicht äußern; denn Oppositionsfraktionen im Landtag sind nicht Verfahrensbeteiligte. Ihr Verständnis von Interessenvertretung – das kann man den Presseerklärungen genau entnehmen – ist also „Ich nehme meine Interessen wahr, der Rest ist mir egal“.

(Starker Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zum Flughafen Zweibrücken, damit nicht der Eindruck entsteht, ich wolle von den Ergebnissen des Bescheides ablenken:

(Frau Klöckner, CDU: Ah ja!)

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Kommission gewillt ist, eine sogenannte Marktbereinigung im Bereich der europäischen Flughäfen vorzunehmen. Bezogen auf Zweibrücken bedeutet dies, dass sie den Fortbestand des Flughafens und eine öffentliche Finanzierung zukünftig ablehnen und erhebliche Beihilfen – über 40 Millionen Euro – beanstanden. Es ist nachvollziehbar, dass die Region aufgrund der längeren Landebahn und des geringeren Defizits in Zweibrücken wenig Verständnis für die Entscheidung der Kommission hat. Offensichtlich hat sich die Kommission im Vergleich zu Saarbrücken von dem Grundsatz leiten lassen, dass die älteren Rechte auch die besseren Rechte seien. Darüber lässt sich trefflich streiten.

An dem Ergebnis der zwischenzeitlich eingetretenen Insolvenz ändert sich dadurch leider nichts. Die Investitionen in den Flughafen sind dadurch jedoch keineswegs verloren. Im Gegenteil, sie waren Initialzündung für eine gute Entwicklung in Zweibrücken. Zweibrücken ist heute auch dank der Zahlungen des Landes ein erfolgreicher Industriestandort mit überdurchschnittlich vielen hoch qualifizierten Fachkräften, innovativen Firmen, einer ausgezeichneten Fachhochschule mit über 2.800 Studenten, über 1.000 Gewerbeansiedlungen und über 3.000 neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen durch die Konversion. Dieses Geld ist in ein erfolgreiches Konversionsprojekt im Interesse der Menschen investiert worden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –

Fuhr, SPD: Das war der Frau Klöckner
kein Wort wert!)

Es wurden durch das Engagement des Landes 2,3 Milliarden Euro an Investitionen in dieser Region angeregt. Die Ministerpräsidentin hat dazu Ausführungen gemacht. Die vorgelegte Zukunftsstrategie wurde gemeinsam mit den Verantwortungsträgern vor Ort entwickelt. Klar ist, dass wir Hand in Hand mit der Region weiter daran arbeiten.

Meine Damen und Herren von der Opposition, von Ihnen ist außer der Sprechblase, man müsse einen Masterplan entwickeln, bislang nichts gekommen. Die Bürger vor Ort erkennen selbst, wer für sie anpackt und wer außer Mäkeln und Hadern nichts zu bieten hat.

(Baldauf, CDU: Oh!)

Er kann unterscheiden, was destruktiv und was konstruktiv ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Darüber lassen wir abstimmen! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Zum Flughafen Hahn: Der beste Beleg für die konstruktive Verhandlungsführung dieser Landesregierung ist der Beihilfebescheid zum Flughafen Hahn. Am Hahn hat die Kommission keinerlei Beanstandung geäußert. Sie erkennt sogar ausdrücklich die strukturpolitische Bedeutung des Flughafens für die gesamte Region an. Auch seine Funktion zur Entlastung des Rhein-Main-Gebietes wird hervorgehoben.

Mit anderen Worten, die Fluglämpausen am Flughafen Frankfurt sind überhaupt erst durch den Hahn möglich geworden. Wer sich also hier gegen Fluglärm und Ausbaupläne wendet, muss auch die positive Entwicklung am Flughafen Hahn unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat bereits ausgeführt, dass der Hahn mit ständig wachsendem Erfolg seine Geschäftstätigkeit ausbaut. Private investieren in hoher Millionenhöhe Gelder auf eigenes Risiko aktuell am Flughafen Hahn. Ich möchte es um einige Zahlen ergänzen, die es häufig zu wiederholen gilt. Am Hahn wird jährlich eine Bruttowertschöpfung von über 400 Millionen Euro erzielt. Durch den Hahn generieren wir jährlich Steuereinnahmen von ca. 93 Millionen Euro. Letztlich hängen in der gesamten Region etwa 10.000 Arbeitsplätze am Hahn, 3.000 innerhalb der Einzäunung des Flughafens. Wer vor diesem Hintergrund behauptet – wie etwa der Bund der Steuerzahler –, bei den Investitionen der Landesregierung handele es sich um rausgeschmissenes Geld, der hat den Anspruch auf Objektivität verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nur wer den Hahn nicht als Konversions- und wichtiges Infrastrukturprojekt begreift, kann zu einem anderen Ergebnis kommen. Wenn die Frage beantwortet werden muss, wer immer auch in schwierigen Zeiten zum Flughafen Hahn gestanden hat, dann kann man eine Antwort geben: Sie von der rheinland-pfälzischen CDU waren es jedenfalls nicht gewesen.

(Baldauf, CDU: Oh!)

Flugverkehrsabgabe, Nachtragshaushalt, dann, wenn es ernst wurde, haben Sie sich der Verantwortung für den Flughafen Hahn entzogen. Deswegen haben Sie von der

CDU Rheinland-Pfalz nicht das Recht, heute die Erfolge des Flughafens Hahn mitzufeiern.

(Starker Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Das sagt der Richtige!)

Meine Damen und Herren, ich will bewusst die Hauptzeit für das Projekt Nürburgring nutzen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir wollten uns dieser Auseinandersetzung nicht stellen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es gibt mehrere Berichte des Rechnungshofs, jetzt den Beihilfebescheid und einen Untersuchungsausschuss.

Es gibt wahrscheinlich kein Projekt im Land Rheinland-Pfalz, mit dem sich so genau auseinandergesetzt wurde wie mit dem Nürburgring.

(Baldauf, CDU: Warum bloß?)

Um es noch einmal klarzustellen, damit auch deutlich wird, wo Verantwortung gelegen hat und wer wie gehandelt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Der zentrale Fehler beim Projekt Nürburgring war, sich im Jahre 2007 für die Investitionen zu entscheiden, ohne einen privaten Investor zu haben. Der Umfang war vollkommen überdimensioniert, und es war auch – das muss heute bekannt werden – ordnungspolitisch falsch, dass das Land Boulevards, Freizeitsparks und anderes baut. Es war ordnungspolitisch falsch, mit öffentlichen Geldern das zu bauen. Das war der massive Fehler beim Projekt Nürburgring insgesamt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Im Juli 2009, nach dem endgültigen Scheitern der Privatfinanzierung, waren bereits alle Investitionen und damit Zahlungen getätigt bzw. es lagen rechtsverbindliche Aufträge vor. Das Geld, von dem wir heute sprechen, war also bereits im Juli 2009 ausgegeben

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

und wäre ohne weitere Maßnahmen endgültig verloren gewesen. Wir reden also seit fünf Jahren über dasselbe Geld.

(Baldauf, CDU: Das stimmt überhaupt nicht! –
Licht, CDU: Nein, ihr habt es immer noch
nicht verstanden!)

Der neue Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH hat Ernst & Young 2009 beauftragt. Um es klarzustellen: Es gibt die klare Aussage von Ernst & Young, dass die Unterlagen nicht von der Landesregierung zur Verfügung gestellt wurden, sondern sie selbst von Ernst & Young bei den betroffenen Firmen beschafft wurden.

Wenn Sie unredlicherweise hergehen und zusammenfassend in einer Ausschusssitzung gesagt wird,

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

weil das Land für die landeseigene Nürburgring GmbH Verantwortung hat, herausgefiltert wird, wir hätten Unterlagen zur Verfügung gestellt, wissen Sie, dass das falsch ist. Es hier dennoch zu wiederholen, obwohl es zehnmal richtiggestellt wurde, ist schlicht und ergreifend unredlich, meine Herren von der CDU.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Unruhe bei der CDU)

Ernst & Young hat einen Vorschlag erarbeitet, der im Parlament wie keine andere Konzeption vorgestellt und diskutiert wurde.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Wir haben den externen Sachverständigen einer der renommiertesten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt eingeholt und sind deren Vorschlag gefolgt.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben damit übrigens genauso gehandelt wie ein privater Marktteilnehmer das getan hätte; denn Ernst & Young hat uns bestätigt – auch in diesen Tagen –, dass jeder private Mandant in derselben Weise mit demselben Ergebnis beraten worden wäre.

Wir haben nach dem Scheitern des Projekts im Juli 2009 zum damaligen Stand nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

(Baldauf, CDU: Sagen Sie doch mal was
zum Rechnungshof!)

Eine öffentliche Analyse der damaligen Situation hat stattgefunden und wurde öffentlich kommuniziert. Es ist eben falsch, dass ich gesagt hätte, es muss kein Steuergeld verausgabt werden; denn – Herr Licht und andere wissen das, Sie haben das sogar 2010 im Ausschuss bestätigt – wir haben gesagt, die Altverluste für die Formel 1, die Altbetriebsverluste, sind nicht refinanzierbar und müssen von Steuergeldern bezahlt werden. Herr Licht, Sie haben dann gesagt, also sind das schon einmal 97 Millionen Euro, die vom Steuerzahlerhaushalt getragen werden müssen. Im Jahr 2010 Originalzitat von Ihnen, Herr Licht. Wenn man dann hier anderes behauptet und von Wahlbetrug redet, ist es einfach unredlich und nicht in Ordnung, wenn Sie wider besseres Wissen solche Behauptungen aufstellen, Herr Licht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Die Europäische Kommission hat sich mit dem Zukunftprojekt auch auseinandergesetzt. Sie hat für die Vergangenheit viel kritisiert. Über 480 Millionen Euro unzulässige Beihilfen nach Auffassung der Kommission, aber sie ist auch zu dem Ergebnis gekommen, dass sie

bezüglich des Pachtvertrags keine Bedenken hat, dass sie bezüglich der Pachthöhe keine Bedenken hat, dass sie auch bezüglich des Kreditvertrags und der Zinshöhe keine Bedenken hat. In einem Bescheid, in dem sonst fast alles als rechtswidrig bezeichnet wurde, gibt es auch eine Bestätigung für das, was im Jahre 2009 verantwortbar gemacht wurde. Meine Damen und Herren, schließlich wird die Trennung von Besitz und Betrieb bestätigt.

Natürlich ist man mit dem Wissen von vier Jahren später schlauer und hat andere Erkenntnisse. Wir waren – die, die damals Verantwortung hatten – davon überzeugt, dass die Analyse, der Vorschlag von Ernst & Young zutreffend ist. Das war der einzige Vorschlag, der gemacht wurde, um ein Großteil der Investitionen – nicht das Geld, von dem wir gesagt haben, es ist nicht einholbar –, um die 330 Millionen Euro zu refinanzieren. Ein Beleg dafür, dass damals mit damaligem Wissen aufrichtig gehandelt wurde, ist, dass bis heute niemand einen anderen Vorschlag unterbreitet hat, der besser gewesen wäre als das, was im Jahre 2009 gemacht wurde.

Meine Damen und Herren, wenn man dann über Schlussstrich, Insolvenz redet, ist das einmal schnell dahingeredet. Das hätte ein unmittelbares Aus für den Nürburgring bedeutet. Bauruinen, Verluste von Arbeitsplätzen, und mit Sicherheit wäre das Geld im Jahre 2009 komplett verloren gewesen. Deswegen war das keine Alternative, und es gab damals aufgrund des klaren Einstands des Landes auch gar keine Veranlassung, von Insolvenz zu reden. Niemand hat das damals in Betracht gezogen.

Meine Damen und Herren, die negativen Folgen bedauert niemand mehr als wir selbst. Durch den Beihilfebescheid kommt es zu keiner Verschlechterung der Situation des Landeshaushalts; denn die Rückzahlungsverpflichtung bedeutet, dass die insolvente Nürburgring GmbH empfangene Gelder an den Landeshaushalt zurückzahlen muss. Das sagt der Beihilfebescheid aus. Dieselbe Verpflichtung besteht aber bereits aus anderen Rechtsgründen für die Nürburgring GmbH. Leider kann sie dieser Verpflichtung nur zu einem sehr, sehr geringen Teil nachkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch gerne zum Rechnungshof Stellung nehmen, der mit eineinhalb Jahren Verspätung als von diesem Parlament gewünscht seinen Bericht vorgelegt hat.

(Baldauf, CDU: Verspätung? Wieso eineinhalb Jahre Verspätung?)

– Verspätung. Mit eineinhalb Jahren Verspätung. Wir sind im Sommer 2012 davon ausgegangen, dass Ende 2012 ein Bericht vorliegen wird. Die einfache Mathematik sagt einem,

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

wenn etwas im Sommer 2014 vorgelegt wird, sind das eineinhalb Jahre später als eigentlich zugesagt.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist aber nicht wesentlich. Wir werden uns dieser Auseinandersetzung in den Beratungen in den Ausschüssen stellen.

(Frau Klöckner, CDU: Wo sind denn die testierten Jahresabschlüsse?)

Meine Damen und Herren, nach der Mehrzahl der Ausschusssitzungen müssen wir aber feststellen, dass zentrale Zweifel an manchen Thesen bestehen. Auch das gehört zur Auseinandersetzung mit dem Rechnungshof bei allem Respekt gegenüber dem Rechnungshof dazu.

Apropos Respekt gegenüber dem Rechnungshof. Es hat einmal in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz jemand an einem Ergebnis des Rechnungshofs ganz massive Kritik geübt. Er war nicht bereit, auch nur im Ansatz die Ergebnisse des Rechnungshofs zu akzeptieren. Das war die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, als es sie selbst betroffen hat. Sie haben dann ein Gegengutachten beauftragt. Kreditfinanziert, weil Sie damals gar nicht in der Lage waren, mit aktuellem Geld ein Gutachten zu beauftragen. Das nur zum Respekt gegenüber Aussagen des Rechnungshofs. Dann, wenn Sie sie betreffen, waren Sie nicht bereit, auch nur eine Aussage des Rechnungshofs zu akzeptieren, liebe CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Unruhe bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die GRÜNEN angesprochen. Den GRÜNEN Rheinland-Pfalz muss man eines bestätigen:

(Baldauf, CDU: Zahlt mal zurück!)

Die GRÜNEN Rheinland-Pfalz waren, bevor sich die CDU Rheinland-Pfalz kritisch zum Nürburgring geäußert hat – während vieler Jahre waren Sie ohne Wenn und Aber dafür, dass oben investiert wird –, die Geschichte gibt das so her, schon kritisch gegenüber dem Projekt und haben dieses moniert.

Es ist vollkommen redlich, dass die GRÜNEN sagen, wir tragen für die Fehler keine Verantwortung. Das ist vollkommen richtig, dass sie das heute sagen. Sie haben aber auch die Größe zu sagen, wir haben in einer gemeinsamen Regierung Verantwortung übernommen und gestalten gemeinsam die Zukunft.

Es gibt keinen Unterschied in der Frage, wie die Zukunft am Hahn, am Nürburgring und in Zweibrücken gestaltet wird. Wir sind mit dem Koalitionspartner vollkommen einig und sagen mit Respekt: Sie haben noch viel früher als die CDU erkannt, wo die Schwierigkeiten im Projekt Nürburgring in Rheinland-Pfalz sind. Das zur Wahrheit von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen ist es mir leider nicht möglich, über Ihr Verhalten in Brüssel und das des Herrn Dr. Langen im Detail einzugehen. Es ist

aber schon interessant, dass zeitweise versucht wurde, als Ministerpräsident Beck noch im Amt war, möglichst schnell einen Bescheid zu haben. Jetzt, wo die politischen Konstellationen anders sind, will man den Bescheid besonders spät haben. Es wird alles versucht zu verhindern, dass die alte Kommission noch entscheidet. Hier spielen politische und parteitaktische Gründe eine Rolle. Das liegt nicht im Interesse des Landes. Das zeigt, mit welcher Interessenwahrnehmung Sie in Brüssel tätig geworden sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung bei den jüngsten Entscheidungen bezüglich Zweibrücken, dem Hahn und dem Nürburgring von Licht und Schatten gesprochen. Sie hat negative Aspekte klar benannt und gleichzeitig die Gründe zur Zuversicht deutlich gemacht. Sie hat in der Vergangenheit Mut gezeigt und heute Mut gemacht.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Es freut mich, dass wir die Schatten nun hinter uns lassen und den Blick nach vorne richten können. Auch wenn uns diese Schatten verfolgen mögen, bestimmen sie weder das Team noch das Tempo und die Richtung dieser Landesregierung.

(Beifall der SPD)

Die rot-grüne Regierung steht fest zu ihren Positionen.

Lassen Sie mich noch zwei kurze Sätze ausführen. Natürlich ist beim Projekt Nürburgring auch viel Geld unnötig und fehlerhaft ausgegeben worden. Man kann aber nicht sagen, das sei alles sinnlos gewesen. In den drei Konversionsprojekten Nürburgring, Hahn und Zweibrücken arbeiten heute 15.000 Menschen. Ohne diese Konversionsprojekte hätte Rheinland-Pfalz eine 10 % höhere Arbeitslosigkeit.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir werden uns weiter mit aller Kraft konstruktiv den Zukunftsaufgaben des Landes stellen.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor 14 Tagen hat die Europäische

Kommission endlich die Beihilfeentscheidung bezüglich der Projekte Flughafen Hahn, Flughafen Zweibrücken und dem Nürburgring getroffen. Es ist richtig, dass sich heute die Ministerpräsidentin dazu erklärt und ein klares Signal abgegeben hat.

Malu Dreyer hat, weil diese Bescheide nun einmal auch Licht und Schatten beinhalten, deutlich gemacht, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sind, aber auch die Herausforderungen angenommen worden und bereits Konsequenzen gezogen worden sind und dass wir die Zukunft nicht nur bei diesen Projekten, sondern auch darüber hinaus gemeinsam verantwortlich gestalten.

Deswegen war es sowohl vom Zeitpunkt als auch vom Inhalt her heute richtig, die Regierungserklärung in dieser Form abzugeben. Ich glaube, es ist einfach, wenn man in der Verantwortung ist, wenn alles so läuft, wie man sich das vorher vorgestellt hat. Ich glaube, es zeichnet eine verantwortungsvolle Regierung, Koalition und Ministerpräsidentin aus, sich einer Regierungserklärung dann zu stellen, wenn der Wind in manchen Punkten bläst.

Aus diesem Grund ist es gut und richtig, dass wir eine Regierungserklärung zu diesen schwierigen Projekten mit klaren und deutlichen Aussagen bekommen haben und im Parlament die Gelegenheit besteht, darüber zu diskutieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Nicht nur die Entscheidung selbst, sondern auch die Diskussion und der Vorlauf haben grundsätzlich klargemacht, dass Europa und die Europäische Union heute mehr Macht und mehr zu sagen haben und für unser tägliches Handeln mehr bedeuten, als wir uns das vielleicht vor den ganzen Prozessen gedacht haben. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Wir alle wollen mehr Europa, eine Harmonisierung über Grenzen hinweg und in vielen Fragen gleiche Regeln, ob in Rheinland-Pfalz, Burgund, Polen oder Spanien.

Das sage ich unabhängig davon, wie man zu einzelnen Entscheidungen steht. Ich glaube, es ist ein ganz entscheidender Punkt, der leider in der öffentlichen Diskussion zu kurz kommt, nämlich dass diese Landesregierung das erkannt hat. Wir haben mit Malu Dreyer gemeinsam dafür gesorgt, dass die Kommunikation und der Dialog mit der Europäischen Kommission deutlich sichtbar und spürbar gegenüber dem intensiviert worden sind, wie es vorher war.

Ich glaube, dass das ein wichtiger und nachhaltiger Schritt und eine der Konsequenzen aus den Entscheidungen ist, über die wir heute diskutieren und die wir bereits eingeleitet haben, bevor der Bescheid vor 14 Tagen kam. Auch wenn es manchmal unangenehm ist und manche Entscheidungen vielleicht zu kritisieren sind, ist ein Mehr an Europa, das wir zu spüren bekommen, eine positive und richtige Entscheidung.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat diese Entscheidung schon angenommen. Sie steht voll dafür ein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht um die Themen Flughafen Zweibrücken, Flughafen Hahn und den Nürburgring. Dazu kann man als Vorsitzender der grünen Landtagsfraktion einiges sagen. Man könnte zum Beispiel, was den Nürburgring anbetrifft, sagen – –

(Dr. Weiland, CDU: Dumm gelaufen!)

– Ja, wir haben es immer gesagt. Wir haben immer gesagt, das ist eine Fehlentscheidung. Das kostet zu viel Steuergeld. Das könnte man auch zu Zweibrücken sagen. Wir haben immer gesagt, dass zwei Flughäfen in unmittelbarer Nähe nicht funktionieren werden. Auch beim Hahn haben wir immer gesagt, wir wollen, dass die Subventionen heruntergehen und sich ein solcher Regionalflughafen stärker dem Wettbewerb zu stellen hat.

Frau Klöckner, Sie haben keine Alternativen aufgezeigt. Das haben Sie übrigens auch vor der Landtagswahl 2011 nicht getan. Ich verstehe, dass Sie Ihre Wahlunterlagen immer noch verarbeiten müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich hätte in 2014 mehr erwartet, weil Opposition das Recht hat zu kritisieren. Wer weiß das besser als wir GRÜNEN. Das ist völlig in Ordnung. Aber ich glaube, Opposition muss sich auch dem Anspruch stellen, eine Alternative zu formulieren, die einen Blick in die Zukunft zeigt und bei der die Wähler wirklich die Auswahl haben.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich glaube nicht, dass 2011 die Wähler zu doof waren, sondern sie haben hier einen klassischen Fall von „Oppositionsausfall“ gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir könnten als GRÜNE sagen, gut, damit haben wir nichts zu tun, es ist uns egal, lasst die anderen machen. Aber das ist genau das Gegenteil von Verantwortung übernehmen. Wir haben 2011 die Verantwortung übernommen in der Kritik an den einzelnen Projekten, in dem Wissen um die Situation und hatten harte Verhandlungen und Gespräche in der Koalition, auch mit der eigenen Partei. Wir haben diese Verantwortung übernommen, weil die Bürgerinnen und Bürger uns einen Auftrag gegeben haben.

Zu diesem Auftrag gehört auch, nicht nur das zu machen, was schön ist, sondern auch Dinge, die man selbst nicht erfunden, sondern vorgefunden hat, so zu lösen, damit man aus der jeweiligen Situation nach bestem Wissen und Gewissen das Beste für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer machen kann.

Ich behaupte für meine Fraktion, für die ganze Koalition, dass wir seit 2011 genau auf diesem Pfad sind, die Verantwortung übernommen haben, der wir voll und ganz gerecht werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Bei aller Auseinandersetzung in der Sache, finde ich, dass diese Beispiele viel bergen, um an der Sache zu lernen und weiterzukommen. Das ist gar keine Frage. Die Ministerpräsidentin hat schon einige Punkte genannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber bei aller Auseinandersetzung in der Sache, meine Fraktion, meine Partei oder mich und andere als Teil eines Systems zuzurechnen, eines wie auch immer gearteten Systems, sozusagen als Partei, die eine gewisse Geschichte und sich gegen alle anderen einmal entwickelt hat, übrigens im Osten als BÜNDNIS 90 gegen ein System entstanden ist, das möchte ich in aller Deutlichkeit zurückweisen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weder die Partei noch die Fraktion noch ich persönlich, sind Teil irgendeines Systems, und ich bitte Sie, dies auch zukünftig so nicht mehr zu verwenden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dann heißt es, Sie wurschteln sich alle nur durch. Dass die Situation nicht einfach ist, leugnet, glaube ich, niemand. Dass wir uns vielleicht vorgestellt haben, dass wir schneller zu Lösungen von Problemen kommen, will ich gar nicht bestreiten.

Aber glauben Sie mir, das hat nichts mit durchwurschteln zu tun, wenn man als GRÜNE beispielsweise versucht, einer Rennstrecke, auf der Motorsport betrieben wird, eine Zukunft zu geben, weil es dort Arbeitsplätze gibt, weil es ein für die Region wichtiges Infrastrukturprojekt ist und weil man es aus Verantwortung vor den Steuerzahlern und dem rheinland-pfälzischen Landeshaushalt tut.

Wenn man sagt, einen Flughafen, den man früher politisch immer kritisiert hatte und nie wollte, sozusagen doch so aufzustellen, dass er zukunftsfähig ist, oder man Diskussionen in der Regierung, mit Ihnen, der Opposition im Parlament, natürlich auch mit der Partei führt, dann bin ich verdammt stolz darauf, dass wir eine kritische Basis haben, die die Dinge hinterfragt; denn nur wenn die Dinge hinterfragt werden, man in die Diskussion mit den eigenen Argumenten kommt, kann man die bestmöglichen Lösungen finden, die nachhaltig tragen, und vielleicht den einen oder anderen Fehler früher erkennen und korrigieren.

Niemand ist frei von Fehlern, aber wenn man sozusagen die Kritik schon als etwas Negatives darstellt, dann wird man in der Zukunft nicht weiterkommen. Genau das fehlt der Opposition. Es ist nämlich die Fähigkeit zur Zukunft, aus der Vergangenheit zu lernen, sich der kritischen Diskussion zu stellen, die Zukunft zu gestalten. So ver-

stehen wir zukunftsfähige Politik für Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich beginne mit dem Beispiel Nürburgring. Da ist doch einiges, was die Kommission festgestellt hat, oder einiges, was der Bericht des Landesrechnungshofs aufzeigt, schon angepackt worden. Es ist schon umgestellt worden. Ich sage, wir haben die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt für den Nürburgring, wir haben die Zuschüsse für die Formel 1 bereits auf null zurückgefahren.

Übrigens wollten Sie von der CDU damals noch, wobei wir heute wissen, es ist beihilferechtswidrig, 5 Millionen Euro für die Formel 1 in den Haushalt einstellen, als wir schon erkannt haben, dass es so nicht funktioniert. Erlauben Sie mir, es zu sagen. Ich habe mich gefreut, dass beim ersten, nicht mit Steuergeld finanzierten Formel-1-Rennen Sebastian Vettel sehr erfolgreich abgeschnitten hat. Das zeigt doch, es geht ohne. Dass es dort auch ohne Dauersubventionen aus dem Landeshaushalt weitergehen kann, haben wir bereits bewiesen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das alte Thema Liquiditätspool. Wir haben den Liquiditätspool des Landes auf eine saubere rechtliche Grundlage gestellt. Es zeigt, dass die Kritik, die der Landesrechnungshof an diesem Instrumentarium geübt hat, aufgenommen worden ist. Die negativen Salden sind um 95 % reduziert worden. Wir haben für deutlich mehr Haushaltswahrheit und -klarheit an der Stelle gesorgt. Wir haben die Kontrollrechte des Parlaments, insbesondere des Haushalts- und Finanzausschusses, an dieser Stelle bereits gestärkt. Wir haben den Corporate Governance Kodex für die Landesgesellschaften weiterentwickelt, die Aufsichtsräte gestärkt, das Beteiligungsmanagement und die Steuerung verbessert.

Das sind nur einige Beispiele dafür, dass bereits vieles angepackt worden ist, übrigens häufig gegen das Votum der CDU. Es ist nicht so, dass man sich durchhangelt und durchwurschtelt, sondern es ist längst ein anderer Kurs eingeschlagen worden, den wir mit den Hinweisen, die uns diese Kommissionsentscheidungen geben, die der Landesrechnungshof uns gibt, diesen Weg dieser zukunftsfähigen Aufstellung in diesen Fragen, immer ausgerichtet an Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und vor allem Transparenz und Beteiligung, konsequent weiter fortsetzen, auch beim Nürburgring, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Deswegen sind der Verkauf und die Privatisierung des Nürburgrings der richtige Weg. Wenn es richtig ist, dass es nicht Aufgabe eines Landes ist, eine Rennstrecke plus Kirmes zu betreiben, dann ist das der richtige Weg, wenn man nicht den Weg des Herrn Langen wählt, Ruinen in der Eifel aufzubauen. Es ist der einzig richtige Weg, und das ist der Weg, der gegangen wird.

Natürlich besorgt es mich, uns auch, wenn wir die Nachrichten hören. Ich habe beim letzten Mal gesagt, es gibt beim Nürburgring offensichtlich nichts Richtiges im Falschen. Wir hoffen alle, dass sich die Finanzierung dieses Kaufvertrags noch sicherstellen lässt. Aber ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, zum einen keine politische Einflussnahme auf das, was weiter passiert, auszuüben.

Sie können hier nicht ernsthaft verkünden, dass das Land wieder die Verantwortung für den Nürburgring übernehmen soll. Das haben Sie eben getan. Der Nürburgring sollte nicht volkseigener Betrieb werden. Das würde nicht dem Bescheid der EU-Kommission entsprechen, aber auch keine politische Einflussnahme an anderer Stelle, dass diejenigen, die versuchen, dort eine Zukunft aufzubauen, und die sich am Kapitalmarkt finanzieren müssen, ständig und immer wieder in der Öffentlichkeit so diskreditiert werden, dass am Ende der Verkaufsprozess ins Stottern gerät und es zu einer self-fulfilling prophecy kommt.

Ich glaube, es kann nicht das Interesse der CDU-Opposition sein, diesen Prozess, dass der Nürburgring – auf das Kerngeschäft reduziert – ohne Steuergelder funktioniert, so zu diskreditieren, dass wir am Ende auf Ruinen sitzen bleiben.

Damit hat die Region nichts gewonnen, und der Steuerzahler schon gar nicht. Ich glaube aber, auch die CDU hat damit am Ende nichts gewonnen. Das führt am Ende nur zur Verdrossenheit und ist nicht gut für die Zukunft unseres Landes.

Ich glaube, der Verkauf ist richtig, und wir sollten alles dafür tun, dass das jetzt funktionieren kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Ministerpräsidentin hat es klar ausgeführt. Das Land ist nicht zuständig für eine Rennstrecke oder einen Freizeitpark. Wenn sich dann ein Mittelständler findet, der in einem diskriminierungsfreien Prozess mit seiner Gesellschaft den Zuschlag erhält und dieser Mittelständler in Rheinland-Pfalz bereits investiert und Arbeitsplätze geschaffen hat, dann ist es an Lächerlichkeit nicht zu überbieten, der Wirtschaftsministerin dieses Landes vorzuwerfen, dass ihr dieses mittelständische Unternehmen, das in Rheinland-Pfalz investiert und Arbeitsplätze geschaffen hat, bekannt ist.

Es wäre falsche Wirtschaftspolitik, wenn die Wirtschaftsministerin nicht in Kontakt mit mittelständischen Unternehmen stehen würde, die bereit sind, in Rheinland-Pfalz zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Eveline Lemke macht ihren Job ganz gut. Dafür haben Sie wieder ein Beispiel geliefert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Ministerpräsidentin hat klar gesagt, dass der Ausbau des Nürburgrings ein Fehler war und wir gemeinsam in dieser Koalition alles tun werden, dass solche Fehler nicht wieder geschehen und solche Projekte nicht weiter mit öffentlichen Geldern finanziert werden, weil wir für

die Strukturpolitik andere Maßnahmen, nachhaltige Maßnahmen haben.

Das bedeutet, dass der Nürburgring dafür steht, dass die steuerfinanzierten Groß- und Prestigeprojekte der Vergangenheit angehören und es heute darum geht, eine Schuldenbremse einzuhalten und verantwortungsvoll und nachhaltig mit Steuergeldern umzugehen.

Das bedeutet im Gegenteil aber nicht, dass man nicht investieren darf, auch nicht in Infrastruktur investieren darf, aber es geht um eine nachhaltige Wirtschaftsförderung, es geht um Zukunftsinvestitionen.

Dass wir heute keine Zuschüsse mehr an den Nürburgring zahlen, heißt auf der anderen Seite, dass wir in den Erhalt unserer Infrastrukturen investieren, ob das Straßen sind oder es der ÖPNV ist, aber es geht auch um den Ausbau von Breitband und um die Investition in die wichtigste Infrastruktur, in die Bildung, in unsere Schulen, in unsere Kindergärten, in die Familien und vieles mehr. Das ist eine nachhaltige Investitionspolitik.

Weil wir diese Gelder nicht mehr in diese Prestigeprojekte investieren, haben wir auch die Spielräume, nachhaltig in die Zukunft unseres Landes zu investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir werden weitere Konsequenzen ziehen, auch aus dem Rechnungshofbericht. Das haben wir angekündigt, und das werden wir auch tun. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat einige Punkte genannt.

Dazu gehört die weitere Stärkung der Aufsichtsräte bei den Landesgesellschaften. Dazu gehört der weitere Ausbau von Compliance Management und Beteiligungssteuerung. Dazu gehört auch, dass wir die Budgetrechte des Parlaments bei Kreditvergaben stärken, um hier noch mehr Transparenz und Beteiligungen zu bekommen.

Das haben wir alles schon in den Ausschüssen intensiv diskutiert, und im Gegensatz zu Ihnen war ich in allen Ausschüssen dabei, Frau Klöckner.

Wir werden die Aufsichtsgremien verstärken. Die Professionalisierung der Aufsichtsräte, wie es schon beim Hahn geschehen ist, wird weiter vorangehen.

Darüber hinaus werden wir das erste rheinland-pfälzische Transparenzgesetz auf den Weg bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Transparenzgesetz bedeutet das Recht des Bürgers auf Information, was seine Verwaltung, was seine Regierung tut. Es findet ein Kulturwandel hin zu Transparenz und Offenheit von Verwaltungs- und Regierungshandeln statt.

Ich halte das für ein ganz zentrales Projekt, dass wir diesen Kulturwandel, den wir unter Rot-Grün eingeleitet haben, weiter fortsetzen und genau diese Konsequenzen

schritt für schritt ziehen, damit in diesem Land mehr Transparenz, mehr Beteiligung herrschen und wir so verantwortungsvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, aber auch gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Land weiter gestalten können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, ich möchte im Gegensatz zu Ihnen noch etwas zu Zweibrücken sagen.

(Fuhr, SPD: Das kennt sie wahrscheinlich nicht!)

Wir als GRÜNE haben immer gesagt, dass die Steuerfinanzierung von zwei Regionalflughäfen, Saarbrücken und Zweibrücken, in unmittelbarer Nähe auf Dauer nicht tragfähig sein wird.

Wir haben deshalb versucht, die gemeinsame Betriebsführung dieser beiden Flughäfen, zusammen mit dem Saarland, massiv voranzubringen. Wir waren schon sehr weit gekommen. Dann gab es den Regierungswechsel, und die CDU-geführte Regierung im Saarland hat die weiteren Gespräche und Kooperationen verweigert. Das hat letztlich dazu geführt, dass die Entscheidung mit so gefallen ist, wie sie gefallen ist.

Ich glaube aber, es hilft nichts, Trauerreden auf die Vergangenheit zu halten; denn ich glaube, es ist deutlich geworden, dass diese Regierung auch in der Westpfalz zukunftsfähige Projekte auf den Weg bringt, diese Region Perspektive hatte und hat, und zwar ganz unabhängig von einem Regionalflughafen, von dem im Winter kaum ein Flugzeug abhebt. Das Wohl und Wehe dieser Region hat nie von diesem Flughafen abgehängt und wird es auch nicht.

Wir stehen in der Verantwortung für diese Region und werden ihr weiterhin gerecht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Beim Flughafen Hahn ist der Beihilfeentscheid eine positive Nachricht. Wir können jetzt in der Investorensuche voll durchstarten. Es ist unser Ziel, am Hahn private Investoren zu bekommen, auch, um das Defizit weiter zu reduzieren, die Subventionen aus dem Landeshaushalt weiter herunterzudrücken und Spielräume zu schaffen für Zukunftsprojekte in unserem Land, die nachhaltig über den Tag hinaus wirken.

Dafür stehen wir in dieser Regierung, dafür steht diese rot-grüne Landesregierung insgesamt. Wir lernen aus den Fehlern der Vergangenheit. Wir ziehen Konsequenzen, aber wir bleiben nicht in der Vergangenheit stecken,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

sondern wir schauen auch über den Tag hinaus. Wenn der Wind weht, stellen wir uns auch der Verantwortung.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die rot-grüne Regierung in Bezug auf die Themen, die die Menschen in unserem Land wirklich umtreiben – das sind die Fragen der Kinderbetreuung, der Familie, der Bildung, der guten Infrastruktur, aber auch der Energiewende und des Umwelt- und Naturschutzes –, sehr viel auf den Weg gebracht hat für die Menschen und wir die Kraft und die Entschlossenheit haben, den Menschen in diesem Land eine gute Zukunftsperspektive zu bieten. Dafür haben wir die Verantwortung übernommen, daran arbeiten wir jeden Tag, und das werden wir weiterhin gemeinsam tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

**Wahl von zwei stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz
Wahlvorschlag des Ältestenrats**
– Drucksache 16/4051 –

Ich lasse die Vorschläge abstimmen, sie brauchen jeweils eine Zweidrittelmehrheit.

Der Wahlvorschlag für die erste Wahl lautet: Dr. Helmut Martin. Wer stimmt für ihn? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist Herr Dr. Helmut Martin mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gewählt.

Für die zweite Position wird Ulrike Müller-Rospert vorgeschlagen. Wer stimmt für sie? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist der Fall, es gibt eine Enthaltung. – Damit ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht, und Frau Müller-Rospert ist damit gewählt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenkreises Altenkirchen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ebenso darf ich Bürgerinnen und Bürger aus Sprendlingen-Gensingen begrüßen sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 38, Speyer. Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**
– Drucksache 16/3671 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 16/4057 –

Bevor ich Herrn Abgeordneten Hüttner als Berichterstatter das Wort erteile, möchte ich darum bitten, die Diskussionen, die mehr als zwei Personen betreffen, doch außerhalb des Saales zu führen. Herr Hüttner, Sie haben das Wort.

Abg. Hüttner, SPD:

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes – Drucksache 16/3671 – wurde am 27. Juni 2014 beraten und an den zuständigen Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss verwiesen.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 3. Juli 2014 und in seiner 44. Sitzung am 2. Oktober 2014 beraten sowie in der 43. Sitzung am 11. September 2014 eine Anhörung durchgeführt.

Da der federführende Innenausschuss die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen hat, fand eine Beratung im mitberatenden Rechtsausschuss nicht mehr statt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es wurde eine Grundredezeit von 5 Minuten pro Fraktion vereinbart. Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Beilstein das Wort.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gute Wahlbeteiligung muss sicherlich das Ziel aller Demokraten und auch demokratischen Parteien sein. Ebenso wünschenswert ist es, den Wählerinnen und Wählern mit einem weiterentwickelten Wahlrecht möglichst viele Optionen an die Hand zu geben, um ihnen somit auch die Chance zu eröffnen, ganz individuell zu wählen.

(Hüttner, SPD: Das machen wir doch!)

Mit dem Kumulieren und Panaschieren bietet das rheinland-pfälzische Wahlrecht jede Menge Möglichkeiten zu wählen; aber was eigentlich eine gute Sache ist, ruft in der Praxis bei vielen Menschen Verwirrung, Überforderungen und Fragen hervor.

(Pörksen, SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Die Vielfältigkeit der Möglichkeiten setzt die Wähler in der Wahlkabine unter Druck, verleitet dazu, den Wahlakt in Anbetracht der Zeit, die man schon in der Kabine verbracht hat, schnell zu beenden und führt so zu dem Ergebnis, eben doch nicht alles auszunutzen, was das Wahlrecht bietet, im schlimmsten Fall bis hin zu einer völligen Verweigerung.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis ist dann jedenfalls, dass das Wahlrecht eben nicht als hervorragende, demokratische Mitwirkungsmöglichkeit angesehen wird, sondern als überfordernder Akt, den man beim nächsten Mal, da er doch nicht verpflichtet, am besten meidet.

Wahlzettel so groß wie Handtücher – wir alle kennen das: die Wahl des Ortsgemeinderats, des Verbandsgemeinderats, des Kreistags, des Bezirkstags Pfalz, die Ortsbürgermeisterwahl, eventuell auch noch Wahlen zu hauptamtlichen Bürgermeistern oder Landräten, und dazu kommt auch noch die Europawahl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in manchen Fällen heißt das, die Wählerinnen und Wähler haben Kreuze im dreistelligen Bereich zu vergeben, und da ist es auch nicht verwunderlich, dass viele von ihnen einfach entnervt aufgeben, Stimmen nicht abgegeben werden oder Stimmzettel ungültig sind.

(Beifall der CDU–

Zurufe der Abg. Pörksen, Hüttner und Fuhr, SPD)

Die CDU möchte aus diesen negativen Erfahrungen der Menschen heraus bei den zurückliegenden Kommunalwahlen Verbesserungen beim Kommunalwahlrecht anstreben und hat daher den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Wir wollen es künftig dazu kommen lassen, dass den Bürgern alle Wahlunterlagen vorher zugesendet werden. So haben die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, in Ruhe daheim zu wählen.

Die Anhörung im Innenausschuss, die wir dazu durchgeführt hatten, hat auch deutlich gezeigt, dass Handlungsbedarf angezeigt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Baden-Württemberg ist das Zusenden der Wahlunterlagen bei diesen Wahlen Praxis,

(Beifall der CDU)

und ich sage ganz klar, was dort nicht verfassungswidrig ist, kann auch bei uns in Rheinland-Pfalz nicht verfassungsrechtlich bedenklich sein.

(Beifall bei der CDU –

Frau Klöckner, CDU: Genau, richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Experten haben im Innenausschuss in der Anhörung bestätigt, dass das Wahlsystem in Rheinland-Pfalz sehr anspruchsvoll ist und das Anliegen der CDU daher zu begrüßen ist. H

err Professor Dr. Meyer hat beispielsweise gesagt, es ist eine Frage puren Anstandes der Demokratie, dass sie

es den Wählern ermöglicht, ihr Wahlrecht rational auszuüben.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Wunderbar!)

Herr Verbandsbürgermeister Reiland hat nicht nur praktische Ausführungen gemacht, wie es aktuell bei den Menschen während der Kommunalwahl zugegangen ist und wie sie empfinden, sondern er hat auch Fakten anhand vorliegender Zahlen geliefert. Über 10 % der möglichen Stimmen wurden bei dieser Wahl verschenkt.

(Pörksen, SPD: Das weiß man doch gar nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen anderen Aspekt fand ich sehr interessant im Zusammenhang mit dieser Anhörung, nämlich die Anregung von Herrn Professor Faas. Er sagte nämlich, dass das Wissen um die Wahlsysteme gerade in diesem Land nicht sehr hoch sei.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies unterstreicht im Übrigen unser Anliegen und auch das Anliegen von Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz, die immer wieder die Forderung nach mehr Sozialkundeunterricht an unseren Schulen erheben.

(Beifall der CDU)

Das ist regelmäßig die Antwort auf Ihre Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters, aber die Schülerinnen und Schüler empfinden das anders. Wir haben wieder einmal bestätigt bekommen: Ein Mehr an Sozialkundeunterricht, ein Mehr an Information ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Wahl.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren – damit komme ich wieder zurück auf unseren Gesetzentwurf –, es gibt eben auch andere Möglichkeiten und andere Wege, zu mehr Transparenz zu kommen und den Menschen entgegenzukommen. Wir haben mit unserem Gesetzentwurf auf die Klagen aus der Praxis reagiert. Wir wollen mit unserem Vorstoß eine Verbesserung erreichen.

Die bisherigen Reaktionen der Kollegen von Rot-Grün im Innenausschuss nach der Anhörung empfinden wir allerdings als ernüchternd, das möchte ich ganz klar sagen. Wir hören von Herrn Noss, es sei noch zu früh, und der Innenminister meint, es sei kein Tempo und keine Eile geboten. – Man muss sich allerdings ehrlich fragen, wenn man ein Problem erkannt hat, wie lange Sie es denn noch hinauschieben wollen.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Das ist doch gar kein Problem!)

Oder ist es das altbekannte Spiel, dass ein Vorschlag der CDU-Opposition zunächst einmal zurückgewiesen wird und abgelehnt wird,

(Frau Klöckner, CDU: Genau, und dann wird er als eigener Vorschlag eingebracht!)

um dann einige Zeit ins Land gehen zu lassen und ihn dann in leicht modifizierter Form erneut einzubringen?

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU: Genau so läuft es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, bei diesem Thema ist keine Taktik angezeigt. Ich würde mir wünschen, dass Sie im Interesse der Wählerinnen und Wähler unserem Vorschlag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute findet die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der CDU zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes statt. Dieser Gesetzentwurf datiert vom 23. Juni 2014, die Kommunalwahlen fanden etwa vier Wochen vorher statt.

Die nächsten Kommunalwahlen finden, wenn sich nichts Gravierendes bewegt, 2019 statt. Wir müssen also zur Kommunalwahl 2019, wenn wir den Bedarf erkennen, irgendwelche Paragraphen zu ändern, diese bis dahin geändert haben. Von daher gesehen ist keine Eile geboten, sondern ich sage, besser Gründlichkeit vor Eile; denn damit können wir wesentlich mehr erreichen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mit den Analysen des Landeswahlleiters und den Analysen der kommunalen Spitzenverbände und der Analyse des Innenministeriums als Kommunalministerium

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– das ist die ganze Angst, die Sie haben – hätten wir eventuell die Möglichkeit, gemeinsam etwas zu machen.

(Zurufe der Abg. Pörksen, SPD, Billen, CDU, und
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sind Sie fertig? Noch nicht? Dann machen Sie weiter.

(Billen, CDU: Wir unterbrechen mal kurz!)

– Ja gut, okay. Ich sage einfach, was hier läuft, ist purer Aktionismus, der uns nichts bringt.

Frau Beilstein, wenn Sie den Moloch der Kommunalwahl an die Wand malen, dann muss ich sagen, ich glaube, da stehen Sie ziemlich alleine. Wir haben ein an-

spruchsvolles Wahlsystem. Das ist in der Anhörung deutlich gesagt worden. Das ist richtig. Allerdings sind die Wege, die aufgezeigt wurden, um dieses Wahlsystem verständlicher zu machen, nicht der Weg, den Sie gehen wollen, der Weg, den Sie 1994, 1998 und 2010 ebenfalls gemacht haben. Jedes Mal hatten Sie keine Mehrheiten, auch wegen der Verfassungswidrigkeit, die evident im Raum steht und im Übrigen auch bei der Anhörung von Herrn Professor Dr. Meyer und von den kommunalen Spitzenverbänden genauso gesehen wurde.

Von daher gesehen finde ich es reichlich überhöht, jetzt Ihren Weg als Herrgottsweg darzustellen. Die Wahlunterlagen sollen nach Ihrem Gusto spätestens drei Tage vor der Wahl übersandt werden. Wir haben in Rheinland-Pfalz, was ich deutlich sagen möchte, ein gutes Briefwahlsystem, welches heute so ist, dass man nicht einmal nachweisen muss, dass man krank oder verhindert ist, sondern es reicht, wenn man sagt, ich möchte die Briefwahl nutzen. Jetzt noch eine weitere Erleichterung oder eine neue Möglichkeit zu schaffen, halten wir nicht für gut und sind der Meinung, man sollte dies auch lassen, wie im übrigen auch die Experten gesagt haben.

Die Vereinfachung des Wahlprozesses und die Vereinfachung der Wahl sind eine ganz wichtige Angelegenheit. Hier sind auch einige Wege aufgezeigt worden, wie man das entsprechend darstellen könnte. Es gibt Probleme beim Ausnutzen der Stimmen. Aber dafür haben wir – was beispielsweise der Anzuhörende aus Stuttgart sehr begrüßt hat, weil es das dort nicht gibt – die Möglichkeit, ein einfaches Kreuz bei irgendeiner Partei der Wahl zu machen, um auszuschließen, dass eventuell Stimmen verschenkt werden können. Das ist eine Möglichkeit, die einfach ist.

Ich gebe Ihnen recht, dass wir es schaffen müssen, die Wahlunterlagen, gegebenenfalls vor allem die Wahlstimmlisten, vorher zu veröffentlichen, dies in einem Nachrichtenblatt oder in einem Amtsblatt, damit der Wähler ein Muster und die Möglichkeit hat, zu schauen, wen er wählen möchte.

Die Wahl aber jetzt komplett zu Hause zu machen, ist äußerst bedenklich im Sinne der Verfassung. Das ist so auch von den Anzuhörenden gesehen worden. Dort war kein Einziger, der Ihre Meinung geteilt hat. Es gab keinen Einzigen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Von daher zu sagen, dass Ihren Empfehlungen gefolgt wird, halte ich für reichlich gewagt und reichlich daneben. Im Übrigen möchte ich noch einen Hinweis geben. Ich habe dieser Tage in der „Stuttgarter Zeitung“ einen kleinen Artikel gelesen, der sich damit beschäftigt, wie das Wählerverhalten der 16- bis 17-Jährigen ist. Dort ist klar gesagt worden, in vielen ausgesuchten Bereichen, in denen man das untersucht hat, haben die 16- bis 17-Jährigen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als die älteren Erstwähler.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus hatten sie eine höhere Wahlbeteiligung als beispielsweise die Gesamtzahl der Wahlberechtigten. Wenn Sie denn Reformen anstoßen möchten, hätten Sie genau an diesem Punkt deutlich machen können, wie weit Ihr Reformwille gediehen ist. Diesem haben Sie sich aber verschlossen. Das zahlt sich jetzt aus.

Danke.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Schellhammer das Wort.

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir natürlich jederzeit offen und positiv Vorschlägen gegenüber, wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln können, wie wir Wählerinnen und Wähler motivieren können, zur Wahl zu gehen. Ich muss aber sagen, die Bedenken, die wir bei der ersten Beratung im Plenum geäußert haben, haben sich leider in der Anhörung bestätigt. Eine niedrige Wahlbeteiligung und ungültige Stimmabgaben müssen selbstverständlich Demokratinnen und Demokraten immer wieder anhalten, über Politik, aber auch über das Wahlsystem nachzudenken und es zu prüfen.

Es ist schon erwähnt worden, wir haben ein äußerst anspruchsvolles Wahlsystem in Rheinland-Pfalz bei den Kommunalwahlen, das aber auch den Wählerinnen und Wählern viel Einflussmöglichkeiten gibt, ihre kommunalen Parlamente in der Zusammensetzung zu beeinflussen.

Wir müssen uns aber natürlich Ihrer Zielsetzung, die Sie auch in Ihrer Gesetzesänderung formulieren, annähern, nämlich der Frage, wie wir die Hürden für die Bürgerinnen und Bürger bei der Stimmabgabe verringern können. Das ist eine wichtige Frage.

Die Anhörung hat aber gezeigt, die Maßnahmen, die Sie in Ihrer Gesetzesänderung formulieren, sind hier leider nicht zielführend für diese wichtige Zielsetzung. Die Anhörung hat gezeigt, dass wir unsere ablehnende Haltung durch die Ablehnung dieses Gesetzes zum Ausdruck bringen müssen. Ich möchte drei Gründe für unsere Ablehnung nennen.

Sie haben angeführt, dass die Stimmabgabe der Bürgerinnen und Bürger besser vorbereitet sei, wenn diese die Stimmzettel vorher nach Hause geschickt bekommen. Schon jetzt ist es möglich, dass sich Bürgerinnen und Bürger deutlich besser informieren, nämlich durch die Verschickung von Musterwahlzetteln mit der Wahlbenachrichtigung. Hier kann man noch deutlich mehr machen, aber auch bei der Frage, ob es digitale Musterwahlzettel gibt, die auch eine Rückmeldung geben, ob

der jeweilige Stimmzettel gültig ist. Auch hier können wir ohne Gesetzesänderung schon deutlich mehr machen.

Ich habe eine entsprechende Rückfrage an den CDU-Verbandsbürgermeister Reiland gestellt, der keine Musterwahlzettel verschickt. Wenn es Ihnen also so wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger vor der Stimmabgabe besser informiert werden, dann finde ich, sollten Sie dies auch in Ihren Kommunen umsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ein wichtiges Argument hat uns Professor Faas in der Anhörung geliefert. Er hat die ungültigen Stimmen bei der Wahl durch die Briefwahl zu Hause und die ungültigen Stimmen durch den Urnengang in der Wahlkabine verglichen. Hier lässt sich kein signifikant messbarer Unterschied feststellen. Ihr Argument, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Zeit zur Stimmabgabe brauchen, fällt somit völlig in sich zusammen; denn es gibt keinen Unterschied bei Briefwahl und Urnengang in der Kabine, der sich auch wirklich politikwissenschaftlich und empirisch messen lässt.

Der Blick nach Baden-Württemberg zeigt die unterschiedlichen ungültigen Stimmen in Baden-Württemberg – bei der letzten Kommunalwahl 3,1 %, ein leichter Rückgang von minus 0,1 % – und Rheinland-Pfalz, wo wir bei der letzten Kommunalwahl 3,0 % ungültige Stimmen hatten. Wir liegen also noch unter Baden-Württemberg. Der Rückgang um minus 0,6 % ist deutlich. Deswegen gibt es auch keine Veranlassung, auf der Grundlage der letzten Kommunalwahl diese Gesetzesänderung vorzunehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –

Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Das für uns wichtigste Gegenargument gegen Ihre Gesetzesänderung sind natürlich die verfassungsrechtlichen Bedenken. Professor Dr. Meyer hat klar gesagt, dass die Einhaltung unserer Wahlgrundsätze unassessbar wichtig ist, dass es klar ist, dass es eine geheime und eine freie Wahl ist. Die vorgeschlagene Auswahl, die Sie in dem Entwurf für eine Gesetzesänderung formulieren, wäre nur gerechtfertigt, wenn es tatsächlich einen Effekt gäbe. Der Effekt ist aber empirisch und politikwissenschaftlich nicht messbar. Nur dann könnte man überhaupt darüber nachdenken, das Verfassungsgebot der geheimen und freien Wahl tatsächlich in irgendeiner Art und Weise einzuschränken. Dieser Effekt ist aber nicht zu erwarten.

Stattdessen fordern Sie ohne Kompensation eine Verlagerung des Wahlgangs nach Hause. Sie verstoßen damit gegen diesen wichtigen Wahlgrundsatz.

Das Risiko einer möglichen Wählerbeeinflussung ist schon bei der Briefwahl gegeben. Professor Dr. Meyer hat uns auch hier einen wichtigen Hinweis gegeben, dass auch unter Verfassungsrechtlern eine Diskussion stattfindet, inwieweit das Maß der Briefwahl noch dem Verfassungsgebot der geheimen und freien Wahl entspricht.

Wenn wir bewerten, wie sich das Verfassungsgericht in Rheinland-Pfalz Anfang dieses Jahres zum Thema Wählerbeeinflussung geäußert hat, als es um das Paritätsgesetz ging, wäre es auch fahrlässig, einen weiteren verfassungsrechtlich bedenklichen Schritt zu gehen.

Die drei Gründe – eine bessere Information der Bürger ist schon jetzt möglich, beim Wählen zu Hause gibt es keinen Unterschied, und die verfassungsrechtlichen Bedenken –

(Glocke der Präsidentin)

führen dazu, dass wir seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieses Gesetz ablehnen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Kern das Wort.

Kern, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Parlamentes, verehrte Zuschauer auf den Zuschauertribünen!

(Zuruf von der CDU: Oh!)

– Entschuldigung, bleiben Sie friedlich, und hören Sie zu.

(Schneiders, CDU: Das ist nicht
Usus hier im Haus!)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Stimmzettel bei den personalisierten Verhältniswahlen spätestens drei Tage vor der Kommunalwahl an die Wahlberechtigten versendet werden.

In der Vergangenheit wurde bereits mehrfach über die Versendung sämtlicher Stimmzettel vor den allgemeinen Kommunalwahlen diskutiert, und es werden Argumente ausgetauscht.

Die Fraktion der CDU verbindet mit dem eingebrachten Gesetzentwurf die Hoffnung, dass die Versendung der Stimmzettel vor den Wahlen auch dazu beiträgt, die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen zu erhöhen und den Anteil der ungültigen Stimmen zu senken. Der Gesetzentwurf soll, so die Begründung, ein konkreter Schritt hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit in diesem Land sein.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, grundsätzlich befürworte ich die genannten Ziele ausdrücklich und unterstütze sie auch in jeder Hinsicht. Ich sage aber auch ganz klar und deutlich, der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU trägt nicht dazu bei, diese Ziele zu erreichen. Vielmehr bestehen gegen ihn verfassungsrechtliche Bedenken.

Die Anhörung der Sachverständigen zum Gesetzentwurf im Innenausschuss am 11. September 2014 hat es unmissverständlich aufgezeigt. Ferner wurden die Argumente, die immer wieder von der Fraktion der CDU vorgetragen wurden, aus empirischer Sicht widerlegt.

Zusammenfassend will ich in der heutigen abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes auf drei für mich wichtige Gesichtspunkte eingehen.

1. Wie bereits ausgeführt, wurden durch die Anhörung die von der Landesregierung stets vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken bestätigt. Der gravierendste Einwand gegen die vorgeschlagene Hauswahl liegt in der kompensationslosen Aufgabe jeglichen staatlichen Einflusses auf die Einhaltung der Verfassungsgebote einer geheimen und freien Wahl. Diese klare Aussage hat Professor Dr. Dr. h.c. Meyer in seiner schriftlichen Stellungnahme getroffen. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

2. Der Sachverständige Herr Professor Dr. Faas von der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz erläuterte in der Anhörung, dass man sich aus empirischer Sicht von der Änderung des vorgelegten Gesetzentwurfes nicht allzu viel erhoffen kann. Bei der Wahlbeteiligung habe sich in Deutschland gezeigt, dass die Höhe der Wahlbeteiligung bei Bundes-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen mit der Wichtigkeit korrespondiert, die die Bürgerinnen und Bürger den jeweiligen Parlamenten zuschreiben.

3. Von institutionellen Änderungen können nur kleine Verbesserungen erwartet werden. Um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen, seien andere Akteure wichtig. Nach der Auskunft des Leiters des Amtes für Statistik der Stadt Stuttgart liege die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in seinem Bundesland, also in dem Land, in dem die Stimmzettel vor den Wahlen verteilt werden, noch niedriger als in Rheinland-Pfalz.

Die Untersuchungen hätten ferner ergeben, so Herr Professor Dr. Faas, dass in Baden-Württemberg die Zahlen der ungültigen Stimmen nur sehr gering von denen in Rheinland-Pfalz differieren. Ich darf auf die Aussagen von Frau Abgeordneter Schellhammer hinweisen.

Bei den Beratungen zu diesem Gesetzentwurf sind auch die finanziellen Kosten und der Aufwand für die Kommunen in den Blick zu nehmen. An der Anhörung teilte der Sachverständige aus Baden-Württemberg hierzu mit, dass in seinem Bundesland die Kosten für die Versendung der Stimmzettel vor den Wahlen etwa ein Viertel der Gesamtkosten, die allein für die Wahl nötig sind, betragen würden. Man würde zum einen mehr Stimmzettel benötigen und die Portokosten seien enorm. Zudem sei, so der Sachverständige, in kleinen Gemeinden das Rathaus für Tage lahmgelegt.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einen kurzen Einblick in die Sorgen der kommunalen Praxis in Rheinland-Pfalz geben. Vor zwei Wochen fand in Boppard unter Leitung des Landeswahlleiters, unter Beteiligung des Innenministeriums und der kommunalen Seite die sogenannte Wahlnachlese zu den Kommunal-

wahlen statt. In der Besprechung wurde auch über den vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und den Stand des Gesetzgebungsverfahrens informiert. Vertreter der kommunalen Praxis fragten daraufhin sofort nach, ob bei den Beratungen auch die Kosten und der Verwaltungsaufwand für die Kommunen beachtet werden. Dies zeigt deutlich, welche Sorgen die Kommunen haben.

(Pörksen, SPD: Zu Recht!)

Das kann ich aus jahrelanger kommunalpolitischer Erfahrung als Leiter eines Wahlamtes und als Wahlleiter soweit bestätigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Landeswahlleiter, die Kommunen und die Landesregierung sind dabei, die Erfahrungen der diesjährigen Kommunalwahl auszuwerten und zu analysieren. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass vor der nächsten Kommunalwahl 2019 durchaus noch Möglichkeiten zur Gesetzesänderung bestehen, wenn es diese Grundlagen gibt. Nach meiner Einschätzung hat die Anhörung gezeigt, dass durch den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten sind. Ferner ist der Gesetzentwurf mit einem hohen verfassungsrechtlichen Risiko verbunden.

Ich bitte Sie, dies in Ihren heutigen Entscheidungen über den Gesetzentwurf zu berücksichtigen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die Ablehnung empfiehlt. Wer in zweiter Beratung dem Gesetzentwurf – Drucksache 16/3671 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und der CDU, Entschuldigung, und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Das kann einmal passieren.

(Frau Schneider, CDU: Das war ein Blick
in die Zukunft!)

– Na ja, warten wir es ab. Ich gebe keine Prognosen ab.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/3949 –
Zweite Beratung**

dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

– Drucksache 16/4076 –

Ich darf dem Berichtersteller, Herrn Kollegen Wäschenbach, das Wort erteilen.

Abg. Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich berichte zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/3949 – bezüglich des Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes.

Es handelt sich um ein Ausführungsgesetz eines Bundesgesetzes unter anderem zum SGB II und zum Bundeskindergeldgesetz. Es regelt unter anderem die Kostenbeteiligung an Unterkunft und Heizung, an der Schulsozialarbeit sowie zum Mittagessen für Schülerinnen und Schüler.

Mit Beschluss des Landtages vom 25. September 2014 haben wir den Gesetzentwurf ohne Aussprache einvernehmlich direkt an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf am 30. September 2014 in seiner 33. Sitzung beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 14. Oktober 2014 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Mir liegt bisher eine Wortmeldung vor, nämlich von Herrn Minister Schweitzer. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte mich vorsorglich gemeldet.

(Licht, CDU: Vorsorge ist besser als Nachsorge!)

– Ja, das ist richtig. Ich danke für die Beratung im Ausschuss und heute. Ich bin sehr froh über die einstimmige Beschlussempfehlung. Ich glaube, es ist klug, dass wir das einstimmig so auf den Weg bringen.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Nun gibt es doch Wortmeldungen. Frau Kollegin Thelen, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt den Ehrgeiz, den Minister noch zu toppen. Das wird schwer. Das Gesetz vollzieht das nach, was durch Bundesrecht vorgegeben ist. Von daher ist es völlig in Ordnung. Die kommunalen Spitzenverbände haben keine Einwände. Wir werden dem zustimmen.

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Frau Kollegin Ebli hat das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Minister hat das Gesetz vorgestellt. Wir haben im Ausschuss ausgiebig darüber gesprochen. Es ist ein Landesgesetz. Wir haben uns im Ausschuss ausführlich mit dem Gesetz befasst und einen Konsens erzielt. Von daher wird auch die Fraktion der SPD diesem Landesgesetz zustimmen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kollege Dr. Konrad das Wort.

Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das kann ich nicht unterbieten, deswegen ganz kurz zur Information, es gibt eine bundesgesetzliche Änderung, nämlich eine Änderung – damit alle wissen, worüber wir abstimmen – dahin gehend, dass der Bund mehr Soziallasten übernimmt. Ich hatte vorbereitet, dass wir uns wünschen, dass das in Zukunft in dieser Richtung weiterentwickelt wird. Unsere Fraktion wird diesem Schritt in die richtige Richtung natürlich auch zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Auch das war einstimmig. Somit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes
zum Schutz von Kindeswohl und
Kindergesundheit
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/3810 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Integration, Familie, Kinder und Jugend
– Drucksache 16/4078 –**

Ich darf zunächst der Berichterstatterin, Frau Kollegin Simone Huth-Haage, das Wort erteilen.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 25. September 2014 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend hat den Gesetzentwurf in seiner 31. Sitzung am 7. Oktober 2014 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 14. Oktober 2014 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall der CDU und bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich bitte um Wortmeldungen.

(Staatsministerin Frau Alt: Muss ich zuerst?)

– Eigentlich nicht. Da das ein Gesetzentwurf der Landesregierung ist, kommt normalerweise zuerst die Opposition. Frau Kollegin Huth-Haage, Sie haben erneut das Wort.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wichtig und richtig, dass wir gemeinsame Ziele im Landesgesetz formulieren: Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie Schutz vor Misshandlung und Vernachlässigung. – Wir müssen uns aber schon fragen, ob das Verfahren stimmt. Wir haben immer wieder die hohe Anzahl der falschpositiven Meldungen thematisiert. Wir wissen, dass es viele Risikofamilien gibt, die ohnehin schon im Fokus des Jugendamtes sind. Deshalb ist es die legitime und wichtige Frage, die wir uns stellen müssen: Gibt es bessere, effektivere und

effizientere Methoden, die auch für die Kinder, die es betrifft, sicher sind?

Frau Ministerin, Sie haben beim Institut für Gesundheitsökonomie an der Universität Köln eine Kosten-Nutzen-Analyse in Auftrag gegeben. Wir hätten es sehr gern gesehen, dass wir über diese Ergebnisse informiert worden wären. Ich habe das in der ersten Beratung schon angesprochen. Ich muss ganz ehrlich sagen, in der letzten Ausschusssitzung, die wir in der vergangenen Woche hatten, wäre es der richtige Zeitpunkt gewesen, uns diese Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen;

(Beifall bei der CDU)

denn wer meint, dass dieser Gesetzentwurf, über den wir heute beraten und abstimmen sollen, aktuelle Ergebnisse berücksichtigt, der täuscht sich. Was hier zugrunde gelegt wurde, ist eine Evaluation, die drei Jahre alt ist, Frau Ministerin. Das zeigt zum einen auch, dass Ihr Ministerium – mit Verlaub – sehr langsam arbeitet und es sehr schwerfällig ist. Wir sagen, dass es sich wieder einmal in die Reihe der handwerklichen Fehler einreihet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das richte ich auch an die Kollegen der regierungstragenden Fraktionen. Wie sollen wir denn heute über ein Gesetz beschließen, wenn wir schon längst wissen, dass es neuere Erkenntnisse und neuere Untersuchungen gibt, die wir aber nicht kennen? Frau Ministerin, deshalb möchte ich noch einmal das wiederholen, was ich bereits in der ersten Lesung gesagt habe. Im Sinne der Transparenz und im Sinne der Beteiligung auch des Parlamentes fordere ich Sie auf, uns die Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen. Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, wenn Sie das in der vergangenen Woche getan hätten. Dann hätten wir hier auch inhaltlich mitreden können. Weil das leider nicht vorliegt, wird sich meine Fraktion bei dieser Abstimmung enthalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Bröskamp das Wort.

Abg. Frau Bröskamp, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren Abgeordnete! Die Details, die in dem Entwurf des Landeskinderschutzgesetzes veröffentlicht worden sind, sind uns alle bekannt. Ich möchte in meiner Rede eher noch einmal auf die Situation und die Genese eingehen. Im März 2008 trat das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz in Kraft. Es gehörte damit zu den ersten Gesetzen auf Länderebene. Im Jahr 2010 legten dann fast alle anderen Bundesländer eigene Gesetze vor. Grundlage dieser Gesetzentwürfe waren die tragischen Ereignisse der

Kindstötungen. Der Fall Kevin ist uns zum Beispiel allen bekannt. Leider war Kevin dem Jugendamt, aber auch den unterschiedlichen Beratungsdiensten der Jugend- und Gesundheitshilfe sowie auch der Polizei und der Justiz bekannt. Dennoch konnte es zu dieser Kindstötung kommen. Diese konnte nicht verhindert werden, weil leider zu dem Fall das Inneingreifen der verschiedenen Behörden damals nicht funktionierte.

Es gab weitere Hinweise darauf, dass auch in anderen Fällen ähnliche Lücken im Hilfesystem und bei Abstimmungsprozessen zwischen den Institutionen zu diesem Zeitpunkt vorhanden gewesen waren. Man war sich zu der Zeit auch besonders darüber im Klaren, dass gerade die kleinen Kinder unter drei Jahren, die nicht in eine Kita oder in eine ähnliche Einrichtung gehen, einer besonderen Situation ausgesetzt waren und durch diese Betreuung oder Beobachtung durch diese Fachleute außerhalb der Familie vielleicht auch manchmal diesem Schutz von außen nicht unterlegen haben.

Was bedeutet das? Für uns in Rheinland-Pfalz war damals natürlich klar – Rheinland-Pfalz hat sehr schnell reagiert –, dass die Prävention und auch der Einsatz der frühen Hilfen gerade in dem jungen Alter eine ganz große Bedeutung spielten. Hier sind natürlich besonders die Hebammen, die Geburtskliniken, die Frauen- und Kinderärzte zu nennen; denn das sind die, die unmittelbar vor oder nach der Geburt mit den jungen Eltern oder mit den werdenden Eltern in Kontakt treten. Rheinland-Pfalz hat auf dieser Grundlage damals das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ gestartet.

2013 – das ist eine traurige Zahl – wurde laut polizeilicher Statistik bundesweit eine Zahl von 153 Kindern tödlich misshandelt. 113 Kinder davon waren jünger als sechs Jahre. Das bedeutet umgerechnet leider, dass wir einen Stand von ungefähr drei Kindern pro Woche haben, die durch diese Misshandlungen zu Tode kommen. Bei der Dunkelziffer von Fällen der Kinder, die Misshandlungen überleben, gehen die Fachleute in kriminologischen Studien von einem Faktor von 400 aus. Das ist eine sehr erschreckende Zahl; denn das bedeutet, dass auf jeden bekannt gewordenen Fall 400 nicht bekannte Fälle kommen.

Leider ist auch ein Ergebnis, dass diese Kinder vor allen Dingen im familiären Umfeld besonders gefährdet sind. Erschreckend ist auch, dass gerade viele dieser Familien beim Jugendamt oder bei den freien Trägern der Jugendhilfe bekannt waren. Deswegen ist das Landeskinderschutzgesetz, aber auch die zukünftige Diskussion über die Inhalte und über die Weiterentwicklung für uns alle ganz besonders wichtig. Wir müssen alle auch zukünftig – wir erwarten im nächsten Jahr den neuen Kinder- und Jugendschutzbericht – parteiübergreifend diskutieren und weiterentwickeln, wie wir jedes einzelne Kind zukünftig schützen können, so gut es irgendwie geht.

Ich finde es sehr schade, dass gerade das Signal kam, dass sich die CDU bei der Abstimmung zu diesem Landeskinderschutzgesetz enthält.

(Frau Huth-Haage, CDU: Das ist ja begründet worden!)

– Ich finde es trotzdem schade. Ich hätte mir einfach gewünscht, dass wir hier einstimmig dieses Signal dadurch geben, dass wir dieses Gesetz verabschieden.

(Frau Huth-Haage, CDU: Wir hätten uns gewünscht, dass wir die Unterlagen kriegen!)

Das ist leider nicht der Fall. Ich möchte Sie trotzdem bitten, das vielleicht noch einmal zu überlegen.

(Baldauf, CDU: Wenn wir die Unterlagen kriegen! Wenn wir die Unterlagen bekommen haben!)

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Sahler-Fesel das Wort.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau Huth-Haage, wir haben sehr intensiv und gut im Ausschuss diskutiert. Auch hier haben wir schon einmal richtiggestellt, dass die Dramatisierung mit der hohen Anzahl der falschpositiven Meldungen wirklich weit über das Ziel hinausschießt.

Was wird mit diesem Gesetz gemacht? – Es wird das geregelt und umgesetzt, von dem man festgestellt hat, dass man etwas regeln kann, nämlich es wird Bürokratie abgebaut. Das heißt, die Jugendämter sind sehr froh über das, was wir hier machen. Die Gesundheitsämter sind froh darüber, weil sie nämlich nicht mehr gezwungen sind, automatisch jeden Fall – auch den, den man erklären kann – der Nichtteilnahme an den Untersuchungen zu melden, sondern sie einen anderen Spielraum haben. Der Datenschutz wird entsprechend umgesetzt. Darüber hinaus erfolgt die Umsetzung ins richtige Ministerium. All das tun wir hiermit.

Ich finde es wirklich schade – das möchte ich an der Stelle sagen –, dass wir formale Dinge, die – wie gesagt – die Kommunen, die Jugendämter, die Gesundheitsämter und der Datenschutzbeauftragte wirklich begrüßen, nicht miteinander umsetzen können. Hieran sieht man wieder einmal die Devise der CDU, nur ja keinen Antrag mittragen, nur ja kein Gesetz mittragen. Hier würde es aber überhaupt nicht wehtun. Selbst das muss man aber skandalisieren. Sie wissen, dass die Kosten-Nutzen-Analyse noch nicht fertig ist. Sie wissen aber auch, dass die Kommunen auf diese Änderung warten. Daher sind wir als SPD-Fraktion froh darüber, dass wir diesen Gesetzentwurf heute so zur Abstimmung bringen können, damit er so weitergeht und damit nach diesen neuen Regelungen verfahren werden kann.

Wir stimmen gerne zu und bedanken uns bei der Ministerin für die Vorlage dieses Gesetzes.

Schönen Dank für das Zuhören.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Alt das Wort.

Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit nunmehr sechs Jahren gibt es das rheinland-pfälzische Landeskinderschutzgesetz. Unser Landeskinderschutzgesetz hat bundesweit Maßstäbe gesetzt; denn es verknüpft frühe Förderung, Kinderschutz und Kindergesundheit miteinander. Durch dieses Gesetz hat sich eine Kultur des Hinschauens und des sich Kümmerns in den Regionen entwickelt. Dies ermöglicht Kindern einen guten Start ins Leben.

Das verbindliche Einladungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen für die Kinder mit dem Ziel, das gesunde Aufwachsen zu fördern, hat sich bewährt. Ich freue mich, dass seit Einführung des Landeskinderschutzgesetzes 99 % aller Kinder unter sechs Jahren an den Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

Gleichwohl hat sich im Laufe der Zeit Anpassungsbedarf ergeben. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, den wir heute abschließend beraten, entwickeln wir unser Landesgesetz weiter. Zentrale Ziele unserer geplanten Neuregelung sind erstens die Entlastung der Gesundheitsämter und der Jugendämter von unnötigen Meldungen, zweitens die Verbesserung des Datenschutzes durch die Verkürzung der Speicherung personenbezogener Daten, drittens die Anpassung des Gesetzentwurfs an die neuen Ministeriumszuständigkeiten, und viertens wurde bei den Informationen zum Kinderschutz der Kreis der Geheimnisträgerinnen und Geheimnisträger im Bundesgesetz geändert, sodass die Informationen an die Jugendämter nur von den Berufsgruppen weitergegeben werden dürfen, die wirklich mit den Kindern arbeiten und einen beruflichen Bezug zu den Kindern und Jugendlichen haben. Weil es diese bundesgesetzliche Regelung gibt, kann die rheinland-pfälzische Regelung ersatzlos entfallen.

Nach der Grundsatzbilligung des Gesetzentwurfs im Ministerrat 2013 gab es eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände, der fachlichen Verbände und anderer Institutionen und Organisationen. Daraufhin haben wir den Gesetzentwurf noch einmal angepasst.

Wir sind der dringenden Bitte des Landkreistags, des Städtetags und des Fachausschusses Kinder- und Jugendgesundheitsdienst im Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Rheinland-Pfalz gefolgt, die Höchstfrist für die Datenspeicherung durch die Gesundheitsämter nicht auf ein Jahr, sondern auf 18 Monate zu reduzieren. Damit wird es den Gesundheitsämtern ermöglicht, im erforderlichen Um-

fang auf bereits vorhandene Kontaktdaten zurückzugreifen, wenn eine erneute Kontaktaufnahme zu den Eltern erforderlich sein sollte.

Wir haben den Gesetzentwurf in der vergangenen Woche im Ausschuss ausführlich diskutiert. Ich habe da noch einmal darauf hingewiesen, dass die Landesregierung in jeder Legislaturperiode verpflichtet ist, einen Bericht über die Umsetzung des Gesetzes auf Basis einer wissenschaftlichen Evaluation vorzunehmen.

Die gesetzlichen Änderungen, die wir heute vornehmen, gehen auf den ersten Bericht der Landesregierung und die Hinweise des Landesdatenschutzbeauftragten zurück. Wir sind hier in einer Bringschuld. Der nächste Evaluationsbericht wird gemeinsam mit dem Bericht der Landesregierung im kommenden Jahr veröffentlicht. Wir werden uns dann viel Zeit für die Diskussion nehmen.

Ich will abschließend noch einmal sagen: Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir sind mit unserem Gesetz einen sehr guten Schritt nach vorne gegangen, aber dennoch müssen wir sagen, wir müssen alles unternehmen, um die Kinder zu schützen und um Kindeswohlgefährdung zu vermeiden. Ich bitte Sie, lassen Sie uns das gemeinsam tun.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/3810 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tagesordnungspunkt 7 ist abgesetzt.

Wir sind damit am Ende unserer Plenarsitzung. Ich lade Sie für morgen um 09:30 Uhr zur nächsten Plenarsitzung ein.

Ich wünsche einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 18:16 Uhr.